

# Polnische Sicherheitspolitik Warschauer Position zur ESVP

Eine gesellschaftstheoretische Annäherung

---

Cornelia Frank

Arbeitspapier

Nr. 2 / 2003

---

Universität Hamburg – IPW  
Forschungsstelle Kriege,      Research Unit of Wars,  
Rüstung und Entwicklung      Armament and Development



### **Anschrift und Bezugsadresse**

Universität Hamburg - IPW  
Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung  
Allende-Platz 1  
D - 20146 Hamburg  
Telefon 040/42838-3689  
Fax 040/42838-2460  
<http://www.akuf.de>

ISSN 1432- 8283



## **Zur Autorin**

Cornelia Frank ist seit 2000 Mitglied der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsur-sachenforschung (AKUF) und Mitarbeiterin der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung (FKRE) an der Universität Hamburg. Ihre thematischen Schwerpunkte sind sicherheitspolitische Integration Europas und Krisenprävention durch internationale Organisationen.

## **Kontakt**

Tel.: 040/ 42838-3833

E-mail: [cornelia.frank@web.de](mailto:cornelia.frank@web.de)

## **Zusammenfassung**

In Abgrenzung zur fragwürdigen Betrachtung Polens als „trojanischem Pferd“ der USA in Europa argumentiert diese Studie, dass die polnische Sicherheitspolitik nur verstanden werden kann, wenn die Sinnwelt der sicherheitspolitischen Akteure Polens als Ausgangspunkt gewählt wird. Zentral ist dafür in methodischer Hinsicht der Ansatz der verstehenden Soziologie von Max Weber. Als Schlüssel zum Verständnis der polnischen Sicherheitspolitik, wie etwa der Position Warschaus zur ESVP, wird gemeinhin die Wirkungsmacht des historischen Erbes angeführt. Erklärungsbedürftig bleibt bislang jedoch die Frage, wie sich die historischen Erfahrungen vormaliger Generationen in sicherheitspolitische Perzeptionen, Entscheidungen und Handlungen gegenwärtiger Akteure Polens umsetzen. Einer gesellschaftstheoretischen Annäherung an die Analyse von Sicherheitspolitik folgend, lassen sich unter Rückgriff auf das Konzept des sozialen Habitus die historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der sicherheitspolitischen Elite Polens herausarbeiten. Inwiefern sich diese auf die Position Warschaus zur ESVP auswirken, bildet die zweite zentrale Frage dieses Beitrags. Die entsprechende Analyse umfasst sowohl die Aspekte, zu denen die sicherheitspolitische Elite Polens Stellung bezogen hat, als auch potenzielle Chancen, die von den Trägern des sicherheitspolitischen Habitus nicht erkannt bzw. in Habitus-konformer Weise uminterpretiert worden sind.

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
1.1	Zum Stand sicherheitspolitischer Forschung.....	3
1.2	Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung.....	6
<b>2</b>	<b>Konzeptionelle Überlegungen zur Analyse von Sicherheitspolitik</b> .....	<b>9</b>
2.1	Sicherheit – ein umstrittener Terminus .....	9
2.2	»Verstehen« als Methode und der Begriff des sozialen Handelns .....	13
2.3	Sicherheitspolitik und Vergesellschaftung .....	14
2.4	Das Konzept des sozialen Habitus .....	18
<b>3</b>	<b>Sicherheitspolitischer Habitus und polnische Sicherheitskonzeption</b>	<b>21</b>
3.1	Sicherheitspolitische Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster .....	21
3.1.1	<i>Mentalität der belagerten Festung bewirkt Maxime nationaler Sicherheit</i> .....	22
3.1.2	<i>Bann des „geopolitischen Fluches“ durch geopolitische Westverschiebung</i> .....	24
3.1.3	<i>Verschwörungskomplex nährt Misstrauen gegenüber Europa</i> .....	27
3.1.4	<i>Starke Präsenz der USA in Europa als polnisches Lebenselixier</i> .....	29
3.2	Schlüsselrolle der NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption .....	31
<b>4</b>	<b>Das Projekt ESVP – Genese, Intentionen, Implikationen</b> .....	<b>36</b>
4.1	Ein Wirrwarr von Institutionen? Zur Dreiecksbeziehung von EU, WEU und NATO .....	36
4.2	Von St. Malo nach Nizza: Die ESVP nimmt Konturen an.....	39
4.2.1	<i>Katalysatoren des Projektes ESVP</i> .....	39
4.2.2	<i>Beschlüsse des Europäischen Rates von Helsinki</i> .....	41
4.2.3	<i>Beschlüsse des Europäischen Rates von Feira</i> .....	43
4.2.4	<i>Beschlüsse des Europäischen Rates von Nizza</i> .....	44
4.3	ESVP im Spannungsfeld europäischer und transatlantischer Strukturen der Sicherheitspolitik.....	45
4.3.1	<i>Autonome Entscheidungsfindung der EU</i> .....	46
4.3.2	<i>Autonomes Handeln der EU</i> .....	47
4.3.3	<i>Autonome Beschaffung der EU</i> .....	49

<b>5</b>	<b>ESVP aus polnischer Sicht: Positionen, Perzeptionen, Probleme.....</b>	<b>52</b>
5.1	Polnische Reaktionen auf das Projekt ESVP .....	53
5.1.1	<i>Beschlüsse des Europäischen Rates von Köln und Helsinki aus polnischer Sicht.....</i>	53
5.1.2	<i>Beschlüsse des Europäische Rates von Feira aus polnischer Sicht.....</i>	55
5.1.3	<i>Beschlüsse des Europäischen Rates von Nizza aus polnischer Sicht.....</i>	57
5.2	Wirkung der sicherheitspolitischen Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster ..	59
5.2.1	<i>Zweifel an der Glaubwürdigkeit Europas .....</i>	59
5.2.1.1	<i>Zweifel an dem Handlungswillen Europas.....</i>	59
5.2.1.2	<i>Zweifel an der Handlungsfähigkeit Europas.....</i>	63
5.2.2	<i>Primat der NATO und der USA .....</i>	67
5.2.2.1	<i>Polnische und westeuropäische Lehren aus dem Kosovo-Konflikt.....</i>	67
5.2.2.2	<i>Atlantische Variante der ESVP.....</i>	68
5.2.2.3	<i>Gaullistische Variante der ESVP .....</i>	69
5.2.2.4	<i>ESVP als Bedrohung der polnischen Sicherheitskonzeption.....</i>	71
5.2.2.5	<i>Sicherheitspolitischer Glaubenssatz „First-not to harm NATO“ .....</i>	77
5.3	Zusammenfassung.....	80
<b>6</b>	<b>Resümee .....</b>	<b>81</b>
	<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>85</b>

# 1 Einleitung

*The gravity and determination with which  
Poland faced the issue of her security  
have not always been correctly understood abroad.  
Polish strivings –conceivable from the vantagepoint of historical experience-  
have frequently become the object of misunderstandings,  
malicious criticism, current political games or counteractions.  
(Roman Kuźniar, 2001<sup>1</sup>)*

Mit seinem Verweis auf die sicherheitspolitische Wirkungsmacht des historischen Erbes repräsentiert Roman Kuźniar den Konsens sicherheitspolitischer Forschung über die III. Republik Polen, die ihre Sicherheitspolitik nach der Wiedererlangung ihrer vollen staatlichen Souveränität 1989 in einem sich rasch wandelnden internationalen Umfeld frei gestalten konnte. Im innergesellschaftlichen Umfeld sah sich die polnische Führung mit der Herausforderung konfrontiert, bei einer „*faktisch zertrümmerten politischen Kultur*“<sup>2</sup> gleichzeitig Demokratie und Marktwirtschaft einzuführen. Angesichts des politischen, ökonomischen und soziokulturellen Transformationsprozesses sticht bei einem Blick auf die polnische Sicherheitspolitik die Kontinuität ins Auge, die diesen Bereich polnischer Politik kennzeichnet. Diese Charakterisierung beschreibt die beharrliche Verfolgung sicherheitspolitischer Zielsetzungen wie der Mitgliedschaft in den euroatlantischen Sicherheitsinstitutionen trotz mitunter im Jahrestakt wechselnder Regierungen und häufiger Parlamentswahlen. Gemeinhin wird die beständige Annäherung Polens an die NATO, EU und WEU auf die im November 1992 verabschiedete „Kleine Verfassung“ zurückgeführt, die dem Präsidenten die entscheidenden Kompetenzen bei der sicherheitspolitischen Orientierung des Landes zuschreibt.<sup>3</sup> Als langfristige Erklärung des parteiübergreifenden, von Streitkräften und Bevölkerung gleichermaßen getragenen nationalen Konsenses der Westintegration Polens werden allenthalben die histori-

---

<sup>1</sup> Roman Kuźniar (2001): Introduction, in: Ders. (Hrsg.): Poland's Security Policy 1989-2000. Warschau, S. 13-17, S. 16/17.

<sup>2</sup> Hans-Joachim Gießmann (1995): Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa. Baden-Baden, S. 17.

<sup>3</sup> Ebd., S. 69; Dieter Bingen (1994): Polens außen- und sicherheitspolitische Prioritäten. Der Westen, die NATO und Russland. Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 26. Köln, S. 11/12. Zu den verfassungsrechtlichen Veränderungen im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Befugnisse von Präsident, Regierung und Parlament Leszek Lech Garlicki (1997): The Presidency in the Polish Constitution, in: East European Constitutional Review, Nr. 2/3, S. 81-89.

schen Erfahrungen angeführt.<sup>4</sup> Letztere begründen nach einmütiger Auffassung der sicherheitspolitischen Forschung auch die Unterordnung aller außenpolitischen Zielsetzungen unter die Maxime nationaler Sicherheit.

Während mit der NATO-Mitgliedschaft Polens im März 1999 aus polnischer Sicht „ein neues Zeitalter der nationalen Sicherheit“<sup>5</sup> beginnt, hat die überwältigende Mehrheit der sicherheitspolitischen Elite<sup>6</sup> Polens auf die Bemühungen der Europäischen Union, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu entwickeln, äußerst ablehnend reagiert. An sich sind die Divergenzen zwischen den Beschlüssen der Union zu bestimmten Themen und der Haltung Warschaws nichts Ungewöhnliches, wie ein Blick auf den Bereich der Agrarpolitik exemplarisch belegt. Mein Interesse wecken die Reaktionen der sicherheitspolitischen Klasse Polens auf das Projekt ESVP jedoch aus dreierlei Gründen: Erstens sind die polnischen Reaktionen im ostmitteleuropäischen Vergleich außerordentlich vehement ausgefallen. Zweitens haben sie in einigen EU-Staaten für Missstimmung gesorgt, insbesondere in Frankreich, dessen staatliche Repräsentanten Polen abermals als „trojan horse of America in Europe“<sup>7</sup> bezeichneten, was mich sehr an den „ausländischen Beobachter“ in dem einführenden Zitat erinnert hat, der nach Ansicht von Roman Kuźniar die polnische Sicherheitspolitik nicht immer richtig versteht. Der dritte, gewichtigste Beweggrund ist der erklärungsbedürftige Befund, dass die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger Polens die ESVP als Bedrohung der polnischen Sicherheitskonzeption wahrgenommen und bewertet haben, obwohl sie gleichzeitig nicht an deren Verwirklichung geglaubt haben.

In Anknüpfung an das einführende Zitat, gemäß dem das historische Erbe einen Schlüssel zum Verständnis der polnischen Sicherheitspolitik liefert, schließen sich

---

<sup>4</sup> Sarah Meiklejohn Terry (2000): Poland's foreign policy since 1989: the challenges of independence, in: *Communist and Post-Communist Studies*, Nr. 1, S. 7-47, S. 8.

<sup>5</sup> Rede des damaligen polnischen Außenminister, Bronisław Geremek, vor dem Sejm am 8. April 1999 in Warschau, in: *Internationale Politik*, Nr. 6, S. 106-111, S. 106.

<sup>6</sup> Nach dem hier gewählten Elitenverständnis zeichnen sich sicherheitspolitische Eliten durch ihren verhältnismäßig großen Einfluss auf gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen und durch einen hohen Informiertheitsgrad aus. Im Hinblick auf sicherheitspolitische Entscheidungen umfasst der hier zugrunde liegende Elitenbegriff sowohl Parteipolitiker als auch Angehörige der Streitkräfte und Wissenschaftler, die am sicherheitspolitischen Diskurs beteiligt sind und die Meinungsbildung mitbestimmen. Als Synonym zum Begriff der „Elite“ werden die Termini „Entscheidungsträger“ und „Klasse“ verwendet.

<sup>7</sup> Ryszard Zięba (2002): Poland and the ESDP, in: Hans-Georg Erhardt (Hrsg.): *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik*. Baden-Baden, S. 100-112, S. 102.



zwei zentrale Fragen an: Wie setzen sich die historischen Erfahrungen vormaliger polnischer Generationen in sicherheitspolitische Perzeptionen, Entscheidungen und Handlungen gegenwärtiger Akteure Polens um? Inwiefern wirken sich die historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der sicherheitspolitischen Elite Polens auf die Position Warschaus zur ESVP aus?

Welchen Beitrag liefert die sicherheitspolitische Forschung zur Bearbeitung dieser Fragen? Nach einer Beurteilung des Forschungsstandes und der politikwissenschaftlichen Relevanz der Fragestellung werden Zielsetzung und Aufbau der Studie erläutert. Den Ausgangspunkt dieses Beitrages bilden folgende Annahmen:

1. Sicherheitsbedrohungen sind keine realen Fakten, sondern historisch bedingte, soziokulturell vermittelte Wahrnehmungen von Gefahren.
2. Sicherheitspolitik ist ein gesellschaftliches Phänomen und erfordert dementsprechend einen gesellschaftstheoretischen Analyseansatz.

Daran schließt sich die untersuchungsleitende Hypothese an, dass die Kenntnis der historisch geprägten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der sicherheitspolitischen Elite Polens unabdingbare Voraussetzung ist, um die Position Warschaus zur ESVP im Sinne Webers zu »verstehen«<sup>8</sup>.

## 1.1 Zum Stand sicherheitspolitischer Forschung

Die Schwierigkeiten, Sicherheitspolitik als ein gesellschaftliches und damit veränderbares Phänomen angemessen zu analysieren, lassen sich auf eklatante Schwächen der Theorien Internationaler Beziehungen zurückführen. Sowohl der *Neorealismus*<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Soziologisches »verstehen« als Methode bedeutet für Weber ausdrücklich nicht intuitives Nachempfinden, sondern immer die Verbindung von »verstehen« und »kausalem Erklären«. Weitere Ausführungen zum »verstehen« als Methode folgen in Kap. 2.2. Die französischen Anführungszeichen (»...«), die für Phrasierungen benutzt werden, markieren keine wörtlichen Zitate.

<sup>9</sup> Wenngleich *der* "Neorealismus" mehr ist als der von Kenneth N. Waltz begründete amerikanische Neorealismus, hat die jahrzehntelange Dominanz des *strukturellen Realismus* waltzscher Prägung innerhalb der Theorien Internationaler Beziehungen und der sicherheitspolitischen Forschung die konzeptionellen Überlegungen ebenso bestimmt wie die Herangehensweise an den Gegenstand. Zum *Münchener Neorealismus* als alternative realistische Sichtweise internationaler Politik Alexander Siedschlag (2001): Einführung – Internationale Politik als skeptische Gegenwartswissenschaft und die Münchner Schule des Neorealismus, in:

als auch *Neoliberalismus*, deren Auseinandersetzungen<sup>10</sup> einen Teil der *vierten großen Debatte*<sup>11</sup> im Fach Internationale Politik bilden, betrachten ihre jeweils präferierten Variablen zur Erklärung sicherheitspolitischen Verhaltens von vornherein als die entscheidenden und blenden andere potenzielle Faktoren aus. Wenngleich das neorealistic Paradigma insofern zu einem gewissen Recht kommt, „*als der Anpassungszwang, der von der internationalen Umwelt auf ein politisches System ausgeübt wird, nicht zuletzt von dessen Machtstellung in seiner Umwelt abhängt*“<sup>12</sup>, führt von dort aus methodisch kein Weg zurück zu den Individuen und gesellschaftlichen Gruppen, die liberalen Ansätzen zufolge die zentralen Akteure in der Internationalen Politik sind.<sup>13</sup> Darüber hinaus dominiert innerhalb der positivistischen Theorien eine ahistorische Behandlung des Untersuchungsgegenstandes. Doch „*in the end, the nature of [an individual] state and its attitude towards other state-members of the international system will elude us unless we have done something to penetrate its unique cast of mind, the product of quite unique historical experiences*“.<sup>14</sup> Stärkere Berücksichtigung finden historische Prägungen in *reflexiven* oder *konstruktivistischen* Ansätzen<sup>15</sup>, die darin übereinstimmen, dass sie immateriellen

---

Alexander Siedschlag (Hrsg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik. Opladen, S. 13-66, insbesondere S. 31-59.

<sup>10</sup> Charles W. Kegley (Hrsg.) (1995): *Controversies in International Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge*. New York; Robert Jervis (1999): *Realism, Neoliberalism, and Cooperation. Understanding the Debate*, in: *International Security*, Nr. 1, S. 42-63.

<sup>11</sup> Entzündet hat sich die Debatte vor allem an der Frage, wie erklärt werden könne, dass eine Supermacht wie die ehemalige Sowjetunion ihren politischen Kurs so drastisch veränderte und warum westliche Mächte – als „Gewinner“ des Kalten Krieges – nicht versucht haben, diese Situation auszunutzen. Dazu Thomas Risse-Kappen (1994): *Ideas do not float freely: transnational coalitions, domestic structures, and the end of the cold war*, in: *International Organization*, Nr. 2, S. 185-214, S. 185; Alexander Wendt (1995): *Constructing International Politics*, in: *International Security*, Nr. 1, S. 71-81, S. 78. Zu den einzelnen Debatten, insbesondere der Abgrenzung zwischen der dritten und vierten Debatte Ole Wæver (1997): *Figures of International Thought: Introducing Persons Instead of Paradigms*, in: Iver B. Neumann/ Ole Wæver (Hrsg.): *The Future of International Relations. Masters in the Making?* London, New York, S. 1-37.

<sup>12</sup> Harald Müller/ Thomas Risse-Kappen (1990): *Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozess in liberaldemokratischen Industrienationen*, in: Volker Rittberger (Hrsg.): *Theorien Internationaler Beziehungen. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 21*, S. 375-400, S. 380.

<sup>13</sup> Andrew Moravcsik (1997): *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, in: *International Organization*, Nr. 4, S. 513-553, S. 516/517.

<sup>14</sup> Fred Northedge, zit. nach Steve Smith (1983): *Foreign policy analysis: British and American orientations and methodologies*, in: *Political Studies*, XXXI, S. 556-565, S. 561.

<sup>15</sup> Zur Spezifizierung konstruktivistischer Forschungsstränge Vendulka Kubáľková/ Nicholas Onuf/ Paul Kowert (Hrsg.) (1998): *International Relations in a Constructed World*. Armonk/New York et al; Emanuel Adler (2002): *Constructivism and International Relations*, in: Walter Carlsnaes/ Beth A. Simmons/ Thomas Risse (Hrsg.): *Handbook of International Relations*. London et al., S.

Faktoren wie Normen, Ideen, Identitäten, Weltbildern etc. maßgeblichen Einfluss auf sicherheitspolitisches Verhalten beimessen. Jedoch erweisen sich auch diese Forschungsstränge aufgrund ihres unzureichend entwickelten Instrumentariums für die hier behandelte Fragestellung nicht als hilfreich.<sup>16</sup> Die gegenwärtigen Diskussionen in der Disziplin Internationale Politik, die im Fahrwasser der jeweiligen theoretischen Pfadabhängigkeit geführt werden, gleichen „virtuellen Scheingefechten im ontologischen Cyberspace“<sup>17</sup>, bei denen das post-positivistische Erkenntnisziel des *Verstehens* dem positivistischen Erkenntnisziel des *Erklärens* scheinbar unvereinbar gegenübergestellt wird. Bislang fehlen Ansätze zu einer konstruktiven Paradigmenüberbrückung, die dem Untersuchungsgegenstand – Sicherheitspolitik als einem *gesellschaftlichen* Phänomen – gerecht werden.

Die sicherheitspolitische Forschung zu Polen liefert im Hinblick auf die Frage, wie sich die historischen Erfahrungen der polnischen Gesellschaft in sicherheitspolitische Perzeptionen, Entscheidungen und Handlungen gegenwärtiger Akteure umsetzen, nicht nur keinerlei Beiträge, sie hat diese Frage noch nicht einmal gestellt! Eine weitere Forschungslücke besteht darin, dass die sicherheitspolitisch prägenden Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der polnischen Elite bislang nicht systematisch herausgearbeitet worden sind. Vergleichsweise gut dokumentiert ist die Integration Polens in die euroatlantischen Sicherheitsinstitutionen, wobei sich die wissenschaftliche Literatur in Westeuropa und den USA in erster Linie auf Kosten und Nutzen der Osterweiterung für die NATO und EU konzentriert. Weit weniger Aufmerksamkeit wird der Motiv- und Interessenlage der Beitrittskandidaten wie Polen zuteil.<sup>18</sup> Überdies findet die Haltung der sechs europäischen, nicht der Union

---

95-118. Zur kritischen Auseinandersetzung mit konstruktivistischen Ansätzen Hans-Martin Jaeger (1996): Konstruktionsfehler des Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Nr. 2, S. 313-340; Stefano Guzzini (2000): A Reconstruction of Constructivism in International Relations, in: European Journal of International Relations, Nr. 2, S. 147-182.

<sup>16</sup> Erklärungsbedürftig bleibt, wie sich die Einsicht, dass immateriellen Faktoren ein kausaler Stellenwert in der Erklärung sicherheitspolitischen Handelns beizumessen ist, in Theorie und Methode umsetzen lässt. Darüber hinaus ist eine schärfere begriffliche Abgrenzung zwischen den unterschiedlichen Erklärungsvariablen notwendig, um die einzelnen Konzeptualisierungsversuche systematisieren zu können.

<sup>17</sup> Reinhard Meyers (1994): Virtuelle Scheingefechte im ontologischen Cyberspace? Nachfragen zum Duktus und zum Gehalt einer Theoriedebatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Nr. 1, S. 127-137, S. 127.

<sup>18</sup> Um so wertvoller erweisen sich angesichts dessen die Beiträge zu Polen in den Sammelbänden von Hans-Joachim Gießmann (Hrsg.) (1995): Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa.

angehörigen NATO-Staaten sowie der EU-Beitrittskandidaten zur ESVP kaum Beachtung.<sup>19</sup> Dahingegen bilden die Genese, Intentionen sowie Implikationen des Projekts ESVP einen zentralen Gegenstand der sicherheitspolitischen Diskussion in Polen. Doch enthält die überwiegende Mehrheit der Publikationen, die sich mit der Position Warschaws zur ESVP beschäftigen, bestenfalls eine summarische Anhäufung von Erklärungsfaktoren, ohne diese zu gewichten.<sup>20</sup>

## 1.2 Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung

Ausgehend von der Annahme, dass Sicherheitsbedrohungen keine realen Fakten sind, sondern die historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungen von Gefahren, besteht das Untersuchungsziel dieser Studie darin, die sicherheitspolitischen Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der polnischen Elite herauszuarbeiten sowie deren Wirkung auf die Position Warschaws zur ESVP zu analysieren. Untergliedern lässt sich der Untersuchungsprozess in vier Etappen.

Die konzeptionellen Überlegungen dienen dem Ziel, die methodischen und theoretischen Grundlagen für die Bearbeitung der Fragestellung zu schaffen (Kap. 2). Zunächst wird das Sicherheitsverständnis erläutert, das diesem Beitrag zugrunde liegt, um den Untersuchungsgegenstand abzugrenzen (2.1.). Die Entscheidung für

---

Daten – Fakten – Analysen. Baden-Baden; Ders. (Hrsg.) (1997/98): Handbuch Sicherheit 1997: Militär und Sicherheit in Mitteleuropa im Spiegel der NATO-Erweiterung. Daten – Fakten – Analysen. Baden-Baden; Ders./ Gustav E. Gustenau (Hrsg.) (2001): Security Handbook 2001. Security and military in Central and Eastern Europe. Baden-Baden; August Pradetto (Hrsg.) (1997): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Opladen.

<sup>19</sup> Ausnahmen bilden die Sammelbände von Hans-Georg Erhardt (Hrsg.) (2002): Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven. Baden-Baden; Werner Hoyer/ Gerd F. Kaldrack (Hrsg.) (2002): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten europäischen Streitkräften? Baden-Baden.

<sup>20</sup> Eine Ausnahme bilden die differenzierten Betrachtungen von Olaf Osica (2003): Polska wobec operacji NATO poza obszarem traktatu waszyngtońskiego i polityki bezpieczeństwa i obronnej UE (Polen gegenüber NATO-Operationen außerhalb des Gebietes des Washingtoner Vertrages und gegenüber der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU). Unveröffentlichtes Manuskript, wird beim Instytut Zachodni in Posen erscheinen; Olaf Osica (2002): „W poszukiwaniu nowej roli“: Polska jako nowy aktor euroatlantyckiej polityki bezpieczeństwa („Auf der Suche nach einer neuen Rolle“: Polen als neuer Akteur euroatlantischer Sicherheitspolitik), in: Olaf Osica/ Marcin Zaborowski (Hrsg.): Nowy członek „starego“ Sojuszu. Polska jako nowy aktor w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa (Neues Mitglied eines „alten“ Bündnisses. Polen als neuer Akteur in der euroatlantischen Sicherheitspolitik). Warschau, S. 83-125; Olaf Osica (2001): Common European Security and Defence Policy (CEDSP) as Seen by Poland. Reports & Analyses Nr. 5. Center for International Relations, Warschau.

einen akteurstheoretischen Sicherheitsbegriff liegt darin begründet, dass die sicherheitspolitischen Perzeptionen, Entscheidungen und Handlungen der politischen Elite Polens nur verstanden werden können, wenn ihre Sinnwelt als Ausgangspunkt gewählt wird. In methodischer Hinsicht ist dafür der Ansatz der verstehenden Soziologie von Max Weber zentral (2.2.). Ausgehend von der Annahme, dass Sicherheitspolitik ein gesellschaftliches Phänomen ist, muss die individualistisch geprägte Handlungstheorie von Weber um einen gesellschaftstheoretischen Zugang erweitert werden (2.3.). Bei der Verbindung des akteurstheoretischen und des gesellschaftstheoretischen Zugangs zur Analyse von Sicherheitspolitik kommt dem Konzept des sozialen Habitus besondere Bedeutung zu (2.4.).

Das Konzept des sozialen Habitus, das an der Schnittstelle von Individuum und Gesellschaft angesiedelt ist, liefert einen Zugang zur Frage, wie sich das historische Erbe der polnischen Gesellschaft in die sicherheitspolitischen Perzeptionen, Entscheidungen und Handlungen gegenwärtiger Entscheidungsträger umsetzt (Kap. 3). Durch die Konstruktion des sicherheitspolitischen Habitus der polnischen Elite lassen sich die historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster erfassen (3.1.), die sich in der Schlüsselposition, die der NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption beigemessen wird, verdichten (3.2.).

Die Beschäftigung mit den Bemühungen der Europäischen Union, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln, dient dem Ziel, eine Arbeitsgrundlage für die Analyse der Position Warschaus zur ESVP zu schaffen (Kap. 4). Nach einer Verortung des Projektes ESVP in seinem sicherheitsinstitutionellen Kontext (4.1.) werden die Zielsetzung und bisherige Umsetzung der ESVP erläutert (4.2.). Infolge der übergeordneten Bedeutung, die der NATO-Mitgliedschaft und der starken US-Präsenz in Europa seitens Warschaus beigemessen wird, ist die entscheidende Frage, inwiefern die ESVP das Primat der NATO und das amerikanische Engagement für die Sicherheit Europas und damit Polens tangiert (4.3.).

In Anknüpfung an das eingehende Zitat ist das Erkenntnisziel dieses Beitrages, die Position Warschaus zur ESVP im Sinne Webers zu »verstehen« (Kap. 5). Dabei umfasst »verstehen« nicht nur die Aspekte, zu denen die sicherheitspolitische Elite Polens Stellung bezogen hat, sondern auch jene, die keine oder nur untergeordnete Bedeutung in der polnischen Diskussion über die ESVP gefunden haben. In einem

ersten Arbeitsschritt werden die polnischen Reaktionen auf die in Kapitel 4 erläuterten Beschlüsse des Europäischen Rates zur ESVP beschrieben (5.1.). Daran anschließend folgt die Analyse, wie sich die in Kapitel 3 herausgearbeiteten sicherheitspolitischen Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der polnischen Elite auf die Position Warschaus zur ESVP ausgewirkt haben (5.2.). Eine kurze Zusammenfassung hält die wichtigsten Ergebnisse dieses Kapitels fest (5.3.).

Abschließend werden die Ergebnisse der Untersuchung insgesamt zusammengefasst, die Aspekte verdeutlicht, an denen der hier gewählte Zugang noch Verbesserungen bedarf und Anknüpfungspunkte künftiger sicherheitspolitischer Forschung aufgezeigt (Kap. 6).

## **2 Konzeptionelle Überlegungen zur Analyse von Sicherheitspolitik**

In der sicherheitspolitischen Forschung besteht Einigkeit darüber, dass das internationale System seit dem Ende des Kalten Krieges einen turbulenten Wandlungsprozess durchläuft, der nicht nur die Quantität und Qualität seiner Akteure verändert hat, sondern auch deren Beziehungsmuster und Verhaltensregeln. Zudem herrscht in der politikwissenschaftlichen Literatur dahingehend Konsens, dass an Stelle der greifbaren Gefahr eines nuklearen Hegemonialkonflikts vielfältige Konflikte getreten sind, deren Intensität weit geringer ist als das alte Konfliktpotenzial, die jedoch die Gefahr eines tendenziell eskalierenden und gewaltträchtigen Konfliktaustrags bergen. Einen dritten Punkt der Übereinstimmung bildet die Erkenntnis, dass die Sicherheitsagenda in zunehmendem Maße von nichtmilitärischen, mitunter diffusen Risiken dominiert wird. Sehr umstritten ist hingegen die Reichweite des Sicherheitsbegriffs, der Fokus der Sicherheitsstudien und die damit verbundenen methodischen und theoretischen Fragen. In Anbetracht dessen, dass sich die bisherigen Beiträge der sicherheitspolitischen Forschung als wenig hilfreich für die Bearbeitung der Fragestellung erwiesen haben, soll in diesem Kapitel der Versuch unternommen werden, erste Ansätze zu einem alternativen Zugang zu entwickeln.

### **2.1 Sicherheit – ein umstrittener Terminus**

Innerhalb des Sicherheitsdiskurses sind folgende Fragen für die Analyse der Position Warschaus zur ESVP entscheidend: Welche Reichweite hat der dieser Untersuchung zugrunde liegende Sicherheitsbegriff? Was ist die Bezugsgröße von Sicherheit sowie die Natur und der Ursprung von Bedrohungen?

Traditionell sind die realistisch bzw. neorealistisch geprägten Sicherheitsstudien auf den Staat und die nationale Sicherheit fokussiert. Als Bezugsgröße von Sicherheit diene der Erhalt der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität.<sup>21</sup> Dahingegen tendierten die Kritiker des traditionellen Sicherheitskonzeptes dazu, In-

---

<sup>21</sup> Zum klassischen staatenweltlichen Sicherheitsbegriff Reinhard Meyers (1995): Von der Globalisierung zur Fragmentierung? Skizzen zum Wandel des Sicherheitsbegriffs und des Kriegsbildes in der Weltübergangsgesellschaft, in: Paul Kevenhörster/ Wichard Woyke (Hrsg.): Internationale Politik nach dem Ost-West-Konflikt. Globale und regionale Herausforderungen. Münster, S. 33-82, S. 47-53.

dividuen, soziale Gruppen oder kollektive Agenten zu privilegieren.<sup>22</sup> Dementsprechend lokalisierten sie die Bezugsgröße von Sicherheit auf der individuellen oder globalen Ebene im Sinne menschlicher oder gemeinsamer Sicherheit. Begründet liegt diese Differenz in der divergierenden Verortung und Charakterisierung von Sicherheitsbedrohungen: Gemäß den Traditionalisten bilden rivalisierende Staaten und ihr militärisches Potenzial den Ursprung und die Natur von Bedrohungen. Dahingegen betonen Verfechter eines erweiterten Sicherheitskonzeptes entweder den Staat selbst als Gefährdung seiner Bürger oder nichtstaatliche, d.h. innenpolitische und transnationale Quellen; Bedrohungen können sowohl militärischer, als auch politischer, ökonomischer, sozialer und ökologischer Art sein.<sup>23</sup> Wenngleich einzelne Anhänger eines traditionellen Sicherheitskonzeptes ihre Renaissance feierten, ist innerhalb der Sicherheitsstudien und Theorien Internationaler Beziehungen insgesamt die Entwicklung zu einem umfassenden Sicherheitsverständnis zu konstatieren, die jedoch erhebliche theoretische und methodische Schwierigkeiten mit sich bringt:

*„On the one hand, it is clear that the traditional definition of security that has dominated the Western literature on the subject is inadequate to explain the multifaceted and multidimensional nature of the problem of international security as faced by the majority of members in the international system. On the other, the often indiscriminate broadening of the definition of security threatens to make the concept so elastic as to render it useless as an analytical tool”<sup>24</sup>.*

Aufgrund dieser theoretischen und methodischen Überlegungen und der *Logik des Gegenstandes* nimmt der hier zugrunde liegende Terminus von Sicherheit eine Mittlerstellung zwischen den herkömmlichen Minimalisten und den Maximalisten ein, deren Sicherheitskonzept Naturkatastrophen ebenso umfasst wie Hungersnöte und Armut: Die Begrenzung des Sicherheitsbegriffs auf die militärische Dimension wie auch seine uferlose Erweiterung wird gleichermaßen abgelehnt. Eine ausschließ-

---

<sup>22</sup> Adrian Hyde-Price (2001): “Beware the Jabberwock!”: Security Studies in the Twenty-First Century, in: Adrian Hyde-Price/ Heinz Gärtner/ Erich Reiter (Hrsg.): Europe’s New Security Challenges. Boulder, S. 27-54, S. 32.

<sup>23</sup> Zur Gegenüberstellung von Traditionalisten und ihren Kritikern Benjamin Miller (2001): The Concept of Security: Should it be Redefined?, in: The Journal of Strategic Studies, Nr. 2, S. 13-42, hierzu S. 23.

<sup>24</sup> Mohammed Ayoob (1997): Defining Security: A Subaltern Realist Perspective, in: Keith Krause/ Michael C. Williams (Hrsg.): Critical Security Studies. Concepts and Cases. Minneapolis, S. 121-148, S. 121.



liche Fokussierung auf die militärische Komponente von Sicherheit wird der Ausrichtung polnischer Sicherheitspolitik nicht gerecht, bei der *neben* originären Sicherheitsanliegen wie Schutz der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität aufgrund des Transformationsprozesses auch den politischen, ökonomischen und soziokulturellen Faktoren beträchtliches Gewicht beizumessen ist. Abzugrenzen ist das mehrdimensionale Sicherheitskonzept jedoch von einem allumfassenden Sicherheitsverständnis, da die ökologische Dimension von Sicherheit keine Rolle bei der Position Warschaus zur ESVP spielt.<sup>25</sup> Demnach umfasst der dieser Arbeit zugrunde liegende Sicherheitsbegriff sowohl die militärische Dimension von Sicherheit, als auch die politische, ökonomische sowie soziokulturelle.

Im Hinblick auf die Frage, was die Bezugsgröße von Sicherheit sowie die Natur und der Ursprung von Bedrohungen ist, bedient sich die *policy*-Forschung gemeinhin Realdefinitionen im Sinne von „Eine Bedrohung nationaler Sicherheit *ist* ...“, bei denen sich der Wissenschaftler unweigerlich selbst als Akteur in die Definition einschreibt.<sup>26</sup> Eine solche Verfahrensweise führt zum Verschwinden des sicherheitspolitischen Akteurs, der über den Bedrohungszustand befinden könnte, und trägt nicht der Tatsache Rechnung, dass Beobachter und Akteure die gleiche Situation vollkommen unterschiedlich wahrnehmen.<sup>27</sup> Die Aufrechterhaltung dieser beiden Perspektiven ist aus zweierlei Gründen unabdingbar: *Erstens* ist es dem Beobachter prinzipiell möglich, den Akteur-in-der-Situation zu sehen und verschiedene Erklärungsansätze für dessen Verhalten zu integrieren.<sup>28</sup> Indem die Situationsauffassung verschiedener Akteure berücksichtigt wird, kann sowohl das Ausmaß des innerhalb politischer Einheiten als auch zwischen ihnen geteilten intersubjektiven Verständnisses von Sicherheit und Bedrohung herausgearbeitet werden.

---

<sup>25</sup> Innerhalb des Diskurses über die Reichweite des adäquaten Sicherheitskonzeptes ist die Frage, ob ökologische Probleme ein legitimes Anliegen von Sicherheitsstudien sind, zudem äußerst umstritten. Dazu Marc Levy (1995): *Is the Environment a National Security Issue?*, in: *International Security*, Nr. 2, S. 33-62.

<sup>26</sup> Christopher Daase (1993): *Sicherheitspolitik und Vergesellschaftung. Ideen zur theoretischen Orientierung der sicherheitspolitischen Forschung*, in: Christopher Daase/ Susanne Feske/ Bernhard Moltmann/ Claudia Schmid (Hrsg.): *Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikt*. Baden-Baden, S. 39-66, S. 43.

<sup>27</sup> Edward E. Jones/ Richard E. Nisbett (1971): *The Actor and the Observer: Divergent Perceptions of the Causes of Behavior*. Morristown, S. 2.

<sup>28</sup> Christopher Daase (1993): *Sicherheitspolitik und Vergesellschaftung. Ideen zur theoretischen Orientierung der sicherheitspolitischen Forschung*, S. 44.

Die Kenntnis der Grenzen und der Reichweite des geteilten intersubjektiven Verständnisses von Sicherheit und Bedrohung ist ein Schlüssel zum Verständnis von bestimmten Verhaltensweisen.<sup>29</sup> Bei der nachvollzogenen Situationsauffassung verschiedener Akteure können zudem Divergenzen und damit Quellen potenzieller Missverständnisse, wie sie im Falle des Projektes ESVP zwischen Polen und der EU zu beobachten sind, herausgearbeitet werden. *Zweitens* ist es erforderlich, die wenngleich auf unterschiedliche Weise gleichermaßen voreingenommenen Perspektiven des Akteurs und des Beobachters aufrechtzuerhalten, da entscheidend ist, „[...] *how the policy-maker imagines the milieu to be, not how it actually is* [...]“.<sup>30</sup> Denn der sicherheitspolitische Akteur befindet darüber, welche Umweltbedingungen handlungskonstitutiv werden. Mit anderen Worten: Wenn ein sicherheitspolitischer Akteur wie die polnische Regierung die potenziellen Implikationen eines Konzeptes wie jenes der ESVP als Bedrohung definiert und dann von dieser Situationsdefinition ausgehend handelt, dann sind die Folgen dieses Handelns real, wie unreal auch immer die Situationsdefinition war.<sup>31</sup>

Aufgrund dieser Überlegungen ist eine von außen bestimmte Bezugsgröße von Sicherheit ebenso abzulehnen wie die Festlegung der Natur und des Ursprungs von Bedrohungen. Meiner Ansicht nach sind die innerhalb des Sicherheitsdiskurses dominierenden Fragen „Was ist die Bezugsgröße von Sicherheit?“ und „Was ist die Natur und der Ursprung von Bedrohungen?“ in dieser Form falsch gestellte Fragen an den Untersuchungsgegenstand. *Sozialwissenschaftlich* interessant sind folgende Fragen: „Warum definiert ein politischer Akteur eine *bestimmte* Bezugsgröße von Sicherheit?“ und „Warum nimmt ein politischer Akteur *bestimmte* Bedrohungen wahr und andere nicht?“ In Abgrenzung zu den in der *policy*-Forschung üblichen Realdefinitionen greife ich auf die von Christopher Daase entwickelte äußerst reduktionistische, akteursorientierte Definition zurück, gemäß derer „*Sicherheit ist, was ein politischer Akteur oder eine politische Einheit in einer bestimmten Situation als Sicherheit bezeichnet*“.<sup>32</sup> Bei der Bestimmung der Bezugsgröße von Sicherheit sowie

---

<sup>29</sup> Barran Buzan/ Ole Wæver/ Jaap de Wilde (1998): *Security. A New Framework for Analysis*. London, S. 31.

<sup>30</sup> Harold and Margaret Sprout (1957): *Environmental factors in the study of international politics*, in: *Journal of Conflict Resolution*, Nr. 1, S. 309-328, S. 328.

<sup>31</sup> Diese Argumentation erfolgt in Anlehnung an das Thomas-Theorem der Sozialwissenschaften.

<sup>32</sup> Daase, S. 45.

der Natur und des Ursprungs der Bedrohung ist der sicherheitspolitischen Elite eine übergeordnete Bedeutung beizumessen, weil sie mittels ihrer institutionalisierten Stimme über die Definitionsmacht verfügt.<sup>33</sup> Die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger befinden auch darüber, welcher Stellenwert Sicherheit im Vergleich zu anderen Politikzielen beigemessen wird, welche Mittel sie sich zur Gewährleistung von Sicherheit bedienen und wie die dabei entstehenden Kosten zu rechtfertigen sind.<sup>34</sup> Das Ziel sicherheitspolitischer Forschung kann somit nicht darin bestehen, eine immer größere Zahl vermeintlich objektivierbarer Gefährdungen der internationalen, regionalen, nationalen oder globalen Sicherheit ausfindig zu machen.<sup>35</sup> Von sozialwissenschaftlichem Interesse ist vielmehr, den Prozess zu *verstehen*, in dem innerhalb einer sozialen Gruppe ein gemeinsames Verständnis von dem geschaffen wird, was als Bezugsgröße von Sicherheit und als Sicherheitsbedrohung erachtet wird.

## 2.2 »Verstehen« als Methode und der Begriff des sozialen Handelns

Soziologisches »Verstehen« als Methode bedeutet für Weber ausdrücklich nicht intuitives Nachempfinden, sondern stets die Verbindung von »verstehen« und »kausaler Erklärung«.<sup>36</sup> Als „*Wirklichkeitswissenschaft*“<sup>37</sup> will die »verstehende Soziologie« von Weber soziales Handeln „*deutend verstehen und dadurch in seinem Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich erklären*“.<sup>38</sup> Sozial ist jenes Handeln, bei dem sich der Handelnde in seinem Verhalten sinnhaft am Verhalten anderer orien-

---

<sup>33</sup> Zur Definition von Sicherheit als Sprechakt Ole Wæver (1995): *Securitization and Desecuritization*, in: Ronnie D. Lipschutz (Hrsg.): *On Security*. New York, S. 46-86, S. 57.

<sup>34</sup> In diesem Zusammenhang verweist David A. Baldwin darauf, dass sowohl Verfechter des Neorealismus als auch seine Kritiker den Kostenfaktor bei der Konzeptionalisierung von Sicherheit nur unzureichend berücksichtigt haben. Ders. (1997): *The concept of security*, in: *Review of International Studies*, Nr. 1, S. 5-26, S. 17.

<sup>35</sup> Zur vergleichenden Gegenüberstellung der Sicherheitsparadigmen Helga Haftendorn (1993): *Das Sicherheitspuzzle: Die Suche nach einem tragfähigen Konzept internationaler Sicherheit*, in: Christopher Daase/ Susanne Feske/ Bernhard Moltmann/ Claudia Schmid (Hrsg.): *Regionalisierung der Sicherheitspolitik*, S. 13-38, S. 20-35.

<sup>36</sup> Max Weber (1968): *Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie*, in: Johannes Winckelmann (Hrsg.): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber*. 3. erw. und verb. Aufl., Tübingen, S. 427-474, S. 428 und S. 437.

<sup>37</sup> Max Weber (1968): *Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, in: Johannes Winckelmann (Hrsg.): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber*, S. 146-214, S. 170.

<sup>38</sup> Max Weber (1968): *Soziologische Grundbegriffe*, in: Winckelmann, S. 541-581, S. 542.

tiert.<sup>39</sup> Diese gegenseitige Verhaltensorientierung von handelnden Individuen bezeichnet Weber als „*soziale Beziehung*“<sup>40</sup>. Deren Sinngehalt nennt Weber »Ordnung«, wenn das soziale Handeln der Individuen sich an den dieser Ordnung immanenten Maximen orientiert. Wird Sicherheitspolitik als soziales Phänomen und dementsprechend sicherheitspolitisches Handeln als soziales Handeln begriffen, das an den Werten einer als legitim anerkannten Ordnung orientiert ist, erfordert die sicherheitspolitische Analyse einen akteurs- und gesellschaftstheoretischen Zugang, um damit die handlungskonstitutiven Bedingungen gesellschaftlicher Wirklichkeit zu erarbeiten. Diesem Vorhaben wird die Handlungstheorie von Weber nicht gerecht. In Kritik an dem individualistischen Schwerpunkt der weberschen Handlungstheorie betont Norbert Elias zurecht, dass die Individuen nicht „*vereinzelt in der Welt herum[laufen] oder in losen Haufen. So gut wie alle diese Menschen sind in mehr oder weniger festen Verbänden organisiert*“.<sup>41</sup> Elias zufolge kann das handelnde Individuum nicht als frei entscheidend betrachtet werden, sondern als in gesellschaftlichen Verflechtungszusammenhängen verstrickt. Jedoch weisen das von Fremdzwängen bestimmte individuelle Handeln bei Elias und das sinnhaft handelnde Individuum von Weber eine Gemeinsamkeit auf: „*In beiden Fällen steht das handelnde Individuum in einer Beziehung zu einer es umgebenden Ordnung*“.<sup>42</sup> Die Beschaffenheit dieser Ordnung und ihre Bedeutung als handelsleitende Maxime zu erfassen, muss das Erkenntnisinteresse einer *sozialwissenschaftlichen* Analyse von Sicherheitspolitik sein.

### 2.3 Sicherheitspolitik und Vergesellschaftung

Die sicherheitspolitische Forschung bedient sich gemeinhin des Modells der Analyseebenen *Internationales System*, *Staat/Gesellschaft* und *Individuum*, ohne deren Verzahnung bislang methodisch gelöst zu haben. Zwar besteht seit geraumer Zeit die Forderung, das „Trilemma“ der Ansatzhöhen durch „*ein komplexes Modell interna-*

---

<sup>39</sup> Max Weber (1968): *Soziologische Grundbegriffe*, S. 542.

<sup>40</sup> Ebd., S. 567.

<sup>41</sup> Norbert Elias (1999): *Die Gesellschaft der Individuen*. 4. Aufl., Frankfurt a.M., S. 220. Mit dem Verweis auf die Organisation der Menschen in Verbänden bezieht sich Elias auf Staaten und den fortschreitenden Staatenbildungsprozess. Ebd., S. 218-230.

<sup>42</sup> Peter Tautkus (1995): *Der Krieg in den Köpfen. Ein Vergleich der Belagerungsmentalitäten in Israel und bei den Protestanten in Nordirland*. Arbeitspapier Nr. 85 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg.

tionaler Politik“<sup>43</sup> zu überwinden, doch erscheint dies zugleich als „*Quadratur des Kreises*“<sup>44</sup>. Bei genauerer Betrachtung erweist sich das „Trilemma“ der Ansatzhöhen nicht als Problem des Untersuchungsgegenstandes, „sondern als Problem unserer Wissenschaftstradition, in der die fachdisziplinäre Differenzierung zu unintegrierbar nebeneinanderstehenden methodischen Ausgangspunkten führt“<sup>45</sup>. Auflösen lässt sich die „strukturelle Blockade“<sup>46</sup> durch ein Methodenverständnis, das von der *Logik des Gegenstandes* ausgeht.

Das internationale System und seine Einflüsse sind potenziell wichtige Faktoren, durch die sicherheitspolitisches Handeln beeinflusst werden kann, weil sie äußere Anforderungen an die Regierung, das politische System und die Gesellschaft eines Staates stellen, zu denen sich die sicherheitspolitischen Akteure in der einen oder anderen Weise verhalten müssen. Doch lassen sich von der Ebene des internationalen Systems nicht die historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der sicherheitspolitischen Elite Polens erschließen. Darüber hinaus besitzt das internationale System als Ganzes niemals Erklärungswert, da dieses eine bloße Abstraktion darstellt; Wirkung können lediglich konkrete Bedingungen entfalten. Allerdings werden nur solche Einflüsse erkannt, für die es ein gesellschaftliches „*Sensorium*“<sup>47</sup> gibt. Bezogen auf die Wahrnehmung von Sicherheitsrisiken bedeutet dies, dass „*the choice of risk to worry about depends on the social forms selected. The choice of risks and the choice of how to live are taken together. Each form of social life has its own typical risk portfolio*“<sup>48</sup>. Wenngleich einzelne sicherheitspolitische Entscheidungsträger Polens, wie etwa der Präsident,

---

<sup>43</sup> Harald Müller/ Thomas Risse-Kappen (1990): Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozess in liberaldemokratischen Industrienationen, in: Volker Rittberger (Hrsg.): Theorien Internationaler Beziehungen. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 21, S. 375-400, S. 379.

<sup>44</sup> Martin Mendler/ Wolfgang Schwegler-Rohmeis, zit. nach Jens Siegelberg (2003): Kriegerische Gewalt im Kontext globaler Vergesellschaftung – Ein theoretischer Erklärungsrahmen, in: Dietrich Jung/ Klaus Schlichte/ Jens Siegelberg (Hrsg.): Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945-2002). Wiesbaden, S. 15-76, S. 17.

<sup>45</sup> Ebd., S. 23.

<sup>46</sup> A.a.O.

<sup>47</sup> Daase, S. 57.

<sup>48</sup> Mary Douglas/ Aron Wildavsky (1982): Risk and Culture: An Essay on the Selection of Technical and Environment Dangers. Berkeley, S. 8, zit. nach Christopher Daase (2002): Internationale Risikopolitik: Ein Forschungsprogramm für den sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel, in: Christopher Daase/ Susanne Feske/ Ingo Peters (Hrsg.): Internationale Risikopolitik. Der Umgang mit neuen Gefahren in den internationalen Beziehungen. Baden-Baden, S. 9-35, S. 25.

bei der Bestimmung von Sicherheitsbedrohungen aufgrund ihrer institutionalisierten Stimme über erhebliche Definitionsmacht verfügen, ist auch die Analyseebene *Individuum* als Ausgangspunkt sicherheitspolitischer Analyse auszuschließen, „weil das voraussetzungslose Individuum reine Fiktion ist“<sup>49</sup>. Individuelles Handeln wie jenes des polnischen Präsidenten ist stets gesellschaftliches Handeln und damit gebunden an die spezifische Form der polnischen Gesellschaftlichkeit:

„Jeder einzelne Mensch, verschieden wie er von allen anderen ist, [trägt] ein spezifisches Gepräge an sich [...], das er mit anderen Angehörigen seiner Gesellschaft teilt. Dieses Gepräge, also der soziale Habitus der Individuen, bildet gewissermaßen den Mutterboden, aus dem diejenigen persönlichen Merkmale herauswachsen, durch die sich ein einzelner Mensch von anderen Mitgliedern seiner Gesellschaft unterscheidet“<sup>50</sup>.

Dementsprechend muss die Gretchenfrage der Internationalen Beziehungen, nämlich jene nach der primären Ansatzhöhe, zugunsten der Ebene *Staat/Gesellschaft* beantwortet werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie gesellschaftliche Wirklichkeit zu erfassen ist.

Gemäß des hier zugrunde liegenden Verständnisses ist *Gesellschaft* die „totality of social reproduction“<sup>51</sup>. Die analytische Zerlegung der gesellschaftlichen Totalität erfolgt entlang der drei sozialen Funktionsbereiche *materielle Reproduktion*, *politische Herrschaft* und *symbolische Ordnung*<sup>52</sup>, die Dietrich Jung<sup>53</sup> in Anlehnung an Elias' Elementarfunktionen<sup>54</sup> der *Ökonomie*, der *Gewaltkontrolle* sowie der *Produktion und Wahrung von Orientierungsmitteln* entwickelt hat. Diese Elementarfunktionen verweisen auf die Grundbedürfnisse, die Elias zufolge jede Form von Gesellschaft für die in ihr vergesellschafteten Individuen erfüllen muss, um ihr Überleben zu sichern.<sup>55</sup> Der Gesamtzusammenhang sozialer Reproduktion wird

---

<sup>49</sup> Jens Siegelberg (1994): *Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft*. Münster Hamburg, S. 173.

<sup>50</sup> Norbert Elias (1999): *Die Gesellschaft der Individuen*, S. 244.

<sup>51</sup> Dietrich Jung (2001): *The Political Sociology of World Society*, in: *European Journal of International Relations*, Nr. 4, S. 443-474, S. 452.

<sup>52</sup> Klaus Schlichte (1996): *Vergesellschaftung und Krieg in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges*. Münster, S. 104.

<sup>53</sup> Dietrich Jung (1995): *Tradition – Moderne – Krieg. Grundlegung einer Methode zur Erforschung kriegsursächlicher Prozesse im Kontext der globalen Vergesellschaftung*. Münster, S. 96-113.

<sup>54</sup> Norbert Elias (1983): *Über den Rückzug der Soziologen auf die Gegenwart*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 35, S. 1-28, S. 32/33.

<sup>55</sup> Zum Elias'schen Mehrebenenmodell Tamás Meleghy/ Heinz-Jürgen Niedenzu (2001): *Prozess- und Figurationstheorie: Norbert Elias*, in: Julius Morel et al. (Hrsg.): *Soziologische Theorie*.

durch die interdependenten Beziehungen der drei Elementarfunktionen gewährleistet. Die spezifische Art und Weise, wie diese Funktionen der materiellen, politischen und symbolischen Reproduktion organisiert sind, bringt historisch und kulturell unterschiedliche Formen der Vergesellschaftung hervor.<sup>56</sup> Vergesellschaftung ist als Prozesskategorie zu verstehen, die „für die Entwicklung und Diversifizierung der die Elementarfunktionen gewährleistenden Reproduktionsformen menschlichen Lebens steht“<sup>57</sup>.

Beim Prozess der sozialen Reproduktion ist die Produktion und Wahrung von Orientierungsmitteln einer Gruppe und die damit verbundene Weitergabe der Orientierungsmittel von einer Generation zur anderen von besonderer Bedeutung. Denn erst das aus der Vergangenheit übermittelte Wissen eines Kollektivs ermöglicht die Erfüllung der beiden anderen Elementarfunktionen: „Menschen können sich ohne gelerntes Wissen überhaupt nicht orientieren, nicht einmal, wenn es um ihre Nahrung geht“<sup>58</sup>. Die von einer Generation zur anderen vermittelten Orientierungsmittel sind alles Wissen, das eine soziale Gruppe über sich und ihre Umwelt in ihrem kollektiven Gedächtnis gespeichert hat und an dem sie ihr Handeln orientieren kann. Für die Analyse der Position Warschaus zur ESVP sind die Orientierungsmittel der polnischen Gesellschaft von zentraler Bedeutung, weil sie die historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der sicherheitspolitischen Elite Polens enthalten. Mit anderen Worten: Die historisch geprägten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der sicherheitspolitischen Elite Polens (in meiner Terminologie) sind die Orientierungsmittel der polnischen Gesellschaft (in der Terminologie von Elias’), wobei letztere alles Wissen sind, an dem eine soziale Gruppe ihr Handeln orientieren kann und sich diese Untersuchung auf das Wissen beschränkt, an dem die polnischen Entscheidungsträger ihr sicherheitspolitisches Handeln orientieren können. Dabei betrifft sicherheitspolitisches Handeln zwei Aspekte: Den Aspekt des

---

Abriss der Ansätze ihrer Hauptvertreter. 7., bearb. und erw. Aufl., München/Wien, S. 190-217, insbesondere S. 190-197.

<sup>56</sup> Dietrich Jung (2001): The Political Sociology of World Society, S. 452. Eine Form von Vergesellschaftung bildet der Nationalstaat, wenn auch die historisch vorherrschende. Denn Weber zufolge ist überall dort, wo zweckrational eine Ordnung geschaffen wird, Vergesellschaftung vorhanden.

<sup>57</sup> Dietrich Jung (1995): Tradition – Moderne – Krieg. Grundlegung einer Methode zur Erforschung kriegsursächlicher Prozesse im Kontext der globalen Vergesellschaftung, S. 94.

<sup>58</sup> Norbert Elias (1983): Über den Rückzug der Soziologen auf die Gegenwart, S. 34.

»Gesellschaftshandeln[s]«<sup>59</sup> im Sinne des innerhalb einer Vereinbarung sinnhaft orientierten Handelns und den Aspekt des »Vergesellschaftungshandeln[s]«, das einem „*subjektiv durchschnittlich als gemeint vorausgesetzten Sinngehalt [Hervorheb. im Original]*“<sup>60</sup> entspricht. Die beiden vergesellschaftenden Funktionen von Sicherheitspolitik liegen darin begründet, dass deren Bedrohungswahrnehmung und –abwehr sowohl die kollektiven Identifikationen einer Gruppe festigt, als auch eine Beziehung zum Gegner herstellt.<sup>61</sup>

Sozialwissenschaftlich operationalisiert findet sich die eliassche Elementarfunktion der Orientierungsmittel bzw. die hier herauszuarbeitenden sicherheitspolitischen Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster im Konzept des sozialen Habitus. Wie die legitime Ordnung der Akteure (in der Terminologie von Weber) umfasst auch der soziale Habitus die historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der sicherheitspolitischen Elite Polens, an denen sie ihr sicherheitspolitisches Handeln orientieren können. In dieser Arbeit wird dem Habituskonzept der Vorzug gegeben, weil es akteurs- und handlungsorientierter ist.

## 2.4 Das Konzept des sozialen Habitus

Die Frage, wie sich die in der politikwissenschaftlichen Literatur zu Polen allenthalben hervorgehobenen historischen Erfahrungen in sicherheitspolitische Perzeptionen, Entscheidungen und Handlungen gegenwärtiger Akteure umsetzen, berührt das in den Sozialwissenschaften zentrale Problem des Verhältnisses von Akteur und Struktur, von Individuum und Gesellschaft.<sup>62</sup> Werden soziale Phänomene wie Gesellschaft oder Sicherheitspolitik als eine Realität sui generis gedacht, dann stellt sich die Frage nach der Möglichkeit des Wandels und jene, wie sich Strukturen in konkretem Verhalten von Akteuren niederschlagen. Bei der Betrachtung von sozialen Phänomenen als Resultaten individueller Handlungen wird dahingegen die Gleichförmigkeit von Verhalten erklärungsbedürftig. Einen Ansatz, der Vermitteltheit von Akteur und

---

<sup>59</sup> Max Weber (1968): Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie, S. 442.

<sup>60</sup> Ebd., S. 448.

<sup>61</sup> Zum Verständnis von Sicherheitspolitik als Gesellschafts- und Vergesellschaftungshandeln auch Daase (1993), S. 55-59.

<sup>62</sup> Zur Diskussion der Mikro-/Makroproblematik in den Sozialwissenschaften Martin Hollis (1995): Soziales Handeln. Eine Einführung in die Philosophie der Sozialwissenschaften. Berlin, insbesondere S. 13-37 und S. 320-332.



Struktur Rechnung zu tragen und damit die Dichotomie von methodologischem Individualismus und deterministischem Strukturalismus aufzuheben, bietet das Konzept des sozialen Habitus.<sup>63</sup>

Der soziale Habitus umfasst ein gesellschaftlich bestimmtes Ensemble von „*Kollektivschöpfungen der Lebensgemeinschaft*“, die den Horizont des Sinns und der Bedeutung konstituieren, auf den sich das subjektiv sinnhafte Handeln von Individuen oder Kollektiven bezieht.<sup>64</sup> Die Entstehung eines Habitus verdankt sich der „*Verinnerlichung der Äußerlichkeit*“<sup>65</sup>; er ist „*zur Natur gewordene Geschichte*“<sup>66</sup>. Indem der Habitus als Produkt der Geschichte „*individuelle und kollektive Praktiken, also Geschichte, nach den von der Geschichte erzeugten Schemata*“<sup>67</sup> produziert, bricht er die Unterscheidung von Struktur und Akteur, von Gesellschaft und Individuum auf. Weil der Habitus in „*bewusste und unbewusste Motive hineinwirkt, ist er auch strukturbildend. Er ist structure structurée und structure structurante*“.<sup>68</sup> Als ein erworbenes System von Erzeugungsmustern gewährleistet der Habitus „*die aktive Präsenz früherer Erfahrungen, die sich in jedem Organismus in Gestalt von Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata niederschlagen*“<sup>69</sup>. Historische Erfahrungen vormaliger Generationen bleiben keine äußerlichen Phänomene, sondern werden durch die Internalisierung gesellschaftlich vermittelter Bedeutungen zu einer Struktureigentümlichkeit gegenwärtiger sicherheitspolitischer Akteure. Der soziale Habitus wird zur zweiten Natur, entwickelt sich infolge wiederholter Erfahrungen, wie beispielsweise der Jahrhunderte lang andau-

---

<sup>63</sup> Pierre Bourdieu (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M., S. 277-354; Pierre Bourdieu (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt a.M., S. 97-121; Norbert Elias (1999): Die Gesellschaft der Individuen, S. 244ff.

<sup>64</sup> Dietrich Jung (1995): Tradition – Moderne – Krieg, S. 99.

<sup>65</sup> Pierre Bourdieu (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, S. 102.

<sup>66</sup> Pierre Bourdieu (1976): Entwurf einer Theorie der Praxis auf der Grundlage der kabyliischen Gesellschaft. Frankfurt a.M., S. 171.

<sup>67</sup> Pierre Bourdieu (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, S. 101.

<sup>68</sup> Klaus Schlichte (1998): La Françafrique – Postkolonialer Habitus und Klientelismus in der französischen Afrikapolitik, Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Nr. 2, S. 309-343, S. 321. Der Verweis auf das Vor-Bewusste, welches das politische Bewusstsein erst konstituiert, unterscheidet den sozialen Habitus als Konzept von anderen ideellen Erklärungsfaktoren sicherheitspolitischen Handelns, wie etwa dem Konzept der strategischen Kultur. Zu letzterem Kerry Longhurst (2000): The Concept of Strategic Culture, in: Gerhard Kümmel/ Andreas D. Prüfert (Hrsg.): Military Sociology. The Richness of a Discipline. Baden-Baden, S. 301-310; Alastair Iain Johnston (1995): Thinking about Strategic Culture, in: International Security, Nr. 4, S. 32-64, insbesondere S. 45-64.

<sup>69</sup> Pierre Bourdieu (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, S. 101.

ernden Fremdbestimmung der polnischen Gesellschaft, und drängt das Handeln sicherheitspolitischer Akteure in eine bestimmte Richtung. Der Habitus besteht aus einem Set von Dispositionen, die Wahrnehmungen, Handlungen und Einstellungen erzeugen, sofern eine entsprechende Auslösersituation gegeben ist, auf die hin die Träger des Habitus konditioniert wurden.<sup>70</sup> Übertragen auf die Sicherheitspolitik bedeutet dies, dass Gefahren „*nicht in ihrer objektiven Wahrheit als **bedingte und konventionelle Auslöser** [existieren], da sie nur wirken, wenn sie auf Handelnde treffen, die darauf konditioniert sind, sie zu **erkennen** [Hervorheb. im Original]*“<sup>71</sup>. Phänomene, die außerhalb der Reichweite des Habitus liegen, werden gar nicht wahrgenommen oder in einer Habitus-konformen Weise uminterpretiert.<sup>72</sup>

In methodischer Hinsicht lässt sich das Konzept des sozialen Habitus den Ansätzen zurechnen, die »Verstehen« und »Erklären« in sozialwissenschaftlichen Herangehensweisen verbunden wissen wollen, also neben sichtbaren „Fakten“ Sinnverstehen als integralen Bestandteil einer sozialwissenschaftlichen Methodik ansehen. Der Schwachpunkt, dass „*die Methodik der Konstruktion eines realtypischen Habitus [...] bisher ausgesprochen unausgereift*“ ist, lässt sich insofern relativieren, als in den Internationalen Beziehungen hermeneutischen Problemen bislang insgesamt wenig Aufmerksamkeit beigemessen wurde.<sup>73</sup> Bei der Konstruktion eines realtypischen Habitus muss die Analyse beobachtbarer Praktiken mit hermeneutischen Mitteln verbunden werden, um die Sinnbezüge der Akteure offen zu legen.<sup>74</sup> Die folgende Konstruktion des sicherheitspolitischen Habitus der polnischen Elite beschränkt sich auf die Aspekte, die für die Position Warschaus zur ESVP relevant sind.

---

<sup>70</sup> Andreas Balog (2001): Neue Entwicklungen in der soziologischen Theorie. Stuttgart, S. 180.

<sup>71</sup> Pierre Bourdieu (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, S. 99.

<sup>72</sup> Umstritten ist in der Forschung, wie stark das Verhältnis von Dispositionen und den von ihnen bestimmten Handlungen durch Determinismus geprägt ist bzw. wie groß die kontrollierte Freiheit des Habitus ist.

<sup>73</sup> Klaus Schlichte (1998): La Françafrique – Postkolonialer Habitus und Klientelismus in der französischen Afrikapolitik, S. 339.

<sup>74</sup> Ebd., S. 321.

### **3 Sicherheitspolitischer Habitus und polnische Sicherheitskonzeption**

*An outside observer  
not well-informed about underlying causes,  
might even come to believe that Poland overexaggerates  
national security in its foreign policy  
(Roman Kuźniar, 2001<sup>75</sup>)*

Die tieferen Beweggründe, deren Kenntnis erforderlich ist, um die polnische Sicherheitspolitik im Sinne Webers zu »verstehen«, können durch die Konstruktion des sicherheitspolitischen Habitus erfasst werden. Letzterer umfasst die historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der polnischen Elite, an denen diese ihr sicherheitspolitisches Handeln orientieren kann. Zu erkennen sind die sicherheitspolitischen Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster nur in ihrem historischen Entstehungszusammenhang. Als zentrale Denkfiguren beeinflussen sie, welche Bezugsgröße von Sicherheit die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger Polens definieren und wo sie welche Art von Bedrohung verorten. Darüber hinaus beeinflussen die historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der sicherheitspolitischen Elite Polens, welche Rolle der NATO, EU und WEU in der polnischen Sicherheitskonzeption zugeordnet ist.

#### **3.1 Sicherheitspolitische Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster**

Die Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster des sicherheitspolitischen Habitus der polnischen Elite ergeben sich aus der Analyse der Äußerungen von Akteuren und ihren beobachtbaren Praktiken. In sicherheitspolitischen Publikationen, Dokumenten und Stellungnahmen tauchen wiederholt Motive auf, die sich idealtypisch verdichten lassen. Neben der belagerten Festung und der geostrategische Lage bilden die Opferrolle und die transatlantische Bindung die Bezugspunkte des sicherheitspolitischen Habitus der polnischen Elite, die für die Position Warschaus zur ESVP entscheidend

---

<sup>75</sup> Roman Kuźniar (2001): Introduction, S. 15.

sind.<sup>76</sup> Aufeinander verwiesen verstärken sich die sicherheitspolitischen Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster gegenseitig und schlagen sich als Konzentrat im sicherheitspolitischen Glaubenssatz „*First-not to harm NATO*“<sup>77</sup> nieder.<sup>78</sup>

### 3.1.1 *Mentalität der belagerten Festung bewirkt Maxime nationaler Sicherheit*

*the siege continues for so long a time the enemies have to change  
they have nothing in common but the desire to annihilate us  
when some hordes depart others immediately appear  
Goths Tatars Swedes imperial legions...*

(Zbigniew Herbert<sup>79</sup>)

Der Topos der *belagerten Festung* bildet einen prägenden Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses der polnischen Gesellschaft, die Jahrhunderte lang um ihr Überleben kämpfen musste: Der nationale Notstand wurde zum Normalzustand und ließ eine „*Mentalität der belagerten Festung*“<sup>80</sup> entstehen. Tief verankert im kollektiven Gedächtnis sind die drei staatlichen Teilungen, im Zuge deren dritter die Königliche Republik im Jahre 1795 vollständig zwischen Preußen, Russland sowie Österreich-Ungarn aufgeteilt wurde. Ergebnis war, dass der polnische Staat für 123 Jahre von der Landkarte Europas verschwand. Jener Verlust der Staatlichkeit bedeutete den schwersten Einbruch in der polnischen Geschichte: „*Wahrlich, kann man sich kaum einen größeren Schaden vorstellen, den man einer reifen ethnischen Gemeinschaft zufügen kann, als den, der durch die Beseitigung ihres Staates entsteht. Und unter den Teilungen haben doch vier Generationen der Polen gelebt*“<sup>81</sup>. Während dieser Zeit war das polnische Denken und Handeln sehr stark auf die Wiederherstellung

---

<sup>76</sup> Nicht erörtert wird hier das polnische Selbstverständnis als Regionalmacht, das einen weiteren Bezugspunkt des sicherheitspolitischen Habitus bildet, da diese Komponente zwar für die polnische Ost- und Nachbarschaftspolitik entscheidend ist, jedoch nur von untergeordneter Bedeutung für Warschaus Position zur ESVP.

<sup>77</sup> Janusz Onyszkiewicz (2002): The Polish View on the Common Security and Defense Policy, in: Werner Hoyer/ Gerd F. Kaldrack (Hrsg.): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten Streitkräften? Baden-Baden, S. 215-222, S. 217.

<sup>78</sup> Grundsätzlich können sich die Bezugspunkte des sicherheitspolitischen Habitus auch in ihrer Geltung widersprechen.

<sup>79</sup> Zit. nach Adrian Hyde-Price (1996): The international politics of East Central Europe. Manchester/New York, S. 223.

<sup>80</sup> Janusz Reiter (1992): Wieviel Nationalgefühl braucht ein Volk?, in: Ewa Kobylińska/ Andreas Lawaty/ Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe. München, S. 381-386, S. 385.

<sup>81</sup> Janusz Tazbir (1995): Sarmackie anioły? (Sarmante Engel?), in: Polityka vom 25. November 1995, zit. nach Jerzy Macków (1998): Die Konstruktion politischer Stabilität. Polen und Russland in den Umbrüchen der achtziger und neunziger Jahre. Baden-Baden, S. 118.

eines souveränen polnischen Staates ausgerichtet.<sup>82</sup> Nachdem die Eigenstaatlichkeit 1918 restituiert werden konnte, galt die Bewahrung der staatlichen Souveränität als vorrangige Aufgabe polnischer Außenpolitik. Während des Bestehens der Zweiten Republik veränderte sich die Einstellung der polnischen Bevölkerung zur Staatsgewalt entschieden, mit der sie sich nunmehr, insbesondere in den ersten Jahren, uneingeschränkt identifizierte. Zwar bewirkte der Staatsstreich von 1926 eine erneute Distanz zu den staatlichen Institutionen, nichtsdestoweniger blieb der Staat ein allgemein anerkannter Grundwert. Ein Element der politischen Kultur bildete „*die Formel von der gleichzeitigen Verteidigung des Staates und der Gesellschaft*“<sup>83</sup>. 1939 rückten Nazi-Deutschland und die Sowjetunion an die Stelle der drei Teilmächte. Das Ergebnis des Hitler-Stalin-Paktes bestand in dem erneuten Verlust der Eigenstaatlichkeit, Besatzung und Besatzungsterror. Gemäß dem ehemaligen polnischen Außenminister, Władysław Bartoszewski, erschütterte „*das Gefühl der eigenen Kraftlosigkeit gegenüber der Herrschaft des Grauens [...] die polnische Gesellschaft von Grund auf*“<sup>84</sup>. Nach dem Zweiten Weltkrieg folgten Grenzverschiebung und territoriale Verluste. Während der Eingliederung in den Ostblock lebte die polnische Gesellschaft Janusz Onyszkiewicz zufolge, ehemaliger polnischer Verteidigungsminister, im „*shadow of soviet tanks*“<sup>85</sup>. Verstärkt wurde die Belagerungsmentalität insbesondere durch die Gefahr eines sowjetischen Einmarsches, den die überwiegende Mehrheit der polnischen Bevölkerung während der ganzen Phase der Solidarność-Bewegung<sup>86</sup> in den 80er Jahren als große Bedrohung perzipierte.<sup>87</sup>

---

<sup>82</sup> Jerzy Macków (1998): Die Konstruktion politischer Stabilität. Polen und Russland in den Umbrüchen der achtziger und neunziger Jahre. Baden-Baden, S. 108.

<sup>83</sup> Jerzy Holzer (1991): Die politische Kultur Polens: Geschichte und Gegenwart, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 4, S. 392-405, S. 399.

<sup>84</sup> Władysław Bartoszewski: Anstelle eines Vorwortes: Aus der Geschichte lernen?, in: Eva Feldmann (2000): Polen: „Für Eure und unsere Freiheit“. Zum Verständnis der polnischen Gesellschaft, Kultur und Identität. Frankfurt a.M., S. 7-14, S. 10.

<sup>85</sup> Janusz Onyszkiewicz (2002): The Polish View on the Common Security and Defense Policy, S. 215.

<sup>86</sup> Zum Entstehungshintergrund und zur Zielsetzung Dieter Bingen (1982): Solidarność – eine polnische Gewerkschaft und gesellschaftliche Bewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B29-30, S. 3-25.

<sup>87</sup> Zur Frage, inwieweit die sowjetische Führung sich auf den Aufbau einer Drohkulisse zu beschränken dachte Wilfried Loth (1998): Eine sowjetische Intervention abgewendet?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. November 1998.

Aus den im sicherheitspolitischen Habitus vergegenwärtigten historischen Erfahrungen der permanenten Belagerung, die sich in ihrer extremsten Form im „*fall of the country together with impediment to the national identity or even national existence*“<sup>88</sup> manifestiert hat, resultiert ein stark ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis der polnischen Gesellschaft, auf das die Maxime nationaler Sicherheit in der polnischen Außenpolitik zurückzuführen ist. Die im sicherheitspolitischen Habitus verankerte Formel von der gleichzeitigen Verteidigung des Staates und der Gesellschaft hat die beiden Bezugsgrößen polnischer Sicherheitspolitik nach der Wiedererlangung der vollen staatlichen Souveränität 1989 begründet. Letztere betraf zwei Aspekte: Die innere Souveränität im Sinne der Umsetzung der Gesellschaftsordnung eigener Wahl und die äußere Souveränität im Sinne der freien Gestaltung der Außenbeziehungen. Darüber hinaus habe der permanente Belagerungszustand eine „*polnische Neurose*“ hervorgerufen, die sich darin zeige, dass durch eine „*echte*“ oder „*eingebildete*“ Bedrohung eine Art „*geistige Fesselung*“ erzeugt werde, die selbstkritischen Überlegungen keinen Raum gebe, da die Abwehr des Feindes die Bündelung aller Ressourcen erfordere.<sup>89</sup> In engem Zusammenhang mit der Konzentration auf die Gefahrenabwehr ist die Fokussierung auf die geographische Lage und den daran haftenden „*geopolitischen Fluch*“<sup>90</sup> zu sehen.

### 3.1.2 *Bann des „geopolitischen Fluches“ durch geopolitische Westverschiebung*

*Schön ist die Wohnung, die unsere Ahnen  
sich ausgesucht, die edlen Polanen.  
Viel Raum und Sonne, ein Guckloch hinaus  
Und fließendes Wasser – die Weichsel – im Haus.  
Doch, wie die Mieter immer sagen,  
leider nicht eine der besten Lagen.  
(Antoni Marianowicz<sup>91</sup>)*

Ebenfalls aufgegriffen wird der Topos der *geographischen Lage* von dem wohl populärsten polnischen Karikaturisten Andrzej Mleczko, der in einer Karikatur Gott als Schöpfer zeigt, der die Weltkugel in seiner Hand drehend überlegt: „*Den Polen*

<sup>88</sup> Roman Kuźniar (1995/96): The Problem of the National Security in the Policy of Poland, in: Polish Political Science, Vol. XXV-XXVI, S. 5-25, S. 6.

<sup>89</sup> Marek Prawda (1992): Polnische Neurosen und die Deutschen, in: Ewa Kobylińska/ Andreas Lawaty/ Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche und Polen, S. 464-472, S. 468.

<sup>90</sup> Jerzy Macków (1998): Die Konstruktion politischer Stabilität. Polen und Russland in den Umbrüchen der achtziger und neunziger Jahre, S. 119.

<sup>91</sup> Zit. nach Thomas Urban (1998): Polen. München, S. 84.

*spielen wir einen Streich, wir positionieren sie zwischen Deutschland und Russland...“.*<sup>92</sup> Aus der geographischen Lage des polnischen Staates zwischen stärkeren und expansionistischen Mächten resultierten Bedrohungen der nationalen Sicherheit. In Polen lebe man *„wie in einem offenen Türrahmen“*<sup>93</sup>, durch den Jahrhunderte lang ein Durchzug kämpferischer Armeen zwischen Ost und West herrschte. Die im sicherheitspolitischen Habitus verankerte Fixierung auf die geostrategische Lage fördert eine sicherheitspolitische Denkweise, die insofern von geopolitischen Erwägungen dominiert wird, als sicherheitspolitische Interessen durch das Prisma der geographischen Nähe von Staaten oder Bedrohungen perzipiert werden.

Wenngleich sich Polen nach der politischen Wende 1989 keiner militärischen Bedrohung ausgeliefert gesehen hat, ist die Instabilität im GUS-Raum als Bedrohung der eigenen Sicherheit mit potenziellen Auswirkungen auf das polnische Staatsgebiet betrachtet worden.<sup>94</sup> Eine weitere Gefahrenquelle bildeten aus polnischer Sicht die russischen Bestrebungen, die ostmitteleuropäischen Länder als Interessensphäre zu deklarieren und den Anspruch auf eine „Pufferzone“ wirksam gegenüber den westlichen Staaten durchzusetzen.<sup>95</sup> Dass der Verbleib in einem *„strategic no man’s land“*<sup>96</sup> von der überwältigenden Mehrheit der ansonsten stark fragmentierten polnischen Elite als untragbar angesehen wurde, entspringt dem im sicherheitspolitischen Habitus verinnerlichten Leitsatz *Nie mehr „dazwischen“*. In Abgrenzung zu den in der euroatlantischen Staatengemeinschaft und in der Sowjetunion bzw. der Russischen Föderation vorherrschenden Vorstellungen betonte der erste Außenminister der III. Republik Polen, Krzysztof Skubiszewski, dass *„niemand (...) in Form eines Schemas denken [kann], das auf einer Art 'Grauzone' oder 'Pufferzone'*

---

<sup>92</sup> Zit. nach Eva Feldmann (2000): Polen: „Für Eure und unsere Freiheit“. Zum Verständnis der polnischen Gesellschaft, Kultur und Identität, S. 43.

<sup>93</sup> Jerzy Liebert, zit. nach Janusz Tycner (1999): Die Osterweiterung der Europäischen Union – Deutsche Ängste und polnische Hoffnungen, in: Deutsche Studien, Nr. 1, S. 61-68, S. 63.

<sup>94</sup> Zum „östlichen Krisenbogen“ Hans-Joachim Gießmann (1994): Osteuropa zwischen sicherheitspolitischen Visionen und nationalen Interessen, in: Hans-Joachim Gießmann/ Frank S. Rödiger (Hrsg.): Militärische Neuordnung in Mittel-Ost-Europa. Bremen, S. 16-41, S. 18-25.

<sup>95</sup> Roman Kuźniar (1997): Zagadnienie Bezpieczeństwa Narodowego w Polityce Polski (Das Problem der nationalen Sicherheit in der Politik Polens), in: Davis B. Bobrow/ Edward Halizak/ Ryszard Zięba (Hrsg.): Bezpieczeństwo narodowe i międzynarodowe u schyłku XX wieku (Nationale und internationale Sicherheit am Ende des 20. Jahrhunderts). Warschau, S. 285-306, S. 288.

<sup>96</sup> Stanisław Parzymies (1993): The European Union and Central Europe. Prospects of Security Cooperation, in: The Polish Quarterly of International Affairs, Nr. 3, S. 89-110, S. 92.

neutraler Staaten basiert, die der Rivalität oder den Einflüssen starker Staaten oder Mächte ausgesetzt sind, wie dies insbesondere auf Polen und seine Lage zwischen Deutschland und der Sowjetunion [sic] zutrifft“<sup>97</sup>. Wenngleich die Zugehörigkeit zu solch einem Sicherheitsvakuum nicht automatisch eine direkte militärische Bedrohung impliziert, bedeutet dies jedoch, dass „we [die Polen] are more open to political external pressures, we are uncertain about our future and defenceless in the situation of some military menace in the future. Here again, the past of Central Europe proves that talking about such dangers is not just speculating“<sup>98</sup>. Verstärkt wurde die Konzentration auf die geostrategische Lage durch die von drei auf sieben erhöhte Zahl benachbarter Staaten Anfang der 90er Jahre, von denen keiner seine Identität bewahrt hat: Anstelle der DDR das vereinigte Deutschland, statt der Sowjetunion vier Nachfolgerstaaten sowie die Spaltung der Tschechoslowakei in zwei Staaten.

Ihren Niederschlag in beobachtbare Praktiken findet die Konzentration auf die geostrategische Lage in dem Bemühen, die machtpolitischen Ansprüche Russlands auszubalancieren, den Bilateralismus und Regionalismus jenseits von EU und NATO zu pflegen sowie dem parteiübergreifenden Wunsch nach einer „geopolitische[n] Westverschiebung“<sup>99</sup>, der die polnische Sicherheitspolitik nach 1989 bestimmte. Gestützt auf einen breiten Konsens innerhalb der politischen Elite, Streitkräfte und Bevölkerung, haben die mitunter im Jahrestakt wechselnden polnischen Regierungen kontinuierlich daran gearbeitet, der sicherheitspolitischen Grauzone zu entkommen und den geopolitischen Fluch durch geopolitische Westverschiebung zu bannen. Eng verbunden mit der Fixierung auf die Situiertheit in einem Sicherheitsvakuum ist das innerhalb der politischen Klasse dominierende militärische Sicherheitsverständnis. Wenngleich in den einschlägigen Dokumenten zur polnischen Sicherheitspolitik stets auf einen erweiterten Sicherheitsbegriff sowie die Bedeutung nichtmilitärischer

---

<sup>97</sup> Bei einem Gespräch am Runden Tisch über die „Welt im Wandel – Politik in der Verantwortung“ am 10. September 1993 in Bonn, in: Zbiór Dokumentów, 3, S. 40-48, S. 43, zit. nach Janusz Przystrom (1997): Polen zwischen der NATO und Russland: Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsstrategien, in: August Pradetto (Hrsg.): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Opladen, S. 101-128, S. 104.

<sup>98</sup> Roman Kuźniar (1995/96): The Problem of the National Security in the Policy of Poland, S. 7.

<sup>99</sup> Der mit Blick auf die tschechische Sicherheitspolitik geprägte Terminus der „geopolitischen Westverschiebung“ ist auch in der polnischen Sicherheitsdebatte das bestimmende Motiv. Pavel Seifter/ Vladimir Handl (1997): Die Sicherheitspolitik der Tschechischen Republik, in: August Pradetto (Hrsg.): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO, S. 43-76, S. 75.



Sicherheitsrisiken verwiesen wird, prägt die vereinfachte Gleichung *Sicherheit = territoriale Verteidigung* noch immer das sicherheitspolitische Denken breiter Kreise der polnischen Entscheidungsträger. Begründet liegt dies in der im sicherheitspolitischen Habitus vergegenwärtigten Erfahrung, in wiederholtem Maße militärischen Bedrohungen ausgesetzt gewesen zu sein, auch von Staaten, mit denen sich Polen verbündet glaubte.

### 3.1.3 *Verschwörungskomplex nährt Misstrauen gegenüber Europa*

*A source of our problems –  
and, indirectly, our European partners’ –  
is a chronic distrust of the world  
behind which lies a betrayal complex  
compounded of September 1939, Yalta and Teheran.  
(Olaf Osica, 2002<sup>100</sup>)*

Der Topos des *Bauernopfers im Schachspiel der Mächtigen* bildet ein weiteres prägendes Element des kollektiven Gedächtnisses der polnischen Gesellschaft, die sich Jahrhunderte lang der Fremdbestimmung durch benachbarte Großmächte ausgesetzt gesehen hat: Der Unterdrückung durch die Teilungsmächte folgten die Beherrschung von den Besatzungsmächten im Zweiten Weltkrieg und die Entmündigung in der kommunistischen Ära. Aus dem Verlust der Eigenstaatlichkeit infolge des Hitler-Stalin-Paktes sowie der Erfahrung, dass Großbritannien und Frankreich ihre vor dem Zweiten Weltkrieg gewährten formellen Sicherheitsgarantien spätestens durch die Überlassung der polnischen Souveränität an den Verhandlungstischen der Anti-Hitler-Koalition in Jalta und Potsdam geopfert haben, ist ein „*Verschwörungskomplex*“<sup>101</sup> entstanden. Dieser nährt das Misstrauen breiter Kreise der polnischen Elite gegenüber Westeuropa in Fragen der Sicherheit Europas und damit Polens. Verstärkt wurde dieser Verschwörungskomplex durch die Haltung westeuropäischer Entscheidungsträger, insbesondere jene der bundesdeutschen politischen Klasse, gegenüber dem Kriegszustand in Polen und der polnischen Freiheitsbewegung *Solidarność*: Deren Inhaftierte stellten sich die Frage „*auf wessen*

---

<sup>100</sup> Olaf Osica (2002): „The Past as an Excuse:“ The Role of History in Polish Security Policy, in: Foundation of International Studies (Hrsg.): Yearbook of Polish Foreign Policy. Warschau unter <http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2002/2002.html> [27.11.2002].

<sup>101</sup> Olaf Osica/ Marcin Zaborowski (2002): Wprowadzenie (Einführung), in: Olaf Osica/ Marcin Zaborowski (Hrsg.): Nowy członek „starego“ Sojuszu. Polska jako nowy aktor w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa (Neues Mitglied eines „alten“ Bündnisses. Polen als neuer Akteur in der euroatlantischen Sicherheitspolitik). Warschau, S. 9-23, S. 14.

Rücken diese deutsche Ostpolitik gerettet werden solle“<sup>102</sup>. Der Vertrauensverlust, der durch die Missachtung des antikommunistischen Widerstandes in Polen erzeugt wurde, „saß bei den nicht-kommunistischen Polen sehr tief“<sup>103</sup>, aus deren Reihen auch maßgebliche Träger des sicherheitspolitischen Habitus stammten, wie etwa der ehemalige polnische Präsident, Lech Wałęsa, der ehemalige polnische Außenminister, Bronisław Geremek, oder der ehemalige polnische Verteidigungsminister, Janusz Onyszkiewicz.

Aus der im sicherheitspolitischen Habitus vergegenwärtigten wiederholten Degradierung Polens als „a victim and a hostage of the stability of successive international orders“<sup>104</sup> resultiert der Leitsatz *Keine Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg*.<sup>105</sup> Letzter findet seinen Niederschlag in beobachtbaren Praktiken zum einen in der aktiven, breit angelegten polnischen Sicherheitspolitik, die sich in vielfältigen sicherheitsinstitutionellen Zusammenhängen und Akteurskonstellationen um eine größtmögliche Partizipation an sicherheitspolitischen Entscheidungsprozessen und der Gestaltung eines kooperativen sicherheitspolitischen Umfeldes in Europa bemüht hat.<sup>106</sup> Zum anderen kommt das innerhalb der polnische Elite schwach ausgeprägte Vertrauen in europäische Sicherheitsgarantien in der atlantischen Ausrichtung polnischer Sicherheitspolitik zum Ausdruck.

---

<sup>102</sup> Kazimierz Wóycicki (1985): Haß auf die Deutschen?, in: Kursbuch vom September 1985, S. 131-135, S. 134 f., zit. nach Jerzy Macków (1993): Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Entwicklung in Polen in den siebziger und achtziger Jahren, in: Zeitschrift für Politik, 4, S. 372-392, S. 386.

<sup>103</sup> Jerzy Macków (1993): Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Entwicklung in Polen in den siebziger und achtziger Jahren, S. 389.

<sup>104</sup> Roman Kuźniar (1995/96): The Problem of the National Security in the Policy of Poland, S. 6.

<sup>105</sup> Wörtlich ist die Beschwörungsformel „Nic o nas bez nas“ mit „Nichts über uns ohne uns“ zu übersetzen.

<sup>106</sup> Einen guten Überblick über die Entwicklung der bi- und multilateralen Beziehungen Polens liefern die Beiträge im Sammelband von Roman Kuźniar (2001).

### 3.1.4 *Starke Präsenz der USA in Europa als polnisches Lebenselixier*

*We want the Americans  
because we are perpetually afraid of  
someone doing us down  
(Olaf Osica, 2001<sup>107</sup>)*

Der Topos der *transatlantischen Bindung*, die das Engagement der USA für die Sicherheit Europas und damit Polens gewährleistet, bildet ein weiteres sicherheitspolitisches Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der polnischen Elite. Neben dem Verschwörungskomplex als Quelle des Misstrauens gegenüber Europa in sicherheitspolitischen Belangen lässt sich die Orientierung Warschaws an Washington auf die Überzeugung zurückführen, dass das militärische Potenzial der USA aufgrund der geostrategischen Lage Polens für die Sicherheit des Landes unabdingbar ist. Für die überwältigende Mehrheit der polnischen Klasse ist die starke Präsenz der USA in Europa die einzige Möglichkeit, die traditionellen Sicherheitsbedürfnisse zuverlässig zu befriedigen. Im Gegensatz zu einigen westeuropäischen Regierungen, die insbesondere im Zusammenhang mit der amerikanischen Informationspolitik im Kosovo-Konflikt Kritik an der Vormachstellung Washingtons auf dem Kontinent geübt haben, liefert diese im polnischen Kapitol keinen Grund für Beanstandungen, sondern bildet vielmehr ein polnisches Lebenselixier.<sup>108</sup> Dementsprechend betrachtet Warschau ein etwaiges Nachlassen des amerikanischen Interesses in Europa oder eine potenzielle Schwächung der transatlantischen Bindung als Bedrohung der polnischen Sicherheit.<sup>109</sup>

Die atlantische Ausrichtung der polnischen Sicherheitspolitik liegt nicht nur in der militärischen Schlagkraft der USA begründet. Die Bevorzugung des amerikanischen Partners erklärt sich auch aus der im sicherheitspolitischen Habitus vergegenwärtigten Erfahrung, dass die europäischen Staaten Polen mehrfach be-

---

<sup>107</sup> Olaf Osica (2001): Poland between America and Europe: Distorted Perspectives, in: Foundation of International Studies (Hrsg.): Yearbook of Polish Foreign Policy. Warschau unter [http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2001/olaf\\_osica\\_poland\\_between\\_america\\_and\\_europe.html](http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2001/olaf_osica_poland_between_america_and_europe.html) [12.8.2002].

<sup>108</sup> Olaf Osica/ Marcin Zaborowski (2002): Wprowadzenie (Einführung), in: Olaf Osica/ Marcin Zaborowski (Hrsg.): Nowy członek „starego“ Sojuszu. Polska jako nowy aktor w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa (Neues Mitglied eines „alten“ Bündnisses. Polen als neuer Akteur in der euroatlantischen Sicherheitspolitik), S. 15.

<sup>109</sup> Roman Kuźniar (1997): Zagadnienie Bezpieczeństwa Narodowego w Polityce Polski (Das Problem der nationalen Sicherheit in der Politik Polens), S. 288.

droht, unterdrückt oder im Stich gelassen haben, wohingegen sich die USA, wie beispielsweise während des Kriegszustandes in Polen, als Sympathisanten oder Unterstützer der polnischen Gesellschaft erwiesen haben: Als Bedingung für die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen mit der Regierung der Volksrepublik Polen und die Rücknahme der amerikanischen Wirtschaftssanktionen forderte Präsident Reagan die Freilassung politischer Gefangener und die Wiedezulassung der Gewerkschaft Solidarność.<sup>110</sup> Aus polnischer Perspektive haben die USA eine Schlüsselrolle beim Zusammenbruch des Kommunismus gespielt und damit maßgeblichen Anteil an der Wiedererlangung der vollen staatlichen Souveränität Polens gehabt.<sup>111</sup>

Im Verlaufe der 90er Jahre sahen sich die polnischen Entscheidungsträger bei ihrer Präferenz der USA in sicherheitspolitischen Belangen mehrfach bestätigt. Beim 2+4-Vertrag fungierten die USA ebenso als Wächter polnischer Interessen wie beim Rückzug sowjetischer Truppen vom polnischen Territorium.<sup>112</sup> Darüber hinaus stellt die überwältigende Mehrheit der polnischen Klasse eine Übereinstimmung zwischen der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik nach 1989 und den „*vitalen Interessen*“ Polens fest.<sup>113</sup> Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Überzeugung, dass Polen die NATO-Mitgliedschaft und damit die Verwirklichung des obersten sicherheitspolitischen Zieles in den 90er Jahren in erster Linie dem Engagement der USA bei der Willensbildung im Bündnis zur Osterweiterung zu verdanken habe: *„Wir schulden Präsident Bill Clinton und Außenministerin Madeleine Albright unsere tiefe Dankbarkeit. Wir sind dem amerikanischen Volk*

---

<sup>110</sup> Jerzy Macków (1993): Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Entwicklung in Polen in den siebziger und achtziger Jahren, S. 387.

<sup>111</sup> Olaf Osica (2003): Polska wobec operacji NATO poza obszarem traktatu waszyngtońskiego i polityki bezpieczeństwa i obronnej UE (Polen gegenüber NATO-Operationen außerhalb des Gebietes des Washingtoner Vertrages und gegenüber der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU).

<sup>112</sup> Bogusław Winid (2001): Security Issues in Polish-American Relations, in: Roman Kuźniar (Hrsg.): Poland's Security Policy 1989-2000. Warschau, S. 171-193, hier insbesondere S. 173-175.

<sup>113</sup> Grzegorz Gromadzki/ Olaf Osica (2001): Proeuropejscy atlantyści: Polska i inne kraje Europy Środkowo-Wschodniej po wejściu do Unii Europejskiej (Proeuropäische Atlantiker: Polen und andere südosteuropäische Länder nach dem Beitritt zur Europäischen Union). Raporty „O Przyszłości Europy“ (Berichte „Über die Zukunft Europas“) Nr. 3. Fundacja Batorego/Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warschau, S. 7.

*dankbar, das beständig unsere Bestrebungen unterstützt hat*<sup>114</sup>. Weit weniger erinnert wird, dass Deutschland das erste positive Signal für den Beitritt Polens in die NATO gesendet hat, für den in der polnischen Wahrnehmung insbesondere Frankreich recht wenig Enthusiasmus aufgebracht hat.<sup>115</sup>

Der übergeordnete Stellenwert, der der NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption beigemessen worden ist, lässt sich auf die im sicherheitspolitischen Habitus verankerten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster zurückführen, die sich in konzentrierter Form in dem sicherheitspolitischen Glaubenssatz *First-not to harm NATO* niederschlagen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach den Motiven für die Mitgliedschaft im Bündnis, welche Aufgaben ihm bei der Gewährleistung der polnischen Sicherheit zugeordnet worden sind und in welchem Verhältnis die NATO zu den beiden anderen Sicherheitslieferanten Polens, der EU und WEU, steht.

### **3.2 Schlüsselrolle der NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption**

*In jedem Land klingt die Frage Hamlets anders  
(Stanisław Lec, 1962<sup>116</sup>)*

Die Frage von Sein oder Nichtsein, mit der sich die polnische Gesellschaft im Verlauf ihrer Geschichte mehrfach konfrontiert sah, wurde im Zuge der kumulierenden realsozialistischen Systemkrise erneut aufgeworfen, weil die Umbrüche von 1989/90 den Gesamtzusammenhang sozialer Reproduktion in Frage stellten: Die politische, ökonomische und symbolische Reproduktion, die in ihren wechselseitigen Beziehungen die spezifisch polnische Form sozialistischer Vergesellschaftung konstituiert haben.<sup>117</sup> Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Krise stand an exponierter

---

<sup>114</sup> Ansprache des polnischen Außenministers Bronisław Geremek bei der Hinterlegung der Ratifizierungsdokumente für den Beitritt Polens zur NATO am 12. März 1999 in Independence, Missouri, in: Internationale Politik, Nr. 6, S. 96-97, S. 96; zur Dankbarkeit gegenüber den USA auch Roman Kuźniar (2001): Security Policy in the Polish Foreign Policy, in: Ders. (Hrsg.): Poland's Security Policy 1989-2000. Warschau, S. 19-94, S. 87.

<sup>115</sup> Bogdan Koszel (1996): Polens dorniger Weg in die NATO, in: Wolfram Wallraf (Hrsg.): NATO-Osterweiterung: Neue Mitglieder für ein Bündnis im Wandel? Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung. Potsdam, S. 89-102, S. 99 ; Osica (2001): Poland between America and Europe: Distorted Perspectives.

<sup>116</sup> Zit. nach Eva Feldmann (2000): Polen: „Für Eure und unsere Freiheit“, S. 17.

<sup>117</sup> Zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsformation Jakob Juchler (2001): Hybride Strukturen in Osteuropa – der postsozialistische Transformationsprozess aus einer

Stelle der Bemühungen um eine Neuausrichtung polnischer Sicherheitspolitik die Formel von der „Rückkehr nach Europa“ durch geopolitische Westverschiebung. Mit dieser verbanden breite Kreise der polnischen Gesellschaft, *„die nach ihrer neuen Identität und, bildlich gesprochen, nach festem Boden unter den Füßen sucht[e]“*<sup>118</sup> die Zugehörigkeit zu Institutionen und Symbolen Westeuropas, von denen sie sich während der Nachkriegsordnung gezwungenermaßen abgetrennt fühlte. Wie stark das Bedürfnis nach soziokultureller Sicherheit, das auf der Ebene der symbolischen Reproduktion anzusiedeln ist, den sicherheitspolitischen Kurs der Westintegration bestimmte, spiegelte sich in den Reaktionen der politischen Klasse Polens auf die Einladung zu den Beitrittsverhandlungen mit der NATO im Juli 1997 wider: *„Dieser Tag zählt zu den wichtigsten in der polnischen Geschichte der letzten 300 Jahre. Heute stehen wir vor der größten Chance, Polens Schicksal in den Strukturen der euroatlantischen Zivilisation zu verankern“*<sup>119</sup>. Neben der Wertordnung sind unter die Formel der „euroatlantischen Zivilisation“ auch spezifische Formen der politischen und ökonomischen Reproduktion zu subsumieren, d.h. Demokratie und Marktwirtschaft. Letztlich geht es bei der „Rückkehr nach Europa“ um den Formationswandel von sozialistischer zur bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung.<sup>120</sup>

Während große Teile der polnischen Elite Anfang der 90er Jahre die angestrebte Zugehörigkeit zum Westen vorrangig an die Mitgliedschaft in der EG koppelten, richtete sich infolge deren zögerlichen Öffnungsprozesses die Aufmerksamkeit in zunehmendem Maße auf die NATO, zumal aus deren Reihen ab 1993 positive Signale gesendet wurden.<sup>121</sup> In Anbetracht des zumindest vorläufig vorenthaltenen

---

formationstheoretischen Perspektive, in: Arndt Hopfmann/ Michael Wolf (Hrsg.): Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven. Münster, S. 93-131, S. 101-105.

<sup>118</sup> Jerzy Szacki (1992): Soziale Schichtung, in: Ewa Kobylńska/ Andreas Lawaty/ Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe. München, S. 221-229, S. 229.

<sup>119</sup> Adam Michnik, zit. nach Fouzieh Melanie Alamir/ August Pradetto (1997): Osteuropa und die NATO: Identitätssuche als Motiv für Sicherheitspolitik. Studien zur internationalen Politik Nr.1. Hamburg, S. 22.

<sup>120</sup> Zur Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung und dem Auftreten von Formationswechseln Jakob Juchler (2001): Hybride Strukturen in Osteuropa – der postsozialistische Transformationsprozess aus einer formationstheoretischen Perspektive, S. 97-101. Zum Idealtypus der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftung Dietrich Jung (1995): Tradition – Moderne – Krieg, S. 123-134.

<sup>121</sup> Zum NATO-Öffnungsprozess aus Sicht der Allianz Fouzieh Melanie Alamir (2000): Die Anpassung der NATO, in: Reader Sicherheitspolitik, Nr. 10, S. 9-16; Johannes Varwick/ Wichard Woyke (2000): Die Zukunft der NATO. Transatlantische Sicherheit im Wandel. Opladen, S. 99-126. Zur Erweiterung der EU Johannes Varwick (2001): Die Erweiterung der Europäischen Union, in: Reader Sicherheitspolitik, Nr. 9, S. 17-32.

Beitritts zur EG bzw. EU fungierte die Allianz als „*Beschaffungsinstrument*“ für die gewünschte „*Westidentität*“.<sup>122</sup> Mit ihren Insignien institutioneller Eingebundenheit, insbesondere aufgrund des kollektiven Verteidigungsprinzips gemäß Artikel 5 des Washingtoner Vertrages, setzte die NATO sowohl auf der symbolischen Ebene als auch im Hinblick auf eine etwaige militärische Bedrohung einen weitaus eindeutigeren Zugehörigkeitsrahmen als die EU. Zudem ist die Schlüsselrolle, die der NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption zugeordnet ist, darauf zurückzuführen, dass die Allianz eine starke Präsenz der USA in Europa gewährleistet, die als polnisches Lebenselixier angesehen wird. Die aktive Führungsrolle Washingtons im Bündnis gilt für die Sicherheit des Landes als ebenso unverzichtbar wie die nuklearen Garantien der USA.<sup>123</sup> Einen weiteren Antriebsmotor für das kontinuierliche Bemühen um die Mitgliedschaft im Bündnis bildete die Überzeugung, dass einzig die NATO glaubwürdig zu garantieren vermag, dass Polen nicht mehr zum Bauernopfer im Schachspiel der Mächtigen wird. Dieses im polnischen sicherheitspolitischen Denken zentrale Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster erklärte der ehemalige Verteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz damit, dass

*„there are no national security policies in Western Europe, no special security policy of Great Britain, [...] of France, Germany, Italy etc. The security needs of the whole North Atlantic region [...] are realized exclusively within NATO's structures. And I need not say how enormous the significance of this process of the internationalization of security policy has been, [or] how negative the consequences of a reversal of this process and a return to individual [national] security policies would be“*<sup>124</sup>.

Die im sicherheitspolitischen Habitus verinnerlichte Befürchtung, erneut zum Opfer zwischenstaatlicher Rivalitäten zu werden, verstärkte sich durch die innerrussischen Entwicklungen Anfang der 90er Jahre, d.h. die zunehmende innenpolitische Instabilität, Versuche der Restauration autokratischer Verhältnisse sowie wiederholte Forderungen gegenüber der NATO, Polen keine freie Bündniswahl zuzubilligen.<sup>125</sup> Indem der Putschversuch im Oktober 1993 oder die Wahlergebnisse zur Staatsduma

<sup>122</sup> Fouzieh Melanie Alamir/ August Pradetto (1997): Osteuropa und die NATO: Identitätssuche als Motiv für Sicherheitspolitik, S. 23/24.

<sup>123</sup> Hans-Joachim Gießmann (1997/98): Polen, in: Hans-Joachim Gießmann (Hrsg.): Handbuch Sicherheit 1997: Militär und Sicherheit in Mitteleuropa im Spiegel der NATO-Erweiterung. Daten – Fakten – Analysen. Baden-Baden, S. 247-273, S. 268.

<sup>124</sup> Zit. nach Sarah Meiklejohn Terry (2000): Poland's foreign policy since 1989: the challenges of independence, S. 30.

<sup>125</sup> Hans-Joachim Gießmann (1997/98): Polen, S. 267.

im Dezember 1993 von der sicherheitspolitischen Elite Polens als Bedrohung perzipiert worden sind, festigten sie den nationalen Konsens über den Beitritt zur NATO.<sup>126</sup> An dieser Stelle wird die vergesellschaftende Funktion von Sicherheitspolitik abermals deutlich: Die Wahrnehmung von Bedrohungen wirkt identitätsstiftend, da die kollektiven Identitäten, die soziale Gruppen zu ihrer Entstehung und Festigung bedürfen, in erster Linie aus Konfliktsituationen gewonnen werden. Dabei ist der Zwang zur Einheit umso stärker, je größer die Bedrohung ist.<sup>127</sup> Die Bestrebungen Moskaus, seinen Einfluss auf polnische Sicherheitsbelange geltend zu machen, erhöhten die Attraktivität der Zugehörigkeit zur NATO, weil aus polnischer Perspektive nur eine Mitgliedschaft im Bündnis die Möglichkeit eröffnet, den sicherheitspolitischen Leitsätzen *Keine Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg* und *Nie mehr dazwischen* Rechnung zu tragen.

Wie die EU und WEU wird auch die NATO als Wertegemeinschaft betrachtet, zu der sich die polnische Gesellschaft zugehörig fühlt.<sup>128</sup> Im Hinblick auf die Rolle, die den Sicherheitsinstitutionen in der polnischen Sicherheitskonzeption zudedacht ist, lässt sich eine weitere Gemeinsamkeit konstatieren: Die Mitgliedschaft in der NATO und der EU wird als äußerer Stabilitätsanker für eine erfolgreiche Systemtransformation betrachtet.<sup>129</sup> Aus polnischer Warte besteht eine dritte Gemeinsamkeit von EU und NATO darin, dass sie als Sicherheitslieferanten fungieren. Die von Parteien, Streitkräften und Bevölkerung geteilte Überzeugung, dass Polen aufgrund der perzipierten eigenen Schwäche seine Sicherheit nicht aus eigener Kraft gewährleisten kann, sondern auf die Unterstützung mächtiger Staaten oder Organisationen ange-

---

<sup>126</sup> Wenngleich einige Gruppierungen des buntgewürfelten Linksbündnisses SLD bei den Parlamentswahlen im September 1993 generelle Vorbehalte gegenüber dem Westen und der NATO äußerten, revidierten sie ihre Kritik nach den Ereignissen im Herbst und Winter 1993/94: „Wir haben unsere Meinung nach dem Beschluss des russischen Parlaments und der Zunahme des Einflusses der Armee und der Nationalisten in Russland geändert“, sagte der damalige Fraktionsvorsitzende der SLD im Sejm und heutige Verteidigungsminister Jerzy Smajdzinski. Zit. nach Bogdan Koszel (1996): Polens dorniger Weg in die NATO, S. 97.

<sup>127</sup> Daase (1993), S. 56.

<sup>128</sup> Dieses Zugehörigkeitsgefühl hat sich u.a. darin ausgedrückt, dass die Solidarność-Bewegung an demokratischen Werten und europäischen Traditionen festgehalten hat.

<sup>129</sup> Zu den Interessen und Erwartungen der polnischen Elite an EU und NATO Hildegard Bedarff/Bernd Schürmann (1998): NATO und EU aus der Perspektive Ostmitteleuropas. Meinungsbilder der Eliten in Polen, der Tschechischen Republik, Estland und Lettland. Münster, S. 19-39 und S. 45-63. Zur Annäherung Polens an die NATO Robert Kupiecki (2001): Atlanticism in Post-1989 Polish Foreign Policy, in: Roman Kuźniar (Hrsg.): Poland's Security Policy, S. 229-285, S. 249-278. Einen Überblick über die Beziehungen Polens zu EU und WEU liefert Stanisław Parzymies (2001): European Orientation in Polish Security Policy, in: Roman Kuźniar (Hrsg.): Poland's Security Policy, S. 286-320, S. 292-313.



wiesen ist, führte dazu, dass sich die polnische Gesellschaft im Zuge der Erweiterungsdebatte von NATO und EU erneut mit der Frage von Sein oder Nichtsein konfrontiert sah.<sup>130</sup> Die im sicherheitspolitischen Habitus vergegenwärtigte Opferrolle schlägt sich in einer spezifischen Sichtweise von Sicherheit nieder: „Sicherheit ist etwas zum Nehmen, nicht zum Geben“<sup>131</sup>. Während die Mehrheit der sicherheitspolitischen Elite Polens der WEU keinen konstruktiven Beitrag zur europäischen Sicherheit zugetraut hat<sup>132</sup>, lässt sich idealtypisch zugespitzt in der polnischen Sicherheitskonzeption eine klare Rollenverteilung zwischen NATO und EU konstatieren: Für den Bereich „harter“ Sicherheit mit den verteidigungspolitischen Erfordernissen ist die NATO zuständig und die Aspekte „weicher“ Sicherheit fallen in die Zuständigkeit der Union.<sup>133</sup> In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Zielsetzung die ESVP verfolgt und inwiefern sie die polnische Sicherheitskonzeption tangiert, gemäß derer das Primat der NATO und die starke US-Präsenz in Europa die unabdingbare Voraussetzung Polens Sicherheit sind.

---

<sup>130</sup> Olaf Osica (2002): „W poszukiwaniu nowej roli“: Polska jako nowy aktor euroatlantyckiej polityki bezpieczeństwa („Auf der Suche nach einer neuen Rolle“: Polen als neuer Akteur euroatlantischer Sicherheitspolitik), S. 96/97.

<sup>131</sup> Olaf Osica (2002): Polska wobec wspólnej polityki zagranicznej i bezpieczeństwa UE (Polen gegenüber der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU), in: Marek A. Cichocki (Hrsg.): Polska – Unia Europejska: W pół drogi. Wybrane problemy (Polen auf dem halben Weg in die Europäische Union. Ausgewählte Probleme). Warschau, S. 67-88, S. 83.

<sup>132</sup> Ein Teil der Elite hat die WEU gar als eine mit der NATO konkurrierende Organisation betrachtet und befürchtet, dass die Stärkung der WEU eine Schwächung des amerikanischen Engagements impliziere: „Wir brauchen keine WEU, denn wir brauchen eine starke US-Präsenz in Europa. Die WEU ist bloß ein Instrument der Franzosen, um den Amerikanern Probleme zu bereiten“, zit. nach Hildegard Bedarff/ Bernd Schürmann (1998): NATO und EU aus der Perspektive Ostmitteleuropas, S. 38.

<sup>133</sup> Peter van Ham (2000): Europe’s New Defense Ambitions: Implications for NATO, the US, and Russia. The Marshall Center Papers, Nr. 1. George C. Marshall Center. Europäisches Institut für Sicherheitspolitische Studien. Garmisch-Partenkirchen, S. 26.

## 4 Das Projekt ESVP – Genese, Intentionen, Implikationen

Einen Meilenstein in der langen Geschichte europäischer Anläufe, Sicherheits- und Verteidigungsfragen in die eigene Hand zu nehmen, bildet das Vorhaben der Europäischen Union, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu entwickeln. Nach einer Verortung des Projektes ESVP in seinem sicherheitsinstitutionellen Kontext werden die Zielsetzung, Umsetzung und Auswirkungen des europäischen Vorhabens erläutert. Von zentraler Bedeutung ist hierbei, inwiefern die ESVP das Primat der NATO, die die Schlüsselrolle in der polnischen Sicherheitskonzeption spielt, tangiert und das amerikanische Engagement für die Sicherheit Europas, das als polnisches Lebenselixier betrachtet wird.

### 4.1 Ein Wirrwarr von Institutionen? Zur Dreiecksbeziehung von EU, WEU und NATO

Bei der Verortung des Projektes ESVP in seinem sicherheitsinstitutionellen Kontext müssen zumindest drei Entwicklungsstränge berücksichtigt werden: Das europäische Bemühen um eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die Reaktivierung der Westeuropäischen Union (WEU) sowie die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI). Das europäische Vorhaben, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln, steht in der Kontinuität europäischer Bemühungen um eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Auf die Errichtung der GASP als zweiter Säule der Europäischen Union mit der Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik einigten sich die Staats- und Regierungschefs 1991 auf der Regierungskonferenz von Maastricht. So heißt es im Vertrag von Maastricht über die Europäische Union:

*„Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfasst sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Europäischen Union betreffen, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte“<sup>134</sup>.*

---

<sup>134</sup> Europäische Union – Europäische Gemeinschaft. Die Vertragstexte von Maastricht mit den deutschen Begleitgesetzen. Bonn, 1995.

Darüber hinaus ist die Genese der ESVP in engem Zusammenhang mit der Reaktivierung der Westeuropäischen Union (WEU) zu sehen.<sup>135</sup> Im Zuge ihrer Wiederbelebung zeigten sich vor allem zwischen Frankreich und Großbritannien grundsätzliche nationale Interessenunterschiede, die sich in divergierenden konzeptionellen Vorstellungen über die Rolle der WEU niederschlugen: Während London transatlantisch fixiert war und der WEU lediglich eine zweitrangige und komplementäre, eng an die NATO angebundene Funktion zugestehen wollte, strebte Paris den Ausbau der WEU als eigenständige Verteidigungskomponente der EU an. Zwischen diesen beiden Polen haben die Verträge von Maastricht und Amsterdam einen Kompromiss gefunden, indem sie der WEU die Rolle eines Scharniers und Bindeglieds zwischen NATO und EU zugeschrieben haben. Da die EU keine eigenen verteidigungspolitischen Instrumente erhielt, sicherte der Maastrichter Vertrag den Zugriff der EU auf die WEU, die zum integralen Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union erklärt wurde.

Gleichzeitig definierte die WEU im Juni 1992 neue Aufgaben der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. Die so genannten Petersberg-Aufgaben reichen von humanitären Aufgaben und Rettungseinsätzen über friedenserhaltende Maßnahmen bis zu Kampfeinsätzen bei der Krisenbewältigung, einschließlich friedensschaffender Maßnahmen.<sup>136</sup> Um die Petersberg-Aufgaben im Auftrag der EU wahrnehmen zu können, verzahnte sich die WEU stärker mit der EU, schuf bescheidene operative Fähigkeiten und definierte zusammen mit den Mitgliedstaaten Truppenkontingente für etwaige Einsätze. Zudem erweiterte die WEU ihre Mitgliedschaft, um sie mit derjenigen der EU und der NATO möglichst deckungsgleich zu halten. Neben den neutralen EU-Mitgliedern, die als Beobachter aufgenommen wurden, traten die europäischen NATO-Staaten, die nicht Mitglied der EU waren, dem Brüsseler Vertrag als assoziierte Mitglieder bei. Für die Analyse der Position Warschaws zur ESVP ist es wichtig, dass assoziierte Mitglieder der WEU - wie Polen seit März 1999

---

<sup>135</sup> Das ursprünglich 1948 als Brüsseler Pakt geschaffene und 1955 in WEU umfunktionierte europäische Verteidigungsbündnis hat während des Ost-West-Konflikts keine militärische Rolle gespielt und völlig im Schatten der NATO gestanden. Die politischen Hauptfunktionen der WEU bestanden darin, die rüstungspolitische Kontrolle Deutschlands zu gewährleisten und die militärische Einbindung Großbritanniens sicherzustellen, solange es nicht in den europäischen Integrationsprozess involviert war. Vgl. zur Reaktivierung der WEU Johannes Varwick (1998): Sicherheit und Integration in Europa. Zur Renaissance der Westeuropäischen Union. Opladen, S. 187-203.

<sup>136</sup> Petersberger Erklärung des Ministerrats der Westeuropäischen Union vom 19. Juni 1992 in Bonn.

- im Falle der Beteiligung an einer militärischen Operation den Vollmitgliedern gleichgestellt waren.<sup>137</sup> Im Amsterdamer Vertrag hielten sich die Staats- und Regierungschefs der EU die Option offen, bei Beschluss des Europäischen Rates die Aufgaben der WEU in die EU zu überführen, und erklärten die Petersberg-Aufgaben zu Aufgaben der EU. Außerhalb dieses Rahmens bildete die Schaffung multinationaler Großverbände wie das Eurokorps einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einer größeren sicherheitspolitischen Eigenverantwortung Europas.<sup>138</sup>

Parallel zu den europäischen Entwicklungen befürwortete die NATO die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) *innerhalb* der Allianz.<sup>139</sup> Diese Initiative zielte darauf ab, die Europäer unter Vorbehalt eines amerikanischen Vetos in die Lage zu versetzen, dort einzugreifen, wo die USA keine Interessen haben. Zentrale Bedeutung kam in diesem Zusammenhang dem Konzept der *Combined Joint Task Forces* (CJTF) zu, über das die WEU Zugang zu Mitteln und Fähigkeiten der NATO besitzen sollte.<sup>140</sup> Bei dem CJTF-Konzept handelt es sich um ein Verfahren, multinationale teilstreitkraftübergreifende und für festumrissene und/oder zeitlich begrenzte Aufgaben zusammengestellte Truppen mit heraus lösbaren Teilen der NATO-Kommandostruktur zu führen. Das CJTF-Konzept sieht vor, der WEU CJTF-Hauptquartiere zur Verfügung zu stellen, um Krisenmana-

---

<sup>137</sup> Zur Verzahnung von EU und WEU Matthias Dembinski (2000): Perspektiven einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. HSFK-Report Nr. 11, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Frankfurt a.M., S. 4/5.

<sup>138</sup> Das auf die deutsch-französische Initiative im Mai 1992 zurückgehende Eurokorps umfasst neben den beiden Gründerstaaten noch Belgien (1992), Spanien (1994) und Luxemburg (1996). Das Eurokorps kann grundsätzlich im Rahmen der NATO und der WEU/EU eingesetzt werden. Demnach ist das Eurokorps für vier Auftragsarten vorgesehen: für die gemeinsame Verteidigung der Verbündeten entsprechend Artikel 5 Washingtoner Vertrag oder entsprechend dem Brüsseler Vertrag; zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Friedens; im Rahmen von humanitären Einsätzen; vorrangig soll das Korps jedoch im Rahmen der WEU und in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen der EU eingesetzt werden. Vgl. dazu Johannes Varwick/ Wichard Woyke (2000): Die Zukunft der NATO. Transatlantische Sicherheit im Wandel. Opladen, S. 133-136.

<sup>139</sup> Auf der Brüsseler Ministerratsstagung des Nordatlantikkrates im Dezember 1992 wurde erstmals offiziell betont, dass die NATO die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und Verteidigungsidentität unterstützt.

<sup>140</sup> Im Neuen Strategischen Konzept der NATO vom April 1999 bekräftigte die Allianz ihre bereits auf dem Brüsseler Gipfel im Januar 1994 erklärte Unterstützung für die Entwicklung trennbarer, aber nicht getrennter militärischer Fähigkeiten, die von der WEU genutzt werden können. Jedoch konnte das Verfahren dieser Vereinbarung nicht geklärt werden, da das entsprechende Dokument in zentralen Fragen vage blieb.

gement im Rahmen der Petersberg-Aufgaben unter Führung der WEU zu ermöglichen.<sup>141</sup>

Als Konsequenz dieser drei Entwicklungen erschien die WEU sowohl als Verteidigungskomponente der EU als auch als Vehikel zur Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO. Polen zeigte sich an der Stärkung der WEU und ihrer Verbindung zur NATO insofern interessiert, als das CJTF-Konzept die übergeordnete Bedeutung der USA für die europäische Sicherheit nicht in Frage gestellt hat. Unter dieser Voraussetzung hätte sich die WEU nach polnischer Auffassung längerfristig zu einem militärischen Arm der EU entwickeln können.<sup>142</sup> Im Ergebnis blieb der sicherheits- und verteidigungspolitische Arm der EU schwach ausgebildet. Der Verzicht auf eigene militärische Mittel und Kapazitäten untermauerte die Abhängigkeit von der Allianz und beschränkte die Funktion der (W)EU auf die eines Reserveinstrumentes, das nur dann zum Einsatz käme, wenn die USA zuvor entschieden haben, sich und die NATO in einer Krise nicht zu engagieren. Dementsprechend kristallisierte sich ein Einverständnis heraus, dass die WEU nur Aufgaben aus dem unteren Bereich des Petersberg-Spektrums übernehmen würde. In Frage gestellt wurde diese Konstruktion und damit auch die polnische Sicherheitskonzeption durch das Projekt ESVP, als dessen Geburtsstunde gemeinhin das britisch-französische Gipfeltreffen von St. Malo gilt.

## **4.2 Von St. Malo nach Nizza: Die ESVP nimmt Konturen an**

### **4.2.1 Katalysatoren des Projektes ESVP**

Ein zielstrebigem Anlauf, dem „S“ in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU mehr Gestalt zu verleihen, schien bis zum britisch-französischen Gipfeltreffen von St. Malo im Dezember 1998 noch in weiter Ferne zu liegen.<sup>143</sup> Die Modifikation der ehemals strikt ablehnenden Haltung Großbritanniens gegenüber jeglichen sicherheitspolitischen Ambitionen Europas schlug sich in der gemeinsamen Forderung nieder, die EU müsse über *„eine autonome Handlungsfähigkeit verfügen,*

---

<sup>141</sup> Zur Verzahnung von WEU und NATO Matthias Dembinski (2000): Perspektiven einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, S. 5/6.

<sup>142</sup> Andrzej Karkoszka (1996): The Polish Vision of the Pan-European Security Model. Main Theses. Warschau, S. 20, zit. nach Hans-Joachim Gießmann (1997/98): Polen, S. 270.

<sup>143</sup> Melanie Alamir (2001): Konturen – Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Information für die Truppe, Nr. 1, S. 24-31, S. 26.

die sich auf glaubwürdige militärische Kräfte stützt“.<sup>144</sup> Für die Initiierung des Projektes ESVP fungierte neben der „kopernikanischen Wende“<sup>145</sup> unter der Regierung Blair insbesondere der Kosovo-Konflikt als Katalysator.<sup>146</sup> Während Bosnien vor allem die Notwendigkeit einer stärkeren politischen Rolle Europas unterstrich, machte der NATO-Einsatz im Kosovo die Dringlichkeit einer stärkeren militärischen Rolle Europas deutlich. Die USA trugen nicht nur die Hauptlast der Luftoperationen, letztere zeigten zugleich, dass die Lücke zwischen den amerikanischen militärischen Fähigkeiten und jenen der Verbündeten noch größer war als ohnehin schon angenommen.<sup>147</sup> Zudem wurde jenseits des Atlantiks parteiübergreifend darauf hingewiesen, dass Washington unter derartigen Umständen nicht noch einmal zu einem Eingreifen bereit sein werde, zumal es durch riskante und kostspielige Verpflichtungen in anderen Regionen der Welt gebunden sei.<sup>148</sup> Aus Sicht vieler westeuropäischer politischer Entscheidungsträger steht Kosovo für eine doppelte Gefahr: Europa könnte von den USA dominiert oder allein gelassen werden.<sup>149</sup> Dementsprechend verfolgen die EU-Mitglieder mit der ESVP eine dreifache Zielsetzung: Sie wollen sich erstens den USA als ernst zu nehmender Partner präsentieren und die USA durch Übernahme größerer Lasten seitens der Europäer binden. Darüber hinaus wollen sie durch ein reformiertes Bündnis Einfluss zurückgewinnen und drittens die Fähigkeit zum eigenständigen Handeln für den Fall aufbauen, dass sich

---

<sup>144</sup> „Erklärung zur Europäischen Verteidigung“, in: Internationale Politik, Nr. 2-3/1999, S. 127-128, S. 127.

<sup>145</sup> Zum Begriff der kopernikanischen Wende François Heisbourg (2000): Die europäische Verteidigung macht einen Sprung nach vorn, in: NATO-Brief, Frühling/Sommer, S. 8-11, S. 8.

<sup>146</sup> Zur Modifizierung der britischen Position, insbesondere die Hinwendung zu einer stärker europäisch geprägten Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Alrun Deutschmann (2001): Die britische Position zur GASP/ESVP: von Maastricht nach Nizza, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Nr. 2, S. 73-80.

<sup>147</sup> David S. Yost (2000): The NATO Capabilities Gap and the European Union, in: Survival, Nr. 4, S. 97-128.

<sup>148</sup> Strobe Talbott: America's Stake in a Strong Europe, Rede vor dem RUSI, London, am 7.10.1999 unter [http://www.state.gov/www/policy\\_remarks/1999/991007\\_talbott\\_london.html](http://www.state.gov/www/policy_remarks/1999/991007_talbott_london.html) [20.08.2002]; Philip Gordon (2000): Their Own Army?, in: Foreign Affairs, Nr. 4, S. 12-17, S. 12.

<sup>149</sup> Die Gefahr, von den USA dominiert zu werden, lässt sich u.a. an der Art der Kriegsführung festmachen; die Gefahr, allein gelassen zu werden, zeigte sich z.B. an der tiefen Gespaltenheit des Senats während des Kosovo-Einsatzes der NATO. Vgl. die schwankenden innenpolitischen Grundlagen des amerikanischen Engagements für die Sicherheit in Europa bei Oliver Thränert (2001): Zwischen Hoffnungen und Befürchtungen: Die USA und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Nr. 2, S. 81-86, S. 82.

Washington in einer Krise für nicht zuständig erklären könnte.<sup>150</sup> Schließlich geht es einigen EU-Mitgliedern, allen voran Frankreich, zumindest auf rhetorischer Ebene auch um die Emanzipation von den USA.<sup>151</sup>

#### **4.2.2 *Beschlüsse des Europäischen Rates von Helsinki***

Unter dem Eindruck der westeuropäischen Lehren des Kosovo-Konfliktes legten die Staats- und Regierungschefs der EU auf dem Gipfel in Köln im Juni 1999 die Wegvorgabe für die ESVP fest, die unter finnischer Präsidentschaft im Dezember 1999 präzisiert wurde:

*„Die Europäische Union sollte autonom die Fähigkeit haben Entscheidungen zu treffen und, wenn die NATO als Ganzes nicht beteiligt ist, zur Umsetzung der GASP EU-geführte militärische Operationen einzuleiten und auch durchzuführen, um auf internationale Krisen zu reagieren“<sup>152</sup>.*

Nach dem europäischen Planziel sollen die EU-Staaten bis zum Jahre 2003 in der Lage sein, im Rahmen der freiwilligen Zusammenarbeit binnen 60 Tagen Streitkräfte bis zur Korpsgröße, d.h. in einer Stärke von 50.000-60.000 Soldaten aufzustellen, die im gesamten Spektrum der Petersberg-Aufgaben für mindestens ein Jahr einsetzbar sein sollen.<sup>153</sup> Der Beschluss des Europäischen Rates, von der Eingliederungsoption des Amsterdamer Vertrages tatsächlich Gebrauch zu machen und die WEU in die EU zu überführen, ließ deren institutionelle Zukunft noch offen. Angesichts der Auslöschung der WEU befürchteten assoziierte Mitglieder wie Polen, die im Falle der Beteiligung an einer militärischen Operation den Vollmitgliedern gleichgestellt waren, einen Statusverlust, den sie über die ESVP nicht kompensieren können. Im November 2000 einigten sich schließlich die WEU-Mitglieder auf dem Ministerrats-

---

<sup>150</sup> Zum Entstehungshintergrund Jolyon Howorth (2000): *European Integration and Defence: The Ultimate Challenge?* Chaillot Paper Nr. 43. WEU Institute for Security Studies. Paris, S. 7-16.

<sup>151</sup> Die Einschätzungen der französischen Position, insbesondere zur Frage, wie stark das Bestreben Frankreichs ist, sich von den USA zu emanzipieren, divergieren in der Literatur. Eine differenzierte Betrachtung liefert Hans-Georg Erhardt (2000): *Change by Rapprochement? Asterix' Quarrel with the New Roman Empire*, in: David Haglund (Hrsg.): *The France-US Leadership Race: Closely Watched Allies*. Kingston/Ontario, S. 63-86.

<sup>152</sup> Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates am 10./11. Dezember 1999 in Helsinki.

<sup>153</sup> In der Praxis erfordert diese Zielsetzung eine Verfügungstruppe von 150.000 bis 200.000 Soldaten, d.h. eine Gruppe im Einsatz, eine trainierte Reserve in Bereitstellung zur Ablösung und eine in der Erholungsphase nach dem Einsatz. Siehe François Heisbourg (2000): *Europe's Strategic Ambitions: The Limits of Ambiguity*, in: *Survival*, Nr. 2, S. 5-15, S. 11.

treffen, die WEU mit Ausnahme von Restfunktionen bis Juli 2001 ganz in der Union aufgehen zu lassen.<sup>154</sup>

Für die Umsetzung der ESVP neue Gremien zu etablieren, vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der EU schon in Helsinki. Zentrale Bedeutung bei der Festlegung der Krisenreaktion ist dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) beizumessen, das sich aus den Botschaftern oder den politischen Direktoren der Außenministerien der Mitgliedstaaten sowie dem Generalsekretär/Hohen Vertreter für die GASP zusammensetzt. Seine Wirkungsweise kann in vier ineinander verzahnte Funktionen unterteilt werden: Analytisch-konzeptionelle Funktion, Leitungs- und Empfehlungsfunktion, Koordinations- und Überwachungsfunktion sowie Dialogfunktion.<sup>155</sup> In einer Krisensituation wird die Bedeutung des PSK im EU-Entscheidungsprozess noch aufgewertet, indem es unter der Verantwortung des Rates die „politische Kontrolle und strategische Leitung von Operationen zur Krisenbewältigung“<sup>156</sup> wahrnimmt. Jedoch können rechtlich bindende Beschlüsse nur vom Rat und der Kommission gefasst werden.<sup>157</sup> Mit primär beratender, aber auch militärischer Funktion ist dem PSK der Militärausschuss der Europäischen Union (EUMA) zur Seite gestellt. Der EUMA, unter dessen Leitung alle militärischen Aktivitäten stehen, ist das höchste militärische Gremium im Rahmen des Rates. Er setzt sich aus den Generalstabschefs, die durch ihre militärischen Delegierten vertreten werden, zusammen. Innerhalb der Strukturen des Ratssekretariats und dem Generalsekretär/Hohen Vertreter der GASP direkt unterstellt, beschäftigt sich der Militärstab der Europäischen Union (EUMS) mit der Frühwarnung, der Lagebeurteilung und der strategischen Planung im Hinblick auf die Ausführung der Petersberg-Aufgaben, einschließlich der Identifizierung der

---

<sup>154</sup> Allerdings bleibt bislang die Frage ungelöst, was aus der militärischen Beistandspflicht gemäß Artikel V des Brüsseler Vertrags werden soll. Zu dieser Problematik Gunilla Herolf/ Bo Huldt (2002): The European Union and the Inclusion of a Collective Defense Clause, in: Erich Reiter/ Reinhardt Rummel/ Peter Schmidt (Hrsg.): Europas ferne Streitmacht. Chancen und Schwierigkeiten der Europäischen Union beim Aufbau der ESVP. Hamburg, S. 60-85, insbesondere S. 62-64.

<sup>155</sup> Ausführlichere Aufgabenbeschreibung des PSK bei Franco Algieri (2001): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Nizza in der Analyse. Strategien für Europa. Gütersloh, S. 161-202, S. 168-170.

<sup>156</sup> Art. 25 im Vertrag von Nizza über die Europäische Union.

<sup>157</sup> Zum Beschlussfassungsverfahren in der GASP Wolfgang Wessels/ Thorsten Müller (2000): Entscheidungsverfahren, in: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Bonn, S. 110-122, S. 118/119.



europäischen nationalen und multinationalen Streitkräfte.<sup>158</sup> Diese zunächst auf Interimbasis tätigen Gremien PSK, EUMA und EUMS sind mit den Beschlüssen des Europäischen Rates von Nizza im Dezember 2000 in permanente Krisenmanagementstrukturen übergegangen.

#### **4.2.3 *Beschlüsse des Europäischen Rates von Feira***

Ausgeklammert blieben in den Schlussfolgerungen von Helsinki zwei, insbesondere für NATO-Mitglieder wie Polen, die nicht der EU angehören, brisante Fragen: Wie sind die Arbeitsbeziehungen zwischen den beiden Organisationen zu gestalten? Wie können Staaten mit qualitativ unterschiedlichen Verbindungen zur Union und Allianz im Krisenfall effektiv und schnell gemeinsam handeln? Somit blieb unklar, inwiefern die nicht der EU angehörenden Staaten an der weiteren Gestaltung der ESVP mitwirken können. Im Hinblick auf deren Einbeziehung drehte sich die Kontroverse um die Frage, ob den sechs europäischen NATO-Ländern, die nicht Mitglied der Union sind, ein besonderer Kooperationsstatus eingeräumt wird, wie dies Großbritannien und die USA forderten.<sup>159</sup> Oder ob sie gemäß dem französischen Standpunkt mit den gleichen Rechten wie die Gruppe der EU-Beitrittskandidaten an der ESVP beteiligt werden; eine Variante, die in Polen heftige Reaktionen hervorrief.

Die auf dem Gipfeltreffen in Feira im Juni 2000 entwickelten Modalitäten sehen einen einheitlichen Rahmen für Konsultationen der 15 Anwärtstaaten vor, innerhalb dessen die Gruppe der sechs NATO-Länder nur so weit wie nötig bevorzugt wird. Während der Routinephase werden unter jedem Vorsitz mindestens zwei Treffen zu ESVP-Angelegenheiten in der Zusammensetzung EU plus 15 abgehalten. Die gleiche Regelung gilt für die europäischen NATO-Staaten (EU plus 6), die allerdings in Krisensituationen, in denen die Möglichkeit einer EU-Operation unter Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der Allianz zur Diskussion steht, eine besondere Bedeutung erlangen: Auf Wunsch können die sechs NATO-Staaten gleichberechtigt teilnehmen. Verzichtet die Union auf Kapazitäten der NATO,

---

<sup>158</sup> Weitere Informationen zu EUMA und EUMS bei Franco Algieri (2001): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, S. 170/171.

<sup>159</sup> Der Standpunkt Großbritanniens und der USA zu dieser Frage unterscheidet sich insofern, als die amerikanische Forderung, den sechs europäischen NATO-Staaten ähnliche Mitwirkungsrechte an der ESVP einzuräumen, wie diese sie im Rahmen der WEU als assoziierte Mitglieder genossen hatten, d.h. eine Gleichstellung mit Vollmitgliedern im Falle der Beteiligung an militärischen Operationen, nicht einmal aus britischer Sicht vorstellbar war; Charles A. Kupchan (2000): In Defence of European Defence: An American Perspective, in: Survival, Nr. 2, S. 16-33, S. 19.

werden die besagten Sechs wieder gleichgestellt. Ebenso wie die Beitrittskandidaten können sie durch einen Beschluss des Rates zur Teilnahme eingeladen werden; eine Rückstufung ihrer Mitwirkungsrechte, gegen die insbesondere die Türkei und Polen entschieden Einspruch erhoben.

Neben den Beschlüssen, die die Einbeziehung von Nicht-EU-Staaten in Operationen der Union regelten, wurden unter portugiesischer Präsidentschaft die wesentlichen Weichen für die nicht-militärische Krisenbewältigung gestellt.<sup>160</sup> Bis zum Jahre 2003 wollen die EU-Mitgliedstaaten in der Lage sein, im Rahmen der freiwilligen Zusammenarbeit bis zu 5000 Polizeibeamte für internationale Kriseneinsätze bereitzustellen, von denen bis zu 1000 innerhalb von 30 Tagen einsetzbar sein sollen. Zudem verständigte sich die EU mit der NATO auf die Einsetzung von Ad-hoc-Arbeitsgruppen, um über vier Problembereiche der Zusammenarbeit zu beraten: Arrangements für den Austausch klassifizierter Dokumente, Modalitäten des Zugangs der EU zu Mitteln und Fähigkeiten der NATO, dauerhafte Konsultations- und Kooperationsregelungen zwischen beiden Organisationen sowie Fähigkeitsziele der Streitkräfte.

#### ***4.2.4 Beschlüsse des Europäischen Rates von Nizza***

In Anknüpfung an den in Feira vorbereiteten Fähigkeitenkatalog, der festlegt, welche militärischen Fähigkeiten und Streitkräfte zur Erreichung des Planziels für 2003 erforderlich sind, benannten die EU-Mitgliedstaaten auf der Beitragskonferenz im November 2000 ihre freiwilligen nationalen Beiträge zum europäischen Planziel.<sup>161</sup> Daran anschließend machten die EU-Beitrittskandidaten und die europäischen NATO-Staaten wie Polen, die nicht der Union angehören, ihre Zusagen für EU-geführte Operationen. Um eine dauerhafte Stärkung der militärischen Fähigkeiten zu gewährleisten, sollen die zugesagten Beiträge mittels eines Bewertungsmechanismus, der auf Kriterien und Verfahren der NATO-Planungsprozesse basiert, regelmäßig in quantitativer und qualitativer Hinsicht überprüft werden. Darüber hinaus haben sich die Mitgliedstaaten der Union auf dem Gipfeltreffen in Nizza im Dezember 2000 verpflichtet, im Rahmen der laufenden Streitkräftereformen verstärkte Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Fähigkeiten, insbesondere in den Bereichen strategische

---

<sup>160</sup> Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates am 19./20. Juni in Feira.

<sup>161</sup> Ergebnis: 100.000 Landstreitkräfte, 400 Luftfahrzeuge, 100 Seefahrzeuge.

Aufklärung, Verfügbarkeit, Verlege- und Durchhaltefähigkeit, Interoperabilität, strategische Mobilität sowie Führungs- und Kommunikationssysteme vorzunehmen.<sup>162</sup>

Begünstigt durch Katalysatoren, wie der modifizierten britischen Haltung und des Kosovo-Konfliktes, haben die EU-Staaten trotz erheblich divergierender nationaler Vorstellungen das Projekt ESVP mit einer Geschwindigkeit vorangetrieben, die für europäische Prozesse ungewöhnlich schnell ist.<sup>163</sup> Dies ist einerseits ein Indiz für den dahinter stehenden politischen Willen, andererseits steht dem Interesse Europas nach mehr Unabhängigkeit unter Beibehaltung des US-Schutzes das Interesse Washingtons an Entlastung ohne Entmachtung gegenüber.<sup>164</sup> Besagter Widerspruch zieht sich seit der Gründung der NATO wie ein roter Faden durch die transatlantischen Beziehungen, innerhalb derer die Umsetzung der ESVP den spannungsgeladenen Prozess des Umdenkens im Verhältnis zwischen EU und USA verstärkt.<sup>165</sup>

#### **4.3 ESVP im Spannungsfeld europäischer und transatlantischer Strukturen der Sicherheitspolitik**

Ogleich die Beschlüsse des Europäischen Rates der ESVP eine komplementäre Rolle zur NATO zuschreiben und die zentrale Bedeutung der Allianz im Bereich der kollektiven Verteidigung und der Krisenbewältigung bestätigen, bestehen unter den

---

<sup>162</sup> Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates am 7.-9. Dezember in Nizza. Zur Beurteilung des militärischen Leistungsvermögens der Europäischen Krisenreaktionsstreitkräfte Manfred Baumgartner (2002): Eine Streitmacht für mancherlei Zwecke – Können die Europäer das Headline Goal erfüllen?, in: Erich Reiter/ Reinhardt Rummel/ Peter Schmidt (Hrsg.): Europas ferne Streitmacht. S. 11-42, S. 24-32; Patrick Fitschen/ Michael Stehr (2003): Eine gemeinsame Armee für Europa. Stand und Zukunft der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 11. Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, S. 3-5.

<sup>163</sup> Bezüglich divergierender Positionen der EU-Staaten liefert einen guten Überblick François Heisbourg (Hrsg.) (2002): European Defence: Making it Work. Chaillot Paper Nr. 42. WEU Institute for Security Studies. Paris, S. 11-18. Zu Streitfragen exemplarisch das Spektrum der Petersberg-Aufgaben bei Jolyon Howorth (2000): European Integration and Defence: The Ultimate Challenge?, S. 22-27. Fundierte Länderanalysen finden sich in den Sammelbänden von Erhardt (2002) und Hoyer/ Kaldrack (2002).

<sup>164</sup> Gemäß dem NATO-Generalsekretär George Robertson leiden die USA an „a sort of schizophrenia...on the one hand saying, 'You Europeans have got to carry more of the burden.' And then, when the Europeans say, 'OK, we will carry more of the burden,' they say, 'Well, wait a minute, are you trying to tell us to go home?'“.

<sup>165</sup> Weitaus bedeutendere gravierendere Spannungspotentiale in den transatlantischen Beziehungen sind die amerikanische Erwidern auf den internationalen Terrorismus, die partielle Einbeziehung Russlands in die Allianzpolitik, die Neubestimmung der amerikanischen Militärstrategie oder der Irak-Krieg.

transatlantischen Verbündeten gravierende Divergenzen bei zentralen Fragen. Die Kontroversen kreisen im Kern um eine Schlüsselfrage: Wie viel Autonomie soll, kann und will sich die EU leisten? Bei der Annäherung an diese Frage muss zwischen der Autonomie der Entscheidungsfindung, des Handelns und der Beschaffung unterschieden werden.

#### **4.3.1 Autonome Entscheidungsfindung der EU**

Bei der Debatte über die autonome Entscheidungsfindung der EU geht es in erster Linie um die Abfolge der Entscheidungsprozesse in Kriegs- und Krisenfällen. Die Erklärung des Europäischen Rates von Helsinki, die EU wolle sich in die Lage versetzen, „*autonome Beschlüsse zu fassen in den Fällen, in denen die NATO als Ganzes nicht beteiligt ist*“, lässt viele Fragen offen. Wann ist eine solche Situation gegeben, und wer definiert sie als solche verbindlich? Muss die NATO konsultiert werden, bevor die Europäer im Alleingang zu einer Militäraktion schreiten? Wird der NATO eine Erstopption zum Eingreifen bzw. ein Recht zur Erstablehnung eingeräumt, wie dies amerikanische und polnische Regierungsvertreter fordern?

Selbst wenn der NATO und damit den USA formell kein Erstentscheidungsrecht zugesprochen wird, besitzen sie es faktisch. Denn die EU-Mitgliedstaaten sind aufgrund ihrer defizitären militärischen Schlüsselfähigkeiten auf Mittel und Kapazitäten der Allianz angewiesen. Abzuwarten bleibt, inwieweit die bislang zutreffende Einschätzung, „*that ,Europe' not only cannot protect itself but cannot even police itself*“<sup>166</sup>, im Zusammenhang mit der ersten zivilen ESVP-Mission in Bosnien-Herzegowina und dem ersten EU-geführten Militäreinsatz in Mazedonien korrigiert werden muss.<sup>167</sup> Über das faktische Primat der NATO hinaus bleibt jedoch unklar,

---

<sup>166</sup> Zbigniew Brzezinski (2000): Living with a new Europe, in: The National Interest, Nr. 60, S. 17-32, S. 26.

<sup>167</sup> Als erste Bewährungsprobe der ESVP gilt die Entsendung von 470 Polizisten und 70 zivilen Fachkräften im Rahmen der Europäischen Polizeimission (EUPM) nach Bosnien-Herzegowina, wo die EU seit dem 1. Januar 2003 die Aus- und Fortbildung der lokalen Polizeikräfte übernommen und damit die von der UNO geführte UNCIVPOL abgelöst hat. Darüber hinaus hat die EU am 31. März 2003 von der NATO die Verantwortung für die Friedensmission in Mazedonien übernommen, wo etwa 350 Soldaten das Friedensabkommen von Ohrid absichern, das den innermazedonischen Konflikt mit UCK-Rebellen beendete. Zur zivilen Komponente der ESVP Hans-Georg Erhardt (2002): Testfall Balkan. Die ESVP und die transatlantischen Beziehungen, in: Internationale Politik, Nr. 5, S. 27-34; Reinhardt Rummel (2003): Wie zivil ist die ESVP? SWP-Aktuell Nr. 10. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin. Zur „Operation Concordia“ Ingo Peters (2003): Die EU-Mission „Concordia“ in Makedonien und deren Bedeutung für die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter

inwieweit die EU-Mitgliedstaaten zumindest mittelfristig ihren internen Entscheidungsprozess vorordnen und mit einer einzigen Position an den Verhandlungstisch der NATO kommen könnten. Dies wäre einerseits eine Voraussetzung für die europäische Identitätsbildung und als Fortschritt auf dem Weg zur einer *Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik* zu bewerten, die ihren Namen auch verdient.<sup>168</sup> Andererseits wäre Washington höchst alarmiert, wenn die EU-Mitgliedstaaten künftig einen europäischen Kern in der NATO bildeten, ohne selbst entsprechende Handlungsfähigkeit zu besitzen.<sup>169</sup>

#### 4.3.2 *Autonomes Handeln der EU*

Im Hinblick auf die Frage, was genau mit „autonomen Handeln“ der EU gemeint ist, bleibt unklar, ob unter Autonomie die politische und militärische Kontrolle über Entscheidungen und Handlungen im strategischen, operativen und taktischen Bereich verstanden wird, gänzlich unabhängig von der Frage der Mitnutzung von NATO-Fähigkeiten. Oder ist Autonomie nur bei vollständiger Ausklammerung der Allianz vorstellbar? Je nach Auslegung können die EU-Mitgliedstaaten auf Planungsstrukturen und Mittel der NATO zurückgreifen – oder eben nicht.<sup>170</sup>

Wegen der mangelnden Infrastruktur der EU-Mitgliedstaaten, insbesondere im C<sup>3</sup>-I-Bereich, sind wirklich autonome Vorgehensweisen nur bei einem sehr kleinen Spektrum der Petersberg-Aufgaben möglich.<sup>171</sup> Auf Mittel und Kapazitäten der

---

<http://www.weltpolitik.net/policy-forum/article/1645.html> [25.07.2003]. Zur Finanzierung von EUPM und Concordia Antonio Missioli (2003): Euros for ESDP: Financing EU Operations. Occasional Papers Nr. 45. EU Institute for Security Studies, Paris, S. 12-17. Zum EU-Einsatz im Kongo Stefan Mair (2003): Einsatzgebiet Kongo. Die EU-Friedensmission in der Ituri-Provinz. SWP-Aktuell Nr. 22. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

<sup>168</sup> Dass Europa derzeit noch nicht einmal mit einer Stimme spricht, zeigte sich jüngst im Vorfeld des Irak-Krieges. Dazu Matthias Dembinski/ Wolfgang Wagner (2003): Europäische Kollateralschäden. Zur Zukunft der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Irak-Krieg, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 31-32, S. 31-38. Im Hinblick auf die Bewältigung künftiger Krisen liefert die EU-Sicherheitsstrategie eine Grundlage für Diskussionen innerhalb der EU und im Verhältnis zu den USA. Eine vergleichende Analyse von EUSS und NSS liefert Patrick Fitschen (2003): Europas strategische Antwort auf die Nationale Sicherheitsstrategie der USA. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unter [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_2081\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_2081_1.pdf) [30.7.2003].

<sup>169</sup> Melanie Alamir (2001): Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – ein Spaltpilz für die NATO?, in: *Österreichische militärische Zeitschrift*, Nr. 3, S. 357-362, S. 360.

<sup>170</sup> Zum Stichwort „Autonomie“ Manfred Baumgartner (2002): Eine Streitmacht für mancherlei Zwecke – Können die Europäer das Headline Goal erfüllen?, in: Reiter/ Rummel/ Schmidt (Hrsg.), S. 11-42, S. 20-23.

<sup>171</sup> C<sup>3</sup>-I: Command, Control, Communication and Intelligence. Im Bereich der Aufklärung sind die Fähigkeiten der EU-Mitgliedstaaten noch eingeschränkter: hier verfügen die USA über die

NATO angewiesen zu sein, heißt zunächst noch nicht, dass die EU nicht autonom handeln könnte.<sup>172</sup> Voraussetzung wäre in diesem Fall jedoch die volle und verlässliche Unterstützung durch die NATO. Bis vor kurzem scheiterten die Verhandlungen zwischen der EU und der NATO über Rückgriff der Union auf Planungskapazitäten sowie militärische Mittel und Fähigkeiten des Bündnisses bei einem von der EU geführten Einsatz („Berlin plus“) vor allem an griechisch-türkischen Differenzen.<sup>173</sup> Darüber hinaus könnte ein ständig garantierter Zugang der EU zu Mitteln und Kapazitäten der NATO auch durch andere Mitgliedstaaten, insbesondere die USA, gefährdet sein, wenn die EU sich amerikanische Fähigkeiten, wie etwa eine Kommandostruktur, zunutze machen will.<sup>174</sup> Zur Abhängigkeit von NATO-Fähigkeiten kommt noch die Abhängigkeit einer EU-geführten Operation von der einstimmigen Zustimmung des Nordatlantischen Rates und der permanenten Unterstützung der NATO hinzu.

In Anbetracht dessen, dass sich die weltpolitischen Prioritäten der USA in Richtung des Nahen und Mittleren Ostens sowie Ostasien verlagern, kann Europa langfristig nicht davon ausgehen, dass es in Krisen, in denen sich die USA nicht engagieren wollen, vollen Zugang zu den knappen und teuren militärischen „assets“ der NATO hat, die vorwiegend amerikanische sind.<sup>175</sup> Folglich führt an einer „*constructive duplication*“<sup>176</sup> militärischer Fähigkeiten, d.h. der für eigenständige Interventionseinsätze erforderlichen Infrastruktur im C<sup>3</sup>-I-, Lufttransport- und Logis-

---

Informationshoheit. Hier ist auf den seit vielen Jahren seitens der Europäer erhobenen Vorwurf zu verweisen, die USA gäben relevante Informationen nur selektiv weiter. Reimund Seidelmann (2002): Perspektiven und Optionen für die Kompetenz- und Mittelverteilung zwischen EU, NATO und den Mitgliedstaaten, in: Reiter/ Rummel/ Schmidt (Hrsg.), S. 195-221, S. 201.

<sup>172</sup> Reinhardt Rummel (2002): Die ESVP als Instrument autonomen Handelns der EU, in: Reiter/ Rummel/ Schmidt, S. 165-183, S. 179.

<sup>173</sup> Zunächst blockierte die Türkei eine Einigung, da sie die EU-Beschlüsse zur Beteiligung von nicht-EU-NATO-Staaten für zu gering hielt. Nachdem mit der Türkei ein Konsens erzielt werden konnte („Ankara-Text“), sperrte sich Griechenland gegen die seiner Auffassung nach zu weit gehenden Beteiligungsrechte der Türkei. Infolge der lange nicht erzielten Dauervereinbarung mit der NATO zögerte sich auch die Übernahme der Operation „Allied Harmony“ in Mazedonien durch die EU bis zum März 2003 hinaus. Zu dieser Problematik grundsätzlich Antonio Missiroli (2001): Sicherheitspolitische Kooperation zwischen Europäischer Union und Nato: Der türkische Verdross über die ESVP, in: Integration, Nr. 4, S. 340-355.

<sup>174</sup> Christian Wernicke: USA verzögern ersten Einsatz der EU-Truppe, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. Januar 2003.

<sup>175</sup> Peter Rudolf (2002): Die USA und die transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September 2001, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25, S. 7-13, S. 10.

<sup>176</sup> Kori Schake (2002): Constructive Duplication: Reducing EU reliance on US military assets. Centre for European Reform. London, S. 28 unter "<http://www.cer.org.uk/publications/workingpapers.html>" [10.10.2002].

tikbereich, kein Weg vorbei, der allerdings mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden ist.<sup>177</sup> Da sich eine Erhöhung von Verteidigungsausgaben politisch ebenso wenig durchsetzen lassen wird wie die Einführung militärischer Konvergenzkriterien<sup>178</sup>, scheint eine Bündelung der Kapazitäten und Verteidigungsausgaben der einzige realistische Ansatz zu sein, wozu mittelfristig auch eine gemeinsame Beschaffungspolitik und ein weniger geschützter Markt für die Rüstungsindustrie gehört.<sup>179</sup>

### **4.3.3 Autonome Beschaffung der EU**

Eine gemeinsame europäische Rüstungs- und Rüstungsindustriepolitik ist nicht nur aus ökonomischen Gründen erforderlich, sondern vor allem mit Blick auf die angestrebte eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik unabdingbar. Deren Umsetzung wird auch davon abhängen, inwieweit es gelingt, eine wettbewerbsfähige rüstungstechnologische und –industrielle Basis zu erhalten bzw. aufzubauen, da diese die materielle Grundlage für das europäische Vorhaben schafft.<sup>180</sup> Zum einen werden die militärpolitischen Handlungsoptionen der EU in entscheidendem Maße vom Niveau ihrer Ausrüstungen bestimmt sein, zum anderen ist die konzeptionelle Entwicklung der Streitkräfte an die technologischen Möglichkeiten gekoppelt.

---

<sup>177</sup> Die Kosten für den Aufbau eigener und den Ausbau vorhandener WEU-Kapazitäten im C<sup>3</sup>-I-Bereich werden auf Größenordnungen zwischen 60 und 100 Mrd. € veranschlagt, wobei mit einem Zeithorizont von mindestens zehn Jahren zu rechnen ist, wenn die entsprechende Ausrüstung überwiegend in Europa beschafft wird. Reimund Seidelmann (2002): Perspektiven und Optionen für die Kompetenz- und Mittelverteilung zwischen EU, NATO und den Mitgliedstaaten, S. 206. Darüber hinaus umfassen die Kosten für eine mittlere militärische Interventionskapazität mit globaler Reichweite noch Kosten für den Aufbau von Kapazitäten im Bereich Peace-Keeping, Lufttransport, Marine und Logistik. Insgesamt ist mit einer Summe von 200-310 Mrd. € zu rechnen. Ebd., S. 215.

<sup>178</sup> Im Vorfeld des Gipfeltreffens in Helsinki wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet, die von präzisen Konvergenzkriterien, einschließlich der Aufwendung von mindestens 2 Prozent des BIP für Verteidigungszwecke und mindestens 30-40 Prozent des Verteidigungshaushaltes für die Bereiche Beschaffungen sowie Forschung und Entwicklung, bis hin zu einem so genannten Europäischen System der Streitkräfteelemente für Absprachen über Finanzierung, militärische Planung und Führungsstruktur reichen.

<sup>179</sup> Ein tragfähiger Ansatz, Kapazitäten und knappe Ressourcen zu bündeln, ist der anzustrebende Aufbau einer Europaarmee. Argumente für eine Europaarmee liefern Patrick Fitschen/ Michael Stehr (2003): Eine gemeinsame Armee für Europa. Stand und Zukunft der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, S. 2-3. Zur gemeinsamen Beschaffungspolitik Daniel Keohane: More bang for our bucks, in: newstatesman vom 30. November 2001 unter "[http://www.cer.org.uk/pdf/newstatesman\\_keohane.pdf](http://www.cer.org.uk/pdf/newstatesman_keohane.pdf)" [20.11.2002].

<sup>180</sup> Thomas Enders/ Joachim Rohde (2002): Europäischer Rüstungsmarkt – Der Zwang zum Zusammenwachsen nationaler Rüstungsindustrien, in: Werner Hoyer/ Gerd F. Kaldrack (Hrsg.): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), S. 280-289, S. 280.

Wenngleich die Etablierung eines europäischen Rüstungsmarktes noch in weiter Ferne liegt, sind erste Ansätze einer Umstrukturierung erkennbar, die Implikationen für das strategische Kräfteverhältnis zwischen Europa und den USA mit sich bringen. Der Konzentrationsprozess in der europäischen Rüstungsindustrie läuft der Erwartung Washingtons zuwider, die eigenen Rüstungsgiganten würden europäische Unternehmen schlucken oder transatlantische Konzerne unter amerikanischer Führung aufbauen. Zudem deuten die gesamteuropäischen Firmenfusionen darauf hin, dass die Europäer der amerikanischen Forderung, auf neue, verbesserte amerikanische Technik umzurüsten, nicht nachkommen, sondern bestrebt sind, sich auf eine europäische Basis in der Verteidigungsindustrie zu stützen. Derartige Interessendivergenzen übertragen sich schnell auf die politische Sphäre und könnten die transatlantischen Spannungspotenziale verstärken.<sup>181</sup> Beim transatlantischen Zankapfel „Beschaffung“ kommt zur umstrittenen Frage „woher?“ noch die Frage „wofür?“, denn das europäische Planziel enthält keine konkreten Angaben zur geographischen Reichweite der Vorhaben<sup>182</sup> und dem erstrebten Niveau der Petersberg-Aufgaben.<sup>183</sup>

Wie die Diskussion der drei transatlantischen Zankäpfel autonome Entscheidungsfindung, autonomes Handeln und autonome Beschaffung verdeutlicht hat, birgt die ESVP ein nicht unerhebliches Spannungspotenzial für die transatlantischen Beziehungen. Die These, dass die ESVP, je nachdem, wie sie entwickelt wird und sich entwickelt, die NATO stärken oder spalten könnte, gehört mittlerweile zu den Gemeinplätzen der Debatte.<sup>184</sup> Allerdings ist gegenwärtig aufgrund vielfältiger, mitunter schwer kalkulierbarer Faktoren kaum abzusehen, welches Szenario eintreten wird. Indes ist evident, dass die Beschlüsse des Europäischen Rates von Köln, Helsinki, Feira und Nizza die scheinbar klare Aufgabenteilung, die der EU und

---

<sup>181</sup> Peter van Ham (2000): Europe's New Defense Ambitions: Implications for NATO, the US, and Russia, S. 24/25.

<sup>182</sup> Während die EU nach britischer Vorstellung „in Europa und seinem Umfeld“ tätig wird, spricht der Hohe Vertreter der GASP, Javier Solana, bereits von einer EU, die möglicherweise in Afrika wie auch in Osttimor handeln wolle.

<sup>183</sup> Nach französischer Auffassung umfassen die Petersberg-Aufgaben auch extreme Kampfoperationen, wie beispielsweise den zweiten Golf-Krieg.

<sup>184</sup> Hinsichtlich möglicher Szenarien Gary L. Geipel (2002): ESDP and NATO: Challenges and Requirements through 2010, in: Reiter/ Rummel/ Schmidt (Hrsg.), S. 43-59, S. 57-59; Jocelyn Mawdsley (2003): Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer kooperativen Weltordnung, in: Corinna Hauswedell/ Reinhard Mutz/ Ulrich Ratsch/ Bruno Schoch/ Christoph Weller (Hrsg.): Friedensgutachten 2003. Münster/Hamburg/London, S. 148-156, S. 151-153.



NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption zgedacht worden ist, in Frage gestellt haben.

## 5 ESVP aus polnischer Sicht: Positionen, Perzeptionen, Probleme

Hat die sicherheitspolitische Elite Polens die Bemühungen der Europäischen Union, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln, anfangs mit großer Skepsis betrachtet, lässt sich die gegenwärtige Position Warschaus zur ESVP nach offizieller Lesart als „Interesse ohne Begeisterung“ beschreiben. Weitaus negativer fällt das Ergebnis aus, wenn Presse- und Zeitschriftenartikel als Maßstab für die Einschätzung der polnischen Haltung gegenüber der ESVP fungieren. Jenseits offizieller Stellungnahmen, die Warschaus Unterstützung der ESVP betonen, wird den europäischen Plänen mit einer gewissen Ambivalenz begegnet: „*We [the Poles] dismiss them as a pipe dream or evidence of grandiose ambitions*“.<sup>185</sup> Angesichts dessen stellt sich die Frage, warum die sicherheitspolitische Klasse Polens die ESVP als Bedrohung der polnischen Sicherheitskonzeption wahrgenommen und bewertet hat, wenngleich sie deren Verwirklichung gleichzeitig in Zweifel gezogen hat. Wie haben die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger Polens auf die Beschlüsse des Europäischen Rates von Köln, Helsinki, Feira und Nizza reagiert? Inwiefern hat sich der sicherheitspolitische Habitus der polnischen Elite auf die Position Warschaus zur ESVP ausgewirkt? Mit anderen Worten: Welchen Beitrag leistet die Kenntnis der historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster, um die Position Warschaus zur ESVP im Sinne Webers zu »verstehen«?

Dabei umfasst »verstehen« nicht nur die Aspekte, zu denen die sicherheitspolitische Elite Polens Stellung bezogen hat, sondern auch jene, die keine oder nur untergeordnete Beachtung in der polnischen Diskussion über die ESVP gefunden haben. Sozialwissenschaftlich interessant ist nicht nur, warum die Träger des sicherheitspolitischen Habitus *bestimmte* Bedrohungen wahrnehmen und andere nicht, sondern auch die Frage, warum sie *bestimmte* Chancen wahrnehmen und *potenzielle* Chancen nicht erkannt bzw. in Habitus-konformer Weise uminterpretiert haben. An dieser Stelle wird abermals deutlich, warum eine sicherheitspolitische Analyse sowohl erfordert, die Sinnwelt sicherheitspolitischer Entscheidungsträger zu erfassen, als auch den Beobachterstatus als Wissenschaftler zu bewahren. Durch diese

---

<sup>185</sup> Osica (2001): Poland between America and Europe: Distorted Perspectives.

Trennung werden keinesfalls „objektiv bessere“ Erkenntnisse gewonnen, da Beobachter und Akteur, wenngleich auf unterschiedliche Weise, gleichermaßen voreingenommen sind. Doch können *qualitativ andere* Erkenntnisse gewonnen werden, die zumindest theoretisch die Möglichkeit bieten, sicherheitspolitisch-praktisches Wissen zu ergänzen und gegebenenfalls zu korrigieren.

## 5.1 Polnische Reaktionen auf das Projekt ESVP

### 5.1.1 *Beschlüsse des Europäischen Rates von Köln und Helsinki aus polnischer Sicht*

Die auf dem EU-Gipfeltreffen in Köln getroffene Entscheidung, die Aufgaben und Funktionen der WEU in die EU zu überführen, hat in Polen Besorgnis hinsichtlich seiner Rechte als assoziiertem Mitglied ausgelöst. Während die Zugehörigkeit zur WEU ermöglichte, an Diskussionen über die Zukunft europäischer Sicherheit teilzunehmen, behält die EU dieses Privileg ausschließlich ihren Mitgliedstaaten vor.<sup>186</sup> Gleichzeitig bezweifelte die sicherheitspolitische Elite Polens, dass die EU in der Lage ist, die ESVP in naher Zukunft zu verwirklichen.<sup>187</sup> Vorherrschend war die Ansicht, dass die EU lediglich eine Verteidigungspolitik ohne eigene Streitkräfte haben werde.<sup>188</sup> Darüber hinaus betonte Warschau, dass EU-geführte Operationen die Zustimmung der NATO bedürfen und damit *de facto* jene der USA. Wie die europäischen NATO-Staaten, die nicht der Union angehören, und die EU-Beitrittskandidaten an der ESVP partizipieren können, bildete eine Schlüsselfrage des polnischen Diskurses. In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Helsinki heißt es dazu:

*„Es werden geeignete Vorkehrungen getroffen, die es nicht der EU angehörenden europäischen NATO-Mitgliedstaaten und anderen interessierten Ländern unter Wahrung der Beschlussfassungsautonomie*

---

<sup>186</sup> Olaf Osica (1999): *Kopciuszek urasta w siłę (Aschenbrödel wird stärker)*, in: *Polska Zbrojna*, Nr. 28, S. 32-33, S. 33; Krzysztof Wojna (1999): *Amerykanie i Europejczycy (Amerikaner und Europäer)*, in: *Polska Zbrojna*, Nr. 50, S. 33-34, S. 34.

<sup>187</sup> Ryszard Zięba (2002): *Poland and the ESDP*, in: Hans-Georg Erhardt (Hrsg.): *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik*. Baden-Baden, S. 100-112, S. 101.

<sup>188</sup> Maksymilian Berezowski (1999): *Orkiestra i kapelmistrz (Orchester und Kapellmeister)*, in: *Polska Zbrojna*, Nr. 38, S. 32.

*der Union erlauben, zur militärischen Krisenbewältigung der EU beizutragen*<sup>189</sup>.

Dieser Gleichstellung von Drittstaaten, wie etwa Russland, mit den europäischen NATO-Staaten wie Polen, hielt der damalige polnische Außenminister, Bronisław Geremek entgegen: „*Poland should be entitled [...] to take part in decision-taking and implementation under an EU defence policy. You [die EU-Staaten] can hardly strip six Alliance members of their rights*“<sup>190</sup>. Als Mitglied der NATO und assoziiertem Mitglied der WEU sollte Polen die Partizipation an den in Helsinki etablierten Interimgremien PSK, EUMA und EUMS ermöglicht werden.<sup>191</sup> Keinesfalls zufrieden zeigen könne sich die polnische Regierung mit einem Projekt der EU, dass ohne jegliche Konsultationen mit Polen als Aspiranten konzipiert worden ist:

*„The Union should not cause the impression in candidate countries that nothing is dependent on them. The acquis caumunautaire is indisputable, but this, which is the Union’s future should be discussed with the countries that will soon participate in the European project”*<sup>192</sup>.

In diesem Zusammenhang warnte Geremek davor, einen „*circle of insiders versus outsiders* [Hervorheb. im Original]“<sup>193</sup> zu schaffen. Er forderte, die verteidigungspolitischen Planungsprozesse von EU und NATO zu verbinden, und drängte darauf, rasch Modalitäten für die Zusammenarbeit zwischen beiden Sicherheitsinstitutionen zu entwickeln.<sup>194</sup> Bei der Verwirklichung des europäischen Planzieles sollte Geremek zufolge nicht zu viel Zeit für Diskussionen über die Architektur aufgewendet werden, sondern „*rather about capabilities coupled with*

<sup>189</sup> Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates am 10./11. Dezember 1999 in Helsinki.

<sup>190</sup> Rzeczpospolita vom 16. Dezember 1999, zit. nach Stanisław Parzymies (2001): *European Orientation in Polish Security Policy*, in: Roman Kuźniar: *Poland’s Security Policy 1989-2000*. Warsaw, S. 286-320, S. 314.

<sup>191</sup> Bronisław Geremek: *On European Security and Defence Identity (EDSI)*. Nordatlantischer Rat in Brüssel am 15. Dezember 1999.

<sup>192</sup> Janusz Reiter: *Na europejski rozkaz* (Unter europäischem Kommando), in: Rzeczpospolita vom 12. Dezember 1999, zit. nach Ryszard Zięba (2002): *Poland and the ESDP*, in: Hans-Georg Erhardt (Hrsg.): *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik*. Baden-Baden, S. 100-112, S. 102; Zur Haltung der EU-Beitrittskandidaten gegenüber der ESVP Hans Joachim Gießmann (2001): *Auswirkungen der Osterweiterung auf die ESVP*. Unveröffentlichtes Manuskript. Stiftung Wissenschaft und Politik.

<sup>193</sup> Bronisław Geremek: *On European Security and Defence Identity (EDSI)*. Nordatlantischer Rat in Brüssel am 15. Dezember 1999.

<sup>194</sup> Dass auf dem EU-Gipfel in Helsinki nicht die Modalitäten für die Partizipation der sechs Nicht-EU-NATO-Staaten definiert wurden, wird in den meisten polnischen Stellungnahmen kritisiert. Dazu Stanisław Parzymies (2001): *European Orientation in Polish Security Policy*, in: Roman Kuźniar: *Poland’s Security Policy 1989-2000*. Warsaw, S. 286-320, S. 315.

*adaptability and mobility*<sup>195</sup>. Er betonte, dass „*security (hard and soft) comes first for us in Poland. We cannot afford NATO to lose its vitality. In an era of experimentation let's not forget the lasting value of trans-Atlantic integration*“<sup>196</sup>. Die beiden Befürchtungen, die ESVP könne die innere Kohäsion der NATO schwächen oder einen Prozess zunehmender Rivalität zwischen Europa und den USA einleiten, im Zuge dessen Polen gezwungen würde, sich auf eine der beiden Seiten zu schlagen, bildeten zentrale Topoi sicherheitspolitischer Publikationen.<sup>197</sup>

Gemäß der *Sicherheitsstrategie der Republik Polen* vom Januar 2000 betrachtet Polen die künftige Partizipation in den europäischen Sicherheitsstrukturen als ebenso wichtig wie die Mitgliedschaft in der NATO. Polen unterstützt „*the development of European Security and Defence Identity within the Alliance as a way of strengthening NATO's European pillar*“<sup>198</sup>. Allerdings basiert die polnische Akzeptanz auf der Annahme, „*that all the solutions proposed aim at bolstering the harmonisation of EU and NATO operations, [...] to firm up the trans-Atlantic bonds and the US commitment to European security*“<sup>199</sup>. Aus polnischer Sicht „*one should steer clear of creating an atmosphere of competition leading to loss of energy and impairment of NATO and EU potentials, through competence-related arguments which nobody actually needs*“<sup>200</sup>.

### **5.1.2 Beschlüsse des Europäischen Rates von Feira aus polnischer Sicht**

Hinsichtlich der angemahnten Regelungen für die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO haben die Entscheidungen des Europäischen Rates von Feira, die beiden Konsultationsforen *EU plus 15* und *EU plus 6* ins Leben zu rufen sowie die Übereinkunft von EU und NATO, vier ad-hoc-Arbeitsgruppen einzusetzen, der sicherheitspolitischen Elite Polens zufolge eine neue, konstruktivere Etappe im

---

<sup>195</sup> Bronisław Geremek: On European Security and Defence Identity (EDSI). Nordatlantischer Rat in Brüssel am 15. Dezember 1999.

<sup>196</sup> A.a.O.

<sup>197</sup> Andrew A. Michta: Transatlantyk. Czy plany stworzenia europejskiego systemu obrony mogą zagrozić NATO? (Können die Pläne zur Schaffung eines europäischen Verteidigungssystem die NATO gefährden?), in: Wprost vom 21. November 1999; Maksymilian Berezowski (2000): Zatargi czy ugoda? (Zwist oder Schlichtung?), in: Polska Zbrojna, Nr. 16, S. 33; Jan Nowak-Jeziorański (2000): Ameryka, Europa i Polska (Amerika, Europa und Polen), in: Polska Zbrojna, Nr. 26, S. 7-8, S. 8.

<sup>198</sup> Security Strategy of the Republic of Poland vom 4. Januar 2000.

<sup>199</sup> Bronisław Geremek: The Government Statement on Directions of Foreign Policy of the Republic of Poland. 78. Sitzung des Sejm am 9. Mai 2000.

<sup>200</sup> A.a.O.

Entwicklungsprozess der ESVP eingeläutet.<sup>201</sup> An das EU-Gipfeltreffen anknüpfend, unterbreitete das polnische Außenministerium den EU-Staaten im Juli 2000 seine Vorschläge, wie die Partizipation der sechs europäischen NATO-Staaten im Rahmen des Forums *EU plus 6* umzusetzen sei.<sup>202</sup> In Anlehnung an die innerhalb der WEU bestehenden Modalitäten, die assoziierte Mitglieder wie Polen den Vollmitgliedern weitestgehend gleichstellten, sahen die polnischen Überlegungen vor, die sechs europäischen NATO-Staaten wie Polen im Falle von EU-geführten Operationen unter oder ohne Rückgriff auf Kapazitäten der NATO mit denselben Rechten auszustatten wie die EU-Staaten.<sup>203</sup> Diesen Status billigte die EU den besagten Sechs jedoch nur bei einem Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO zu; andernfalls bestand eine Gleichstellung mit den Anwärterstaaten.

Neben der Zusammenarbeit von EU und NATO sowie einer besonderen Behandlung der besagten Sechs bildete die Frage, ob die „verstärkte Zusammenarbeit“, die für andere Politikbereiche der EU seit dem Vertrag von Amsterdam legitimiert ist, auch für die GASP und ESVP zugelassen wird, ein zentrales Thema des polnischen Sicherheitsdiskurses. Bei einer Ausdehnung der „verstärkten Zusammenarbeit“ auf die zweite Säule der EU könnten handlungsfähige und –willige Mitgliedstaaten im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik enger kooperieren und damit einen höheren Grad an Verlässlichkeit in der Krisenbewältigung erreichen. Wie im Falle der Währungsunion und des Schengenlandes entstünde dann eine „interne“ und „externe“ Gruppe von ESVP-Staaten.<sup>204</sup> Zu dieser Option bezog die polnische Regierung klar Stellung:

*„The proposal to formally extend closer cooperation to cover the second pillar should be approached with caution, it being a new area, undergoing very rapid change, where a range of important decisions have to be taken, including, for example, a stronger involvement of non-EU NATO Member States; it would be therefore advisable to postpone*

---

<sup>201</sup> Olaf Osica (2001): Common European Security and Defence Policy (CEDSP) as Seen by Poland. Reports & Analyses Nr. 5. Center for International Relations. Warschau, S. 16.

<sup>202</sup> Initial proposals for practical development of Feira decisions concerning the EU cooperation with non-EU European Allies.

<sup>203</sup> A.a.O.; zum besonderen Status der besagten Sechs Stanisław Parzymies (2001): European Orientation in Polish Security Policy, S. 317.

<sup>204</sup> Reinhardt Rummel (2002): Die ESVP als Instrument autonomen Handelns der EU, S. 170.

*the debate on the issue until the principles of ESDP functioning are specified*<sup>205</sup>.

In keinem Falle dürfe die „verstärkte Zusammenarbeit“ dazu führen, künftige EU-Mitgliedstaaten bei wichtigen, neuen Kooperationsmaßnahmen auszuschließen.<sup>206</sup> Der damalige polnische Außenminister, Władysław Bartoszewski, betonte, dass für Polen von außerordentlicher Bedeutung ist, den offenen Charakter der „verstärkten Zusammenarbeit“ zu erhalten: *„The group of countries wanting to create the vanguard of integration must always be ready to accept new members. The mechanism of closer cooperation must not serve to exclude new member states”*<sup>207</sup>.

### **5.1.3 Beschlüsse des Europäischen Rates von Nizza aus polnischer Sicht**

Worüber im Vertrag von Amsterdam kein Konsens erzielt werden konnte, ist im Vertrag von Nizza eine Einigung zustande gekommen: Für die GASP wird „verstärkte Zusammenarbeit“ zugelassen, nicht aber für die ESVP (Art. 40, 43a EUV-N), wie dies Polen befürchtet hatte.<sup>208</sup> Unter Berücksichtigung des Kohärenzangebots (Art. 27a Abs.1 EUV-N) kann die „verstärkte Zusammenarbeit“ im Bereich der GASP nur die Durchführung einer gemeinsamen Aktion oder die Umsetzung eines gemeinsamen Standpunktes betreffen, nicht jedoch Fragen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen (Art. 27b EUV-N). Es steht jedem EU-Mitgliedstaat offen, sich der „verstärkten Zusammenarbeit“ anzuschließen. Mit dieser Beschlussfassung zeigten sich die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger Polens insofern zufrieden, als *„the Nice Treaty means the rejection of the conception of the closed, 'hard core' of countries decided on enhanced cooperation which for the remaining states might have meant second-class membership”*<sup>209</sup>.

Allerdings kritisiert Warschau nach wie vor, dass die EU-Mitgliedstaaten Polen nur unzureichende Partizipationsmöglichkeiten an der ESVP ermöglichen:

---

<sup>205</sup> Intergovernmental Conference 2000: the Polish Position. Warschau, 12. Juni 2000.

<sup>206</sup> A.a.O.

<sup>207</sup> Władysław Bartoszewski (2000): Vision and Potential: For a New Direction in European Integration, in: Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.): Poland's Position on the 2000 Intergovernmental Conference. A Critical Evaluation. Warschau, S. 57-63, S. 60.

<sup>208</sup> Josef Janning (2001): Zweiter Anlauf – die „verstärkte Zusammenarbeit“ im Vertrag von Nizza, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Nizza in der Analyse. Strategien für Europa. Gütersloh, S. 145-160.

<sup>209</sup> „The Treaty of Nice – The Polish Point of View“ vom 15. Februar 2001.

„*Consultations and dialogue will not replace genuine cooperation*“<sup>210</sup>, betonte Bartoszewski. Diese Einschätzung hat sich nach dem Regierungswechsel im September 2001 ebenso wenig geändert wie die Forderung, dass die Entwicklung der ESVP nicht die Effektivität und Kohärenz der NATO sowie die transatlantische Bindung schwächen dürfe. Nachdem einige der für Warschau zentralen Fragen, wie die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO oder die Behandlung der nicht der Union angehörenden NATO-Staaten wie Polen, geklärt worden sind, hat die polnische Regierung ihre anfangs ausgesprochen ablehnende Haltung gegenüber der ESVP modifiziert. Gleichwohl äußert sie die Akzeptanz der ESVP nie, ohne zugleich das Primat der NATO und der USA hervorzuheben. Jenseits der offiziellen Position zur ESVP dominiert innerhalb der sicherheitspolitischen Elite Polens eine äußerst negative Sichtweise der ESVP, die in erster Linie als Bedrohung der NATO und der transatlantischen Bindung wahrgenommen wird.<sup>211</sup> Darüber hinaus ist innerhalb der sicherheitspolitischen Klasse Polens die Einschätzung vorherrschend, dass der Status des Landes durch die Überführung der WEU in die EU abgewertet worden ist.<sup>212</sup>

Klärungsbedürftig ist nun, inwiefern sich der sicherheitspolitische Habitus der polnischen Elite auf die Position Warschaus zur ESVP ausgewirkt hat. Mit anderen Worten: Welchen Beitrag leistet die Kenntnis der historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster, um die Position Warschaus zur ESVP im Sinne Webers zu »verstehen«?

---

<sup>210</sup> Władysław Bartoszewski (2001): *European Security Policy – The Polish Point of View*, in: Jan Barcz/ Katarzyna Żukrowska (Hrsg.): *The Future of the European Union. The Polish Point of View*. Warschau, S. 162-174, S. 173.

<sup>211</sup> Jan Nowak-Jeziorański: *Czy NATO jest zagrożone? (Ist die NATO gefährdet?)*, in: *Rzeczpospolita* vom 15. Mai 2001; Jan Nowak-Jeziorański (2000): *Ameryka, Europa i Polska (Amerika, Europa und Polen)*, S. 8; Andrew A. Michta: *Transatlantyk. Czy plany stworzenia europejskiego systemu obrony mogą zagrozić NATO? (Können die Pläne zur Schaffung eines europäischen Verteidigungssystem die NATO gefährden?)*, Maksymilian Berezowski (2000): *Zatargi czy ugoda? (Zwist oder Schlichtung?)*, S. 33; Wiesław Stefaniak (2000): *Europa po francusku (Europa auf französisch)*, in: *Polska Zbrojna*, Nr. 41, S. 32-33, S. 32; *Zum negativen Stimmungsbild in Presse- und Zeitschriftenartikeln auch Osica (2002): Polska wobec wspólnej polityki zagranicznej i bezpieczeństwa UE (Polen gegenüber der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU)*, S. 82.

<sup>212</sup> Beata Górka-Winter/ Edyta Posel-Częścik (2001): *Wspólna Europejska Polityka Bezpieczeństwa i Obrony Unii Europejskiej (Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU)*, in: *Polski Przegląd Dyplomatyczny*, Nr. 1, S. 112-134, S. 133. Henryk Szlaifer (2000): *Kształtowanie Europejskiej Polityki Bezpieczeństwa i Obrony: Polska Perspektywa (Die Gestaltung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Die polnische Perspektive)*, in: *Rocznik Strategiczny 1999/2000*. Warschau, S. 33-39, S. 37.



## 5.2 Wirkung der sicherheitspolitischen Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster

Halten wir uns vor Augen, dass „Reize“ in Form von Gefahren und Chancen „*nicht in ihrer objektiven Wahrheit als [...] Auslöser [existieren], da sie nur wirken, wenn sie auf Handelnde treffen, die darauf konditioniert sind, sie zu erkennen*“ [Hervorheb. im Original]<sup>213</sup>. Als Matrix der Interpretation fungiert der sicherheitspolitische Habitus der polnischen Elite wie ein Filter, der bestimmte Wahrnehmungen und Bewertungen ausschließt und gewohnte bevorzugt. Aufeinanderverwiesen verstärken sich die historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster mitunter gegenseitig und prägen sich in der Position Warschaws zur ESVP aus.

### 5.2.1 Zweifel an der Glaubwürdigkeit Europas

Einen zentralen Erklärungsfaktor für die skeptische Position, die große Teile der sicherheitspolitischen Elite Polens zur ESVP bezogen haben, bilden die Zweifel an der Glaubwürdigkeit Europas als Sicherheitsproduzenten. Das Misstrauen gegenüber Westeuropa in Fragen europäischer und damit polnischer Sicherheit, das einen Bezugspunkt des sicherheitspolitischen Habitus der polnischen Klasse bildet, wurde durch Entwicklungen in den 90er Jahren verstärkt. Die vorherrschende Meinung, dass die EU nicht willens und fähig ist, ihr Vorhaben in naher Zukunft zu verwirklichen, lässt sich u.a. darauf zurückführen, dass die EU-Mitgliedstaaten dem „S“ in der GASP jahrelang keine Konturen verliehen haben, die aus polnischer Sicht einem „*state of paralysis*“ gleicht: „*No major international crisis has so far been tackled effectively by this instrument*“<sup>214</sup>. Dementsprechend betreffen die Zweifel Warschaws an der Glaubwürdigkeit Europas zwei Aspekte: den Handlungswillen und die Handlungsfähigkeit.

#### 5.2.1.1 Zweifel an dem Handlungswillen Europas

Die skeptische Haltung, die breite Kreise der sicherheitspolitischen Klasse Polens gegenüber dem Projekt ESVP eingenommen haben, liegt u.a. darin begründet, dass die EU bislang keinen Gebrauch von der im Maastrichter Vertrag angelegten Vertei-

<sup>213</sup> In Anlehnung an Pierre Bourdieu (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, S. 99.

<sup>214</sup> Jan Zielonka (2000): Transatlantic Relations Beyond the CSFP, in: International Spectator, Nr. 4, S. 27-40, S. 27.

digungskomponente gemacht hat. Indes hätte die Überführung der im Rahmen der WEU nach Artikel 5 des Brüsseler Vertrages bestehenden Beistandsklausel die Glaubwürdigkeit der ESVP für Polen deutlich gesteigert.<sup>215</sup> Zumindest in der Prioritätensetzung entspricht das Sicherheitskonzept der EU nicht dem innerhalb der sicherheitspolitischen Elite Polens dominierenden Sicherheitsverständnis, wonach kollektiven Sicherheitsgarantien infolge der Fokussierung auf die geostrategische Lage des Landes zentrale Bedeutung beigemessen wird.<sup>216</sup>

Während das sicherheitspolitische Denken der EU-Mitglieder geprägt ist von dem Fehlen einer klaren externen Bedrohung und einem tiefen gegenseitigen Vertrauen, haben diese beiden Faktoren das sicherheitspolitische Denken Polens vergleichsweise wenig beeinflusst.<sup>217</sup> Was das Fehlen einer externen Bedrohung und das Vertrauen zu den benachbarten Staaten angeht, sind breite Kreise der sicherheitspolitischen Klasse Polens weitaus skeptischer. Im Gegensatz zu Russland, das in ihren Augen vorwiegend eine Quelle politischer, ökonomischer und soziokultureller Instabilität darstellt, betrachten einige das Lukašenko-Regime in Belarus durchaus auch als militärisches Sicherheitsrisiko.<sup>218</sup> Wenngleich in offiziellen Dokumenten und Stellungnahmen stets betont wird, dass sich Warschau von keinem Staat bedroht fühlt, dominiert unter den sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern die Einschätzung, dass *„there is however no guarantee, that a black scenario would not materialise in 10 or 20 years time“*<sup>219</sup>. Dementsprechend lautet die aus polnischer Sicht entscheidende Frage: *„Wie weit reicht die Solidarität Europas im Falle einer Aggression?[meine Übersetz.]“*<sup>220</sup>. Vergegenwärtigt wurde die im sicherheitspoliti-

---

<sup>215</sup> Fundacja „Polska w Europie” (Hrsg.) (2001): *Między NATO a Unią Europejską* (Zwischen NATO und EU). Nr. 36 der Reihe „Polska w Europie“. Warschau, S. 59.

<sup>216</sup> Rafał Trzaskowski (2002): *Poland*, in: Antonio Missiroli (Hrsg.): *Bigger EU, wider CSFP, stronger ESDP? The view from Central Europe*. Occasional Papers Nr. 34. EU Institute for Security Studies. Paris, S. 19-25, S. 20.

<sup>217</sup> Janusz Reiter (2001): *Poland*, in: Adam Daniel Rotfeld (Hrsg.): *The New Security Dimensions. Europe after the NATO and EU Enlargements*. Stockholm International Peace Research Institute. Stockholm, S. 42-44, S. 42.

<sup>218</sup> Kai-Olaf Lang (2003): *Amerikas bester Freund? Polens atlantizistisch-europäischer Kurs*. SWP-Aktuell, Nr. 6. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin, S. 4. Zum Bedrohungspotential von Russland und Belarus für die polnische Sicherheit auch Janusz Onyszkiewicz (2002): *The Polish View on the Common Security and Defense Policy*, in: Werner Hoyer/ Gerd Kaldrack (Hrsg.): *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten Streitkräften?* Baden-Baden, S. 215-222, S. 218.

<sup>219</sup> A.a.O.

<sup>220</sup> Fundacja „Polska w Europie” (Hrsg.) (2001): *Między NATO a Unią Europejską* (Zwischen NATO und EU), S. 63.

schen Habitus der polnischen Entscheidungsträger verinnerlichte Opferrolle durch die in ihren Augen zaudernde Haltung Westeuropas im Vorfelde der NATO-Intervention im Kosovo.

Zwischen dem Verhalten westeuropäischer Staaten in den Balkan-Konflikten und ihrem Verhalten im Zweiten Weltkrieg zieht die sicherheitspolitische Elite Polens häufig Parallelen. Sie sieht sich in ihrer Ansicht bestätigt, wonach westeuropäische Staaten sogar dann danach trachten, ihre nationalen Interessen durchzusetzen, wenn dies für andere Nationen mit großem Leid verbunden ist.<sup>221</sup> Als „jedoch die politischen Rechnungen [Westeuropas] in einem Fiasko endeten, war man nicht bereit, für Sarajewo zu sterben, so wie man nicht bereit gewesen war, für Danzig zu sterben [meine Übersetz.]“<sup>222</sup>. In die gleiche Stoßrichtung zielte die Äußerung des polnischen Präsidenten, Aleksander Kwaśniewski, während der NATO-Intervention im Kosovo: „Lohnt es sich, 'für Danzig zu sterben'? Für uns [die Polen] ist das eine konkrete Frage und kein hübscher Satz [oder] gewöhnlicher Slogan [meine Übersetz.]“<sup>223</sup>. Die Überzeugung, dass die „Europäer nicht für Europa sterben wollen [meine Übersetz.]“<sup>224</sup> und damit nicht für Polen ist ein Grund für die polnischen Zweifel an der Glaubwürdigkeit Europas als Sicherheitsproduzenten und der dadurch bedingten Skepsis gegenüber der ESVP.

Weil große Teile der sicherheitspolitischen Elite Polens den Handlungswillen der EU bei der Verwirklichung ihres Vorhabens vielfach hinterfragt haben, ist die ablehnende Haltung Warschaws gegenüber der „verstärkten Zusammenarbeit“, deren Ausdehnung auf den Bereich der ESVP im Vorfelde des EU-Gipfeltreffens in Nizza

---

<sup>221</sup> Dieses Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster schlägt sich auch darin nieder, dass die Mehrheit der sicherheitspolitischen Elite Polens der Überzeugung ist, dass die EU im Zweifelsfall russischen Interessen den Vorrang gibt. Aus polnischer Sicht haben die westeuropäischen Staaten Russland bei der NATO-Osterweiterung unverhältnismäßig viel Mitspracherechte ermöglicht und das Recht ostmitteleuropäischer Staaten auf freie Bündniswahl hintangestellt. Eine ähnliche Einschätzung teilen breite Kreise der sicherheitspolitischen Klasse Polens hinsichtlich der vertieften Kooperation im Rahmen des neuen NATO-Russland-Rates.

<sup>222</sup> Olaf Osica (2002): „W poszukiwaniu nowej roli“: Polska jako nowy aktor euroatlantyckiej polityki bezpieczeństwa („Auf der Suche nach einer neuen Rolle“: Polen als neuer Akteur euroatlantischer Sicherheitspolitik), S. 89.

<sup>223</sup> Zit. nach Olaf Osica (2003): Polska wobec operacji NATO poza obszarem traktatu waszyngtońskiego i polityki bezpieczeństwa i obronnej UE (Polen gegenüber NATO-Operationen außerhalb des Gebietes des Washingtoner Vertrages und gegenüber der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU). Unveröffentlichtes Manuskript.

<sup>224</sup> Zbigniew Brzeziński: Jak żyć z nową Europą? (Wie soll man mit dem neuen Europa leben?), in: Gazeta Wyborcza vom 24./25. Juni 2000; Jan Nowak-Jeziorański: Czy NATO jest zagrożone? (Ist die NATO gefährdet?).

zur Debatte stand, erklärungsbedürftig. Denn die „verstärkte Zusammenarbeit“ würde die Kooperation zwischen den interessierten EU-Mitgliedstaaten fördern, die Verlässlichkeit beim Krisenmanagement verbessern und damit der polnischen Kritik an dem unzureichenden Handlungswillen Europas Rechnung tragen. Indes lässt sich diese Widersprüchlichkeit durch die Kenntnis der im sicherheitspolitischen Habitus verinnerlichten Opferrolle und ihren Auswirkungen auf die polnische Sicherheitspolitik im Sinne Webers »verstehen«. Der wiederholten Fremdbestimmung entspringt zum einen die Befürchtung, mit einer „verstärkten Zusammenarbeit“ bei der ESVP könne eine Zwei-Klassen-Mitgliedschaft und Marginalisierung Polens einhergehen.<sup>225</sup> In diesem Zusammenhang ist die Forderung Warschaws zu sehen, dass „*the closer cooperation must not serve to exclude new member states*“<sup>226</sup>. Zum anderen bewirkt die Selbstwahrnehmung als potenzielles Opfer, dass sich die Mehrheit der polnischen Politiker und Militärs vorwiegend darum sorgt, die europäischen Verbündeten könnten Polen im Falle einer Aggression im Stich lassen, zu spät zur Hilfe kommen oder nicht ausreichenden Beistand leisten.<sup>227</sup> Vergegenwärtigt wurde die historisch traumatische Erfahrung, „verraten“ worden zu sein, durch die aus polnischer Sicht äußerst zögerlichen Reaktionen vieler westeuropäischer NATO-Staaten auf die Ausrufung des Bündnisfalles nach dem 11. September. Dass die ersten Interpretationen des Artikels 5 des Washingtoner Vertrages den Beistand auf medizinische Unterstützung oder militärische Konsultation beschränkt haben, „*lässt für Polen den Albtraum fehlender Hilfe seitens der Alliierten wieder erwachen*“<sup>228</sup>.

<sup>225</sup> Rafał Trzaskowski (2002): From candidate to member state: Poland and the future of the EU. Occasional Papers Nr. 37. EU Institute for Security Studies. Paris, S. 19-21.

<sup>226</sup> Władysław Bartoszewski (2000): Vision and Potential: For a New Direction in European Integration, S. 60. Zur Übereinstimmung der Entscheidungen des Europäischen Rates von Nizza mit den polnischen Interessen Stanisław Parzymies (2001): Decisions of Nice European Council and Their Significance for Poland, in: Polska Fundacja Spraw Międzynarodowych (Hrsg.): Yearbook of Polish Foreign Policy 2002. Warschau unter [http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2001/stanislaw\\_parzymies\\_decisions\\_of\\_nice\\_european\\_council.html](http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2001/stanislaw_parzymies_decisions_of_nice_european_council.html) [15.6.2002].

<sup>227</sup> Olaf Osica/ Marcin Zaborowski (2002): Wprowadzenie (Einführung), S. 15. Die im sicherheitspolitischen Habitus verinnerlichte Angst, im Ernstfall vom Westen im Stich gelassen zu werden, zeigt sich auch an der Diskussion im Sejm über eine Stationierung von NATO-Atomwaffen und der diesbezüglichen, von der NATO nicht geforderten Bereitschaftserklärung.

<sup>228</sup> Ireneusz P. Karolewski (2002): Sicherheitspolitische Herausforderungen in der Mitte Europas. Eine polnische Sicht, in: Hans Arnold/ Raimund Krämer (Hrsg.): Sicherheit für das größere Europa. Politische Optionen im globalen Spannungsfeld. Bonn, S. 146-163, S. 161. Zur polnischen Diskussion über den unzureichenden Beistand der Verbündeten nach Inkrafttreten des Artikels 5 und der Konsequenzen für die polnische Sicherheitspolitik Janusz Onyszkiewicz/ Olaf

Wie die wiederholt erhobene Forderung Warschaus, die EU solle sich bei der Entwicklung der ESVP nicht auf institutionelle Fragen, sondern vielmehr auf „capabilities coupled with adaptability and mobility“<sup>229</sup> konzentrieren, verdeutlicht hat, bildet neben dem Handlungswillen insbesondere die Handlungsfähigkeit den Maßstab, an dem die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger Polens die Glaubwürdigkeit ihrer Verbündeten messen.<sup>230</sup>

### 5.2.1.2 Zweifel an der Handlungsfähigkeit Europas

Die innerhalb der polnischen Klasse weit verbreiteten Zweifel an der europäischen Handlungsfähigkeit sind u.a. darauf zurückzuführen, dass die Intervention der Allianz im Kosovo in ihren Augen erneut unter Beweis gestellt hat, dass Europa zu einem selbständigen Krisenmanagement nicht in der Lage ist.<sup>231</sup> Sozialwissenschaftlich interessant ist hierbei, warum Warschau seine Glaubwürdigkeit als Verbündeter mit anderen Maßstäben gemessen hat als jene Westeuropas: Während sich die polnische Wahrnehmung und Bewertung des Krisenmanagements im Kosovo auf die militärischen Defizite „Europas“ konzentriert hat<sup>232</sup>, mit denen die überwältigende Mehrheit der sicherheitspolitischen Elite jene Westeuropas meint, hat die defizitäre Ausrüstung der polnischen Streitkräfte, wie etwa die Anreise in den Kosovo per Bahn infolge eines fehlenden Transportflugzeuges, äußerst selten Beachtung gefunden.<sup>233</sup> Vielmehr gilt deren Beitrag als bestandener Test für die Loyalität Polens als Verbündetem. Erklären lässt sich dieser Befund mit der im sicherheitspolitischen Habitus der polnischen Elite verinnerlichten Opferrolle, die das Selbstverständnis als Sicherheitskonsumenten prägt: „Sicherheit ist etwas zum Nehmen, nicht zum Geben“<sup>234</sup>. Wenngleich offizielle Stellungnahmen und sicherheitspolitische

---

Osica (2002): Towards a New NATO. Reports & Analyses Nr. 2. Center for International Relations. Warschau.

<sup>229</sup> Bronisław Geremek: On European Security and Defence Identity (EDSI). Nordatlantischer Rat in Brüssel am 15. Dezember 1999.

<sup>230</sup> Władysław Bartoszewski (2001): European Security Policy – The Polish Point of View, S. 174.

<sup>231</sup> Marek Świerczyński (2000): Unia nie chce NATO (Die EU will die NATO nicht), in: Polska Zbrojna, Nr. 11, S. 47.

<sup>232</sup> Krzysztof Wojna (1999): Amerykanie i Europejczycy (Amerikaner und Europäer), S. 33; Jan Nowak-Jeziorański (2000): Ameryka, Europa i Polska (Amerika, Europa und Polen), S. 8; Beata Górka-Winter/ Edyta Posel-Częścik (2001): Wspólna Europejska Polityka Bezpieczeństwa i Obrony Unii Europejskiej (Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU), S. 133.

<sup>233</sup> Darauf verweist auch Osica (2001): Common European Security and Defence Policy, S. 30.

<sup>234</sup> Osica (2002): Polska wobec wspólnej polityki zagranicznej i bezpieczeństwa UE (Polen gegenüber der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU), S. 83.

Publikationen insbesondere im Zusammenhang mit dem Beitritt des Landes zur NATO betonen, Polen dürfe Sicherheit nicht nur konsumieren, sondern müsse Sicherheit auch produzieren, werden große Teile der polnischen Elite bei ihrer sicherheitspolitischen Wahrnehmung und Bewertung diesem Anspruch nicht gerecht.<sup>235</sup>

Neben dem aus polnischer Sicht katastrophalen Krisenmanagement Europas im ehemaligen Jugoslawien lag die innerhalb der sicherheitspolitischen Klasse Polens vorherrschende Einschätzung, die EU werde ihr Planziel in naher Zukunft nicht verwirklichen, in den sinkenden Wehrbudgets vieler EU-Staaten begründet.<sup>236</sup> Die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger Polens kritisierten neben den zwischen Europa und Amerika bestehenden Diskrepanzen bei den Verteidigungsausgaben sowie Investitionen in Forschung und Technik, dass die Europäer ihre Ausgaben untereinander nicht abstimmen und dementsprechend ineffizient verwenden.<sup>237</sup> Vor diesem Hintergrund teilten breite Kreise der sicherheitspolitischen Elite Polens die Ansicht, das Projekt ESVP schaffe nichts anderes als *„to sweeten the tea by stirring it up only (perhaps with more tea spoons) but without adding more sugar“*<sup>238</sup>. Durch die Fixierung auf die vorhandenen militärischen und finanziellen Defizite der EU-Staaten hat Warschau wichtige Aspekte übersehen, die mit dem Projekt ESVP verbunden sind.

Keine Beachtung hat in den polnischen Reaktionen auf die ESVP gefunden, dass die Realisierung des europäischen Planzieles die EU-Mitgliedstaaten zur Rationalisierung und Koordinierung ihrer Verteidigungsausgaben zwingen wird sowie zur arbeitsteiligen Spezialisierung ihrer Streitkräfte. Diese Implikationen liegen durchaus

---

<sup>235</sup> Zur Notwendigkeit des Wandels vom Sicherheitskonsumenten zum Sicherheitsproduzenten Kerry Longhurst (2002): *Od roli konsumenta do roli producenta. Polska a bezpieczeństwo euroatlantyckie w XXI wieku (Von der Konsumentenrolle zur Produzentenrolle. Polen und die euroatlantische Sicherheit im 21. Jahrhundert)*, in: Olaf Osica/ Marcin Zaborowski (Hrsg.): *Nowy członek „starego“ Sojuszu. Polska jako nowy aktor w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa (Neues Mitglied eines „alten“ Bündnisses. Polen als neuer Akteur in der euroatlantischen Sicherheitspolitik)*, S. 61-81.

<sup>236</sup> Krzysztof Wojna (1999): *Amerykany i Europejczycy (Amerikaner und Europäer)*, S. 34; Krystian Piątkowski (2002): *Przyszłość Obrony Europejskiej (Die Zukunft der europäischen Verteidigung)*. Nr. 42 der Reihe „Polska w Europie“. Fundacja „Polska w Europie“. Warschau unter <http://217.197.164.162/cgi-bin/pxx/sas.cgi?r=3&p=4ce8.1&f=DOC> [15.6.2003].

<sup>237</sup> Wiesław Stefaniak (2000): *Europa po francusku (Europa auf französisch)*, S. 33; *Wer hat in Europa das Sagen, Herr Kwaśniewski?*, in: *Der Tagesspiegel* vom 29. September 2002.

<sup>238</sup> Janusz Onyszkiewicz (2002): *The Polish View on the Common Security and Defense Policy*, S. 218.

im sicherheitspolitischen Interesse Polens, das angesichts der angeschlagenen Haushaltslage und des langsamen Wirtschaftswachstums erhebliche Schwierigkeiten hat, die geplante Streitkräftereform<sup>239</sup> durchzuführen und seinen Verpflichtungen gegenüber der Allianz im Zusammenhang mit der *Defence Capabilities Initiative* nachzukommen.<sup>240</sup> Mit dem Verweis auf die kostenintensive Anpassung der polnischen Streitkräfte an den NATO-Standard haben große Teile der sicherheitspolitischen Klasse Polens die Schwierigkeiten des Landes erklärt, einen adäquaten Beitrag zur ESVP leisten zu können, worunter sie einen *militärischen* verstanden haben.<sup>241</sup> Wie der ehemalige polnische Verteidigungsminister, Bronisław Komorowski, hervorgehoben hat, „*ist es unmöglich, gleichzeitig die Ausgaben für zwei Prozesse zu tragen [meine Übersetz.]*“<sup>242</sup>. Angesichts dessen bleibt die Frage erklärungsbedürftig, warum sich Warschau nicht um einen *nichtmilitärischen* Beitrag zur ESVP bemüht hat, der, wie auch die Entwicklung von Fähigkeiten für das zivile Krisenmanagement, weitaus kostengünstiger und dementsprechend leichter vereinbar mit den fiskalischen Engpässen Polens ist.

Indem sich Warschau nach dem EU-Gipfeltreffen in Feira, auf dem die beiden Konsultationsforen *EU plus 6* und *EU plus 15* sowie die gemeinsamen Arbeitsgruppen von EU und NATO ins Leben gerufen wurden, ausschließlich darauf konzentriert hat, unter Berufung auf seinen Status als NATO-Mitglied eine größtmögliche Partizipation Polens am Entwicklungsprozess der ESVP zu erwirken, haben die ebenfalls vorgenommenen Weichenstellungen für das nicht-militärische Krisenmanagement keine Beachtung gefunden.<sup>243</sup> Erklären lässt sich dieser Befund

---

<sup>239</sup> The Programme of Restructuring and Technical Modernisation of the Armed Forces of the Republik of Poland 2001-2006; zu den Umsetzungsproblemen Rafał Domisiezwicz (2002): *Modernisation of the Armed Forces in Polish Foreign Policy*, in: Polska Fundacja Spraw Międzynarodowych (Hrsg.): *Yearbook of Polish Foreign Policy 2002*. Warschau unter "<http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2002/domisiewicz.html>" [27.11.2002]; Jerzy Szmajdziński: *Dalsza transformacja sił zbrojnych jest niezbędna* (Die weitere Transformation der Streitkräfte ist unerlässlich), in: *Rzeczpospolita* vom 14. August 2002.

<sup>240</sup> Die NATO hat Polen wiederholt kritisiert, dass es infolge der langsamen Modernisierung seiner Streitkräfte die Zusagen, die es dem Bündnis 1999 gegeben hat, nur schleppend einlöst. Dazu Thomas Urban: *Polen will seine Armee NATO-tauglich machen*, in: *Die Süddeutsche Zeitung* vom 1. Februar 2001.

<sup>241</sup> Beata Górka-Winter/ Edyta Posel-Częścik (2001): *Wspólna Europejska Polityka Bezpieczeństwa i Obrony Unii Europejskiej* (Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU), S. 133; Fundacja "Polska w Europie" (Hrsg.) (2000): *Europejska Tożsamość Obronna* (Europäische Verteidigungsidentität). Nr. 32 der Reihe „Polska w Europie“. Warschau, S. 13.

<sup>242</sup> A.a.O.

<sup>243</sup> Osica (2001): *Common European Security and Defence Policy*, S. 33.

zum einen mit dem sicherheitspolitischen Leitsatz *Keine Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg*, der den im sicherheitspolitischen Habitus der polnischen Elite verinnerlichten historisch traumatischen Erfahrungen entspringt, dass internationale Vereinbarungen, wie der Hitler-Stalin Pakt oder die Beschlüsse von Teheran und Jalta, auf Kosten polnischer Interessen getroffen worden sind. Zum anderen verstärken die Fokussierung auf die geostrategische Lage des Landes und das Selbstverständnis als Frontstaat der NATO eine militärisch dominierte Sichtweise von Sicherheit. Damit geht eine Unterordnung „weicher“ Sicherheitsmaßnahmen einher, obgleich die politische, ökonomische und soziokulturelle Dimension von Sicherheit den Sicherheitsbedürfnissen von Polen als Transformationsland eher entspricht.<sup>244</sup>

Dadurch, dass große Teile der sicherheitspolitischen Elite Polens den nicht-militärischen Komponenten der ESVP keine oder nur wenig Aufmerksamkeit beigemessen haben, hat Warschau die Chance vertan, sich als künftiges, glaubwürdiges EU-Mitglied zu präsentieren. Während die überwältigende Mehrheit der sicherheitspolitischen Entscheidungsträger Polens aufgrund ihrer Zweifel an dem Handlungswillen und der Handlungsfähigkeit Europas als Sicherheitsproduzenten eine ablehnende Haltung gegenüber der ESVP bezogen haben, ist die eigene Glaubwürdigkeit nicht hinterfragt worden. Neben dem im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt bereits angesprochenen Selbstverständnis als Sicherheitskonsumenten lassen sich die unterschiedlichen Maßstäbe, mit denen breite Kreise der polnischen Klasse die eigene und die westeuropäische Sicherheitspolitik messen, auch auf den im sicherheitspolitischen Habitus verinnerlichten Belagerungszustand zurückführen, der als „*geistige Fesselung*“<sup>245</sup> selbstkritischen Überlegungen wenig Raum lässt. Weil Warschau in erster Linie darauf konditioniert ist, die zweifelsohne häufig vorhandene Handlungsschwäche der EU zu erkennen, fand in der polnischen Diskussion keine Beachtung, dass die EU-Mitgliedstaaten ihr jüngstes Projekt ESVP in einer für europäische Prozesse ungewöhnlich hohen Geschwindigkeit konkretisiert haben und dies zumindest ein Indiz für den dahinter stehenden politischen Willen ist.

---

<sup>244</sup> Hingewiesen auf einen analogen Widerspruch polnischer Sicherheitspolitik hat im Zusammenhang mit der angestrebten NATO-Mitgliedschaft Hans-Joachim Gießmann (1995): *Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa*. Baden-Baden, S. 280/81.

<sup>245</sup> Marek Prawda (1992): *Polnische Neurosen und die Deutschen*, S. 468.



Vielmehr hat sich Warschau auf die Forderung beschränkt, die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO rasch zu bestimmen, den sechs europäischen NATO-Staaten, die (noch) nicht Mitglied der EU sind, einen besonderen Status einzuräumen sowie dem Primat der NATO und der USA als Sicherheitsproduzenten Europas Rechnung zu tragen.

### **5.2.2 Primat der NATO und der USA**

Den zweiten zentralen Erklärungsfaktor für die skeptische Position, die große Teile der sicherheitspolitischen Elite Polens zur ESVP bezogen haben, bildet die Angst, dass die ESVP die NATO und die US-Präsenz in Europa schwächt. Um die in vielen westeuropäischen Staaten als „panisch“ empfundenen Reaktionen Warschaus auf das Projekt ESVP im Sinne Webers zu »verstehen«, müssen wir uns zwei Aspekte verdeutlichen: *Erstens* hat die NATO-Intervention im Kosovo-Konflikt in der polnischen Wahrnehmung und Bewertung nicht nur das Misstrauen gegenüber Westeuropa in Sicherheitsbelangen genährt, sondern die polnische Elite auch in ihrem sicherheitspolitischen Glaubenssatz *First-not to harm NATO* außerordentlich bestärkt. *Zweitens* hat Warschau bei dem Krisenmanagement der Allianz andere „Reize“ erkannt als seine westeuropäischen Verbündeten und dementsprechend andere Lehren gezogen.

#### **5.2.2.1 Polnische und westeuropäische Lehren aus dem Kosovo-Konflikt**

Für viele sicherheitspolitische Entscheidungsträger Westeuropas steht Kosovo in Anbetracht der amerikanischen Informationspolitik und Kriegsführung sowie der tiefen Gespaltenheit des US-Senates während des NATO-Einsatzes für eine doppelte Gefahr: Europa könnte von den USA dominiert oder alleingelassen werden. Während sich Warschau von einer potenziellen Verminderung des amerikanischen Engagements existenziell bedroht sieht, betrachtet es die Dominanz Washingtons mitnichten als Gefahr. Im Gegensatz zur Frustration, die in vielen westeuropäischen Staaten mit dem zuweilen unilateralen Vorgehen der USA verbunden ist, bewertet die überwältigende Mehrheit der sicherheitspolitischen Entscheidungsträger Polens die Entschlossenheit Washingtons, gegebenenfalls seine Interessen mit militärischen Mitteln unter Missachtung russischer Interessen und des Völkerrechts durchzusetzen,

positiv.<sup>246</sup> Aufgrund der zentralen Bedeutung, die Warschau der starken US-Präsenz in Europa beim Erhalt des europäischen Mächtegleichgewichts beimisst,

*„most Poles do not see any reason to test whether Europe can maintain internal balance without or with a diminished US presence. It would be, they believe, like destroying a wall in a house just to see whether it remains as stable as before. Consequently, the [...] [Poles] do not draw exactly the same conclusions from the lesson of the wars in former Yugoslavia”<sup>247</sup>.*

Für große Teile der sicherheitspolitischen Elite Polens hat die NATO-Intervention im Kosovo erneut unter Beweis gestellt, dass die starke Präsenz der USA in Europa ein polnisches Lebenselixier ist, da nur Washington willens und fähig ist, militärische Konflikte beizulegen.<sup>248</sup> Aus der seitens Warschaus und seiner westeuropäischen Verbündeten gleichermaßen perzipierten Handlungsschwäche Europas beim Einsatz der Allianz im Kosovo haben beide Seiten andere Schlussfolgerungen gezogen: *„What for our partners represents a starting point for greater independence is seen by us [the Poles] as a sign of ingratitude for the magnanimity of kindly Uncle Sam”<sup>249</sup>.* Entsprechend dem sicherheitspolitischen Glaubenssatz *First-not to harm NATO*, der durch die Zweifel an der Glaubwürdigkeit Europas als Sicherheitsproduzenten ebenso verstärkt wurde wie die atlantische Ausrichtung polnischer Sicherheitspolitik, ist Warschau ein vehementer Verfechter der atlantischen Variante der ESVP.

#### 5.2.2.2 Atlantische Variante der ESVP

Innerhalb des breiten euroatlantischen Spektrums an nationalen Vorstellungen über die ESVP stehen sich idealtypisch die atlantische und die gaullistische Option gegenüber. Als Prinzipien für die atlantische Variante der ESVP fungieren die von Madeleine Albright, ehemalige US-Außenministerin, postulieren berühmten „drei D’s“: Eine Loslösung europäischer Entscheidungen vom größeren NATO-Entschei-

---

<sup>246</sup> Osica (2003): Polska wobec operacji NATO poza obszarem traktatu waszyngtońskiego i polityki bezpieczeństwa i obronnej UE (Polen gegenüber NATO-Operationen außerhalb des Gebietes des Washingtoner Vertrages und gegenüber der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU).

<sup>247</sup> Janusz Reiter (2001): Poland, S. 43. Zur Verwurzelung des sicherheitspolitischen Denkens Warschaus im Mächtegleichgewicht des späten 19. und frühen 20. Jahrhundert Rafał Trzaskowski (2002): From candidate to member state: Poland and the future of the EU, S. 7.

<sup>248</sup> Krzysztof Wojna (1999): Amerykanie i Europejczycy (Amerikaner und Europäer), S. 33; Jan Nowak-Jeziorański (2000): Ameryka, Europa i Polska (Amerika, Europa und Polen), S. 8; Beata Górka-Winter/ Edyta Posel-Częścik, S. 133.

<sup>249</sup> Osica (2001): Poland between America and Europe: Distorted Perspectives.

dungsrahmen (*no decoupling*) ist gleichermaßen inakzeptabel wie eine Verdopplung von Streitkräfteplanung, Kommandostrukturen und Beschaffung (*no duplication*) oder eine unzureichende Beteiligung der sechs europäischen NATO-Staaten, die nicht der Union angehören, am Entscheidungs- und Implementierungsprozess der ESVP (*no discrimination*).<sup>250</sup> Darüber hinaus betonen Washington und Warschau gleichermaßen, dass sich die ESVP nicht mit der Schaffung neuer Gremien begnügen darf, sondern in erster Linie militärische Fähigkeiten entwickeln muss, um die NATO in ihren neuen Aufgaben im Bereich des Krisenmanagements zu unterstützen.<sup>251</sup> Gemäß dem polnischen Präsidenten, Aleksander Kwaśniewski, muss die ESVP „*create the partner of the Alliance by close cooperation with NATO and reinforcing its European pillar [eigene Hervorheb.]*“<sup>252</sup>. Damit konzentriert sich die polnische Variante der ESVP, wie auch die atlantische, als Reserveinstrument der NATO auf das untere Spektrum der Petersberg-Aufgaben und ist weitestgehend deckungsgleich mit der *innerhalb* der Allianz entwickelten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI).<sup>253</sup> Der atlantischen Variante, die der polnischen Sicherheitskonzeption aufgrund des Primates der NATO und der USA entspricht, steht die zumindest auf rhetorischer Ebene bestehende gaullistische Option entgegen.

### 5.2.2.3 Gaullistische Variante der ESVP

Nach der gaullistischen Variante französischer Diktion zielt die ESVP darauf, die „*puissance Europe*“ als eigenständig globale Macht zu entwickeln und damit eine gleichberechtigte transatlantische Beziehung zu schaffen. Die gaullistische Variante

---

<sup>250</sup> Madeleine Albright: The right balance will secure NATO's future, in: Financial Times vom 7. Dezember 1998.

<sup>251</sup> Exemplarisch William Cohen: Europa muss handeln, nicht reden, in: Süddeutsche Zeitung vom 5./6. Februar 2000; Bronisław Geremek: On European Security and Defence Identity (EDSI). Nordatlantischer Rat in Brüssel am 15. Dezember 1999; Aleksander Kwaśniewski: The impact of NATO membership on the Polish foreign policy. George Marshall Center in Garmisch Partenkirchen am 23. Februar 2001.

<sup>252</sup> Rede des Präsidenten Aleksander Kwaśniewski beim 19. Internationalen NATO-Workshop am 4. Mai 2002 in Berlin. In die gleiche Stoßrichtung zielte das Bekenntnis des polnischen Verteidigungsministers, Jerzy Szmajdzinski: „Wir sind gegen eine Verwässerung der Nato. Der europäische Pfeiler in der Nato muss gestärkt werden, damit das Bündnis zwischen Europäern und Amerika nicht zerbricht“, zit. nach Michael Ludwig (2003): Brückenbauer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.5.2003.

<sup>253</sup> Entsprechend dem Primat der USA in der polnischen Sicherheitskonzeption betonte Warschau schon bei der ESVI, dass diese nur in Übereinstimmung mit Washington entwickelt werden sollte. Dazu Stanisław Parzymies (1999): The European Security and Defence Identity: Myth or Reality?, in: The Polish Quarterly of International Affairs, Nr. 2, S. 11-42, S. 42.

knüpft an alte, französische Ambitionen an, die den amerikanischen Einfluss in Europa begrenzen und auf Sicherheitsgarantien gegenüber einer Bedrohung größeren Ausmaßes beschränkt wissen wollen.<sup>254</sup> In Abgrenzung zur amerikanischen Position lehnt Frankreich die mit der politischen Hierarchisierung verbundene Degradierung der EU zum Subunternehmer der NATO kategorisch ab.<sup>255</sup> Abgesehen von Prestigegründen ist dies vor allem auf die Befürchtung zurückzuführen, die USA könnten sich im Zuge des zunehmenden Einflusses isolationistischer oder unilateralistischer Kräfte aus Europa zurückziehen.<sup>256</sup> Infolge des wachsenden Zweifels an der amerikanischen Verlässlichkeit strebt die gaullistische Variante an, die Voraussetzungen für ein politisches und militärisches autonomes Handeln der Europäer zu schaffen.<sup>257</sup> Im Gegensatz zur atlantischen Option, gemäß derer die sechs europäischen NATO-Staaten wie Polen, die nicht in der Union sind, den EU-Staaten gleichgestellt sind, sieht die gaullistische Variante allenfalls Konsultationen vor, um die Einflussnahme Amerikas durch die „trojanischen Pferde“ zu verhindern. Die französische Kardinalforderung, die Autonomie der EU gegenüber der NATO durch die Schaffung geeigneter Beschlussfassungsgremien und militärischer Fähigkeiten zu stärken, läuft letztlich darauf hinaus, das Primat der NATO und damit den Führungsanspruch der USA in Fragen europäischer und damit polnischer Sicherheit zu relativieren.<sup>258</sup>

Da Warschau das Primat der NATO und die amerikanische Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent als unabdingbare Voraussetzung für die Sicherheit des Landes betrachtet, steht die auf rhetorischer Ebene bestehende gaullistische Variante der ESVP in diametralem Gegensatz zur polnischen Sicherheitskonzeption. Dass die hier idealtypisch zugespitzte gaullistische Variante der ESVP in Anbetracht der realpolitischen Gegebenheiten wie der Beschlüsse des Europäischen Rates von Köln,

---

<sup>254</sup> Gunther Hellmann/ Wolfgang Wagner: Getrennt marschieren oder zusammen? Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Nato, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Juni 2000.

<sup>255</sup> Gilles Adréani (2000): Why Institutions Matter, in: Survival, Nr. 2, S. 81-95, S. 93.

<sup>256</sup> Die Forderung, amerikanische Kontingente an den Truppen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo zurückzuziehen oder zumindest stark zu reduzieren und die militärischen Sicherungsaufgaben vor allem den Europäern zu überlassen, wurde insbesondere im Wahlkampf um die US-Präsidentschaft 2000 und auch danach immer wieder erhoben.

<sup>257</sup> Patrice de Beer: Europe: la nouvelle doctrine Bush, in: Le Monde vom 25. Oktober 2000.

<sup>258</sup> Franz-Josef Meiers (2000): Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)? Discussion Paper. Zentrum für Europäische Integrationsforschung. Bonn, S. 28.

Helsinki, Feira und Nizza sowie der militärischen und budgetären Problematik (vorerst) reine Fiktion bleibt, ist keinesfalls irrelevant für die Analyse der Position Warschaus zur ESVP, jedoch zweitrangig. Denn handlungskonstitutiv ist, „[...] *how the policy-maker imagines the milieu to be, not how it actually is* [...]“<sup>259</sup>. Wenn potenzielle Konsequenzen eines Konzeptes wie die gaullistische Option, französische Äußerungen über das europäische Vorhaben oder die Haltung Frankreichs gegenüber Implementierungsfragen das Bedrohungspotential der ESVP in der polnischen Wahrnehmung verstärkt haben und die sicherheitspolitische Elite Polens von dieser Situationsauffassung ausgehend handelt hat, dann sind die Folgen des Handelns, wie die skeptische Position Warschaus zur ESVP, real, wie unreal auch immer die Situationsdefinition wahr.

An dieser Stelle wird abermals deutlich, warum zwischen dem Beobachterstatus als Wissenschaftler und der Situationsdefinition des Akteurs unterschieden werden muss. Während der Beobachter dazu neigt, Schlüsse aus der Disposition des Akteurs zu ziehen, beurteilen Akteure ihr Verhalten tendenziell hinsichtlich situativer Faktoren.<sup>260</sup> Indem die Sinnwelt der sicherheitspolitischen Klasse Polens als Ausgangspunkt gewählt wird, d.h. der Akteur-in-der-Situation gesehen wird, lassen sich situative und dispositionale Erklärungen für sicherheitspolitisches Verhalten integrieren. Auf diese Weise können nicht nur „*Hypothesen der Zurechnung*“<sup>261</sup> von Sinnbezügen mit Hypothesen über kausale Adäquanzen verbunden werden, es lassen sich auch divergierende Situationsauffassungen unterschiedlicher Akteure analysieren. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche der französischen Äußerungen und beobachtbaren Praktiken der unter den sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern Polens vorherrschenden Angst, die ESVP schwäche die NATO und die starke US-Präsenz in Europa, Auftrieb gegeben haben.

#### 5.2.2.4 *ESVP als Bedrohung der polnischen Sicherheitskonzeption*

Die innerhalb der sicherheitspolitischen Elite Polens vorherrschende Wahrnehmung und Bewertung der ESVP als Bedrohung der polnischen Sicherheitskonzeption ist in erster Linie auf vier Faktoren zurückzuführen, von denen die Gleichsetzung der gaul-

---

<sup>259</sup> Harold and Margaret Sprout (1957): *Environmental factors in the study of international politics*, S. 328.

<sup>260</sup> Daase (1993), S. 43.

<sup>261</sup> Max Weber (1968): *Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie*, S. 437.

listischen Variante mit der ESVP als solcher *einen* bildet. Die Befürchtung Warschaws, dass „*too optimistic declarations about the European, separated from NATO, forthcoming defence and military capabilities could weaken the US resolve to engage in European defence and security and create a mechanism of self-fulfilling prophecy*“<sup>262</sup> liegt vorwiegend in den französischen Stellungnahmen zur ESVP begründet.<sup>263</sup> Wenngleich die französischen Äußerungen keineswegs deckungsgleich mit den Beschlüssen des Europäischen Rates sind, die der ESVP eine komplementäre Rolle zur NATO zuschreiben und die zentrale Bedeutung der Allianz im Bereich der kollektiven Verteidigung und der Krisenbewältigung bestätigen, haben sie erheblich zur polnischen Verunsicherung hinsichtlich der „wahren“ Stoßrichtung des europäischen Vorhabens beigetragen.<sup>264</sup> Indem Warschau die gaullistische Variante mit der ESVP als solcher gleichsetzte, übertrug sich die Ablehnung der französischen Vorstellungen in eine skeptische Haltung gegenüber dem ganzen Projekt. Die argwöhnische Haltung, die breite Kreise der sicherheitspolitischen Klasse Polens zumindest anfangs gegenüber der ESVP eingenommen haben, lässt sich an der Frage festmachen, ob es hinter den offiziellen Erklärungen der EU, die ESVP solle die NATO stärken, versteckte Motive gibt:

*„Isn't the ESDP a tool to weaken the US role in Europe or a replacement in case the US would decide to pull out, or is ESDP an instrument to fulfil the ambitions of one or more European powers which feel to much dominated by the USA. In other words, is the ESDP, among other things 'to keep Americans out'?“<sup>265</sup>*

»Verstehen« lässt sich der polnische Argwohn im Sinne Webers durch die Kenntnis des im sicherheitspolitischen Habitus verinnerlichten Verschwörungskomplexes, der die Quelle des Misstrauens gegenüber Westeuropa in Fragen europäischer und damit

---

<sup>262</sup> Onyszkiewicz, S. 218.

<sup>263</sup> L'Europe-puissance, in: Le Monde vom 12./13. Dezember 1999; Hubert Védrine (1999): Le monde au tournant du siècle, in: Politique Étrangère, Nr. 4, S. 813-820, S. 820; Jacques Chirac (1999): La France dans un monde multipolaire, in: Politique Étrangère, Nr. 4, S. 803-812, S. 804/05; O.A.: Die Unabhängigkeit sichern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Oktober 1999.

<sup>264</sup> Osica (2001): Common European Security and Defence Policy, S. 16.

<sup>265</sup> Onyszkiewicz, S. 219. Zum Misstrauen Warschaws gegenüber der offiziellen Version auch Grzegorz Gromadzki/ Olaf Osica (2001): Proeuropejscy atlantyści: Polska i inne kraje Europy Środkowo-Wschodniej po wejściu do Unii Europejskiej (Proeuropäische Atlantiker: Polen und andere südosteuropäische Länder nach dem Beitritt zur Europäischen Union). Raporty „O Przyszłości Europy“ Nr. 3. Fundacja Batorego/ Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warschau, S. 8.

polnischer Sicherheit bildet. Genährt wurde dieses Misstrauen durch die französische Haltung gegenüber den für Warschau wichtigsten Fragen, wie sich die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO gestaltet und welche Behandlung den sechs europäischen NATO-Staaten zuteil wird, die nicht der Union angehören.<sup>266</sup> Der Widerstand Frankreichs, die Arbeitsgruppen von EU und NATO, die mit den Problemen der Zusammenarbeit beider Organisationen betraut sind, rasch einzusetzen, sowie die französische Weigerung, den besagten Sechs einen besonderen Status einzuräumen, haben der polnischen Debatte über die „wahre“ Stoßrichtung der ESVP Auftrieb gegeben. In diesem Zusammenhang fühlte sich die sicherheitspolitische Elite Polens abermals in ihrer atlantischen Ausrichtung bestätigt, weil Washington unter Verweis auf die militärische Abhängigkeit der EU von der NATO eine privilegierte Behandlung der besagten Sechs forderte und damit den polnischen Interessen Rechnung trug.<sup>267</sup> Die von vielen sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern Polens geteilte Sorge, dass die ESVP unter französischer Direktion als Instrument fungiert, um den amerikanischen Einfluss in Europa auszubalancieren, wurde durch die Etablierung des Konsultationsforums *EU plus 6* kaum gemildert:

*“If the principles of non-competition and cooperation with NATO are to be treated seriously, the NATO countries that are not EU members should be engaged to a greater extent in developing the European Security and Defense Policy. Poland would like to establish regular contacts with the European Union to deal with the ESDP”<sup>268</sup>.*

Dass neben dem Konsultationsforum *EU plus 6* nach wie vor ein getrenntes Forum für den „inneren Kreis“ der ESVP-Staaten besteht und die Treffen seltener stattfinden als jene zwischen der EU und Russland, läuft dem sicherheitspolitischen Leitsatz *Keine Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg* zuwider.<sup>269</sup> Im Gegensatz zur EU

---

<sup>266</sup> Zu den zentralen Fragen aus polnischer Sicht Henryk Szlaifer (2000): *Kształtowanie Europejskiej Polityki Bezpieczeństwa i Obrony: Polska Perspektywa* (Die Gestaltung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Die polnische Perspektive), S. 34.

<sup>267</sup> Dahingegen betonte Paris die Tagesarbeit der ESVP, bei der die Herausarbeitung gemeinsamer Positionen deutlich mehr ins Gewicht fiel. Dementsprechend müsse die EU erst die ESVP entwickeln, bevor sie mit der NATO verhandeln könne. Dazu Gilles Andréani (2000): *Why Institutions Matter*, S. 91-93.

<sup>268</sup> Aleksander Kwaśniewski: *The impact of NATO membership on the Polish foreign policy*. George Marshall Center in Garmisch Partenkirchen am 23. Februar 2001.

<sup>269</sup> In diesem Zusammenhang ist das auf dem deutsch-französisch-polnischen Gipfel am 10. Mai 2003 unterbreitete Angebot an Polen, sich in die deutsch-französischen Überlegungen über die Zukunft wichtiger europäischer Politiken einzubringen, aus polnischer Sicht wohl das wichtigste Signal von Breslau. Dazu Kai-Olaf Lang (2003): *Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks* im

hat die NATO in den Augen vieler sicherheitspolitischer Entscheidungsträger Polens das Land schon vor seinem Beitritt ins Bündnis als gleichberechtigten Partner behandelt, was in Warschau den Eindruck erweckt hat, „*that [the] Polish voice is not only noticed, but seriously taken into consideration*“<sup>270</sup>. Neben den polnischen Lehren aus dem Kosovo-Konflikt bildet die Öffnungspolitik der NATO ein weiteres Beispiel dafür, wie „Reize“ wirken, wenn sie auf Handelnde treffen, die darauf konditioniert sind, sie zu erkennen bzw. in Habitus-konformer Weise umzuinterpretieren.

Ein *zweiter* zentraler Erklärungsfaktor für die Wahrnehmung und Bewertung der ESVP als Bedrohung der polnischen Sicherheitskonzeption ist, dass die überwältigende Mehrheit der sicherheitspolitischen Elite Polens die ESVP als ein mit der NATO konkurrierendes Projekt betrachtet hat. Nach polnischer Situationsauffassung hat sich Warschau bei dem Projekt ESVP, wengleich nicht geostrategisch, „dazwischen“ befunden, weil es gleichzeitig seiner Rolle als amerikanischer Verbündeter und jener des EU-Beitrittskandidaten gerecht werden musste:

*„On the one hand, we were the object of pressure exerted by Washington, which wanted us to opt for a critique of the ideas which were appearing in certain West European capitals, predominantly in Paris. On the other hand, West European states began embarking upon attempts at winning over Poland, and noticing our reserve, even before we had voiced our views, they began describing us as a sui generis Trojan horse of the United States in the new, emergent Europe. This was an extremely inconvenient situation for us”*<sup>271</sup>.

Die Gleichsetzung Polens mit einem trojanischen Pferd der USA in Europa hat nach polnischer Einschätzung zu einem Ausschluss des Landes vom Entwicklungsprozess

---

Zeichen atlantischer Differenzen und europäischer Zerrissenheit. SWP-Aktuell Nr. 19. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin. Der positiven Botschaft von Breslau stehen allerdings die polnischen Befürchtungen eines Kreises der „insider“ versus „outsider“ entgegen, die durch den kurz zuvor abgehaltenen Vierergipfel von Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien erneut Auftrieb erhalten haben. Zu dieser Initiative Peter Schmidt (2003): ESVP und Allianz nach dem Vierergipfel. SWP-Aktuell Nr. 20. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin.

<sup>270</sup> Onyszkiewicz, S. 218; in eine ähnliche Stoßrichtung zielt Janusz Reiter, ehemaliger Botschafter, mit seiner Aussage: „Amerika gibt den Polen etwas, was unsere europäischen Partner uns manchmal verweigern: Respekt, das Gefühl, ernst genommen zu werden“, zit. nach Dieter Buchholtz (2003): Das Morgen denken, in: Y.-Magazin der Bundeswehr, August-Ausgabe, S. 20-22, S. 22.

<sup>271</sup> J.M. Nowak, damaliger sicherheitspolitischer Direktor des polnischen Außenministeriums, zit. nach Roman Kuźniar (2001): Security Policy in the Polish Foreign Policy, S. 88. Zur Situiertheit „dazwischen“ auch Ryszard Zięba (2002): Poland and the ESDP, S. 107.



der ESVP geführt.<sup>272</sup> Nach polnischer Situationsauffassung haben die EU-Staaten nicht verstanden, dass

*„the primary concern of Poland [...] is to be advocate of her own security interests and that she believes that guarantees of these are to be found first and foremost in a North Atlantic Alliance with a strong and credible European pillar of which she wants to be an integral part”*<sup>273</sup>.

Eng verbunden mit der Forderung Warschaus, die ESVP müsse zu einer Stärkung der NATO beitragen, ist die Sorge um den Stellenwert der kollektiven Verteidigung innerhalb der Allianz. Die innerhalb der sicherheitspolitischen Klasse Polens ohnehin schon bestehende Befürchtung, dass die herkömmliche Kernfunktion der kollektiven Verteidigung infolge des erweiterten Aufgabenspektrums der NATO im Bereich des Krisenmanagements beeinträchtigt wird, wurde durch das europäische Vorhaben verstärkt. Entsprechend dem sicherheitspolitischen Glaubenssatz *First-not to harm NATO* äußerte der ehemalige Verteidigungsminister, Bronisław Komorowski, die Befürchtung, dass die EU beim Rückgriff auf NATO-Inventar die ohnehin schon knappen Ressourcen der Allianz aufbrauchen, sich außerhalb der NATO entwickeln und diese schwächen wird.<sup>274</sup>

Neben der Sorge um die materielle Schwächung des Bündnisses und der Befürchtung, dass den amerikanischen Interessen bei EU-geführten Operationen zu wenig Beachtung zuteil wird und Russland im Zuge dessen seinen Einfluss auf die Gestaltung der europäischen Sicherheit ausweitet<sup>275</sup>, zeigt sich die Betrachtung der ESVP als einem mit der NATO konkurrierendem Projekt auch im Rüstungssektor. Einerseits ist Warschau an einer integrierten europäischen Rüstungsindustrie interessiert, da ein immenser Bedarf an Investitionen und gravierende Probleme bei der Umstrukturierung im Rüstungssektor bestehen. Andererseits soll die Integration im europäischen Rüstungssektor, die durch die Verwirklichung des europäischen Planzieles zumindest mittelfristig beschleunigt wird, nicht zu Lasten der transatlantischen Solidarität in der NATO gehen. Angesichts des transatlantischen Zankapfels „auto-

---

<sup>272</sup> Stanisław Parzymies (2001): European Orientation in Polish Security Policy, S. 317/318.

<sup>273</sup> Stanisław Parzymies (2001): European Orientation in Polish Security Policy, S. 318.

<sup>274</sup> Zit. nach Joshua Muravchik/ Lawrence F. Kaplan: Oziebienie w Trójkacie (Abgekühlte Dreiecksbeziehung), in: Gazeta Wyborcza vom 27. April 2000; Dazu auch Jan Nowak-Jeziorański: Czy NATO jest zagrożone? (Ist die NATO gefährdet?).

<sup>275</sup> Osica (2001): Common European Security and Defence Policy, S. 33; Peter van Ham (2000): Europe's New Defense Ambitions, S. 22/23.

nome Beschaffung“ befürchtet Warschau, in die amerikanisch-europäischen Rivalitäten im Bereich der Rüstungsproduktion und –beschaffung hineingezogen zu werden.<sup>276</sup> Ein aktuelles Beispiel liefert das Beschaffungsvorhaben von Kampfflugzeugen, bei dem Warschau durch die Ablehnung der europäischen Angebote, entweder das britisch-schwedische Kampfflugzeug Gripen oder die französische Mirage zu erwerben, von französischer Seite Kritik auf sich gezogen hat: Die Entscheidung für die amerikanische F-16-Falcon sei von politischem Kalkül gewesen.<sup>277</sup> Wenngleich sich eine politische Motivation für die Kaufentscheidung schwerlich nachweisen lässt, und diese offiziell mit dem Verweis auf technische und ökonomische Parameter begründet wurde<sup>278</sup>, folgte Warschau auch bei dieser sicherheitspolitischen Entscheidung seiner atlantischen Ausrichtung.

*Drittens* ist die innerhalb der sicherheitspolitischen Elite Polens dominierende Wahrnehmung und Bewertung der ESVP als Bedrohung der polnischen Sicherheitskonzeption darauf zurückzuführen, dass sich das europäische Vorhaben nicht mit der polnischen Sicherheitskonzeption deckt, die eine klare Aufgabenverteilung zwischen NATO und EU vorsieht: „*Unseren wirtschaftlichen Interessen entspricht die Union besser, aber den politischen und militärischen das Bündnis mit den USA [meine Übersetz.]*“<sup>279</sup>. Dass die Mehrheit der sicherheitspolitischen Klasse Polens unter Sicherheit in erster Linie die militärische Dimension versteht, zeigt beispielhaft die Äußerung des polnischen Außenministers, Włodzimierz Cimoszewicz. Ihm zufolge ist Europa in ökonomischer Hinsicht wichtiger für Polen, „*aber die USA im Bereich der Sicherheit [eigene Hervorheb.] [meine Übersetz.]*“<sup>280</sup>. Das Primat der NATO und der USA in Fragen polnischer Sicherheit erklärte der ehemalige polnische Verteidigungsminister, Janusz Onyszkiewicz:

---

<sup>276</sup> Zięba (2002), S. 108.

<sup>277</sup> Polen kauft amerikanische Kampfflugzeuge, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Dezember 2002; Thomas Urban: Polen gibt US-Jägern den Vorzug, in: Süddeutsche Zeitung vom 28./29. Dezember 2002.

<sup>278</sup> Kai-Olaf Lang (2003): Amerikas bester Freund? Polens atlantizistisch-europäischer Kurs, S. 2.

<sup>279</sup> Zbigniew Lewicki: Miejsce Polski w nowej Europie (Der Platz Polens im neuen Europa), in: Rzeczpospolita vom 24. Juli 2002. Zur sicherheitsinstitutionellen Rollenzuschreibung Peter van Ham (2000): Europe's New Defense Ambitions, S. 26. Zu den Interessen und Erwartungen der polnischen Elite an EU und NATO Hildegard Bedarff/ Bernd Schürmann (1998): NATO und EU aus der Perspektive Ostmitteleuropas, S. 19-39 und S. 45-63.

<sup>280</sup> Beitrag von Cimoszewicz wenige Monate vor seiner Amtsübernahme auf der Konferenz „Polska między Europą a Stanami Zjednoczonymi“ (Polen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten) am 17. Mai 2001 in Warschau unter <http://www.batory.org.pl/ftp/program/forum/pmeausa.pdf> [4.12.2002].

*„Once the USA get involved, the critical mass is achieved. No European country is capable of producing a comparable effect. All this causes that not Europe but NATO with the USA is an organisation that is reasonably efficient and that can rapidly and effectively enough respond to the challenges of the 21<sup>th</sup> century“<sup>281</sup>.*

Ein vierter zentraler Erklärungsfaktor für die Wahrnehmung und Bewertung der ESVP als Bedrohung der polnischen Sicherheitskonzeption ist, dass unter den sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern Polens anfangs große Verunsicherung bezüglich der Intentionen und Implikationen des europäischen Vorhabens herrschte: *„Poland’s worry was to what extent the new structures and mechanism adversely affect NATO, and if so, will they be able to compensate the deficiencies“<sup>282</sup>.*

Durch die Verbindung der letzten beiden Zitate wird deutlich, warum die überwältigende Mehrheit der sicherheitspolitischen Elite Polens die ESVP als Bedrohung der polnischen Sicherheitskonzeption wahrgenommen und bewertet hat, wenngleich sie gleichzeitig nicht an deren Verwirklichung geglaubt hat. Aufgrund ihrer Zweifel an der Glaubwürdigkeit Europas als Sicherheitsproduzenten haben große Teile der sicherheitspolitischen Klasse Polens das Projekt ESVP als *„pipe dream“<sup>283</sup>* betrachtet. Gleichzeitig haben sie befürchtet, dass durch die westeuropäischen, insbesondere französischen, Äußerungen der *„grandiose ambitions“<sup>284</sup>* die innere Kohäsion der NATO bedroht wird und damit die polnische Sicherheitskonzeption. Entsprechend dem sicherheitspolitischen Glaubenssatz *First-not to harm NATO* entspricht nur eine atlantische Variante der ESVP den polnischen Sicherheitsinteressen.

#### 5.2.2.5 *Sicherheitspolitischer Glaubenssatz „First-not to harm NATO“*

Indem große Teile der sicherheitspolitischen Elite entsprechend dem sicherheitspolitischen Glaubenssatz *First-not to harm NATO* sich nahezu ausschließlich darauf konzentriert haben, inwiefern die ESVP die innere Kohäsion und die Effektivität der NATO schwächt, haben sie wichtige Aspekte der ESVP übersehen, die teilweise mit Chancen für die polnische Sicherheitspolitik verbunden sind. Neben den bereits angesprochenen Aspekten, wie etwa der Möglichkeit, sich durch eine Spezialisierung auf die nichtmilitärischen, kostengünstigeren Komponenten der ESVP als sicher-

---

<sup>281</sup> Zit. nach Osica (2001): *Common European Security and Defence Policy*, S. 29.

<sup>282</sup> Onyszkiewicz, S. 217.

<sup>283</sup> Osica (2001): *Poland between America and Europe: Distorted Perspectives*.

<sup>284</sup> A.a.O.

heitspolitisch glaubwürdiges, künftiges EU-Mitglied zu präsentieren, sind insbesondere zwei zentrale Punkte zu nennen: *Erstens* hat die überwältigende Mehrheit der sicherheitspolitischen Klasse Polens der politischen Dimension der ESVP kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Dadurch, dass die überwältigende Mehrheit der sicherheitspolitischen Klasse Polens den „Reiz“ der politischen Dimension der ESVP nicht erkannt bzw. in habituskonformer Weise verarbeitet hat, hat sie potenziell positive Implikationen für die polnische Ostpolitik und die angestrebte Rolle Polens als „Brücke der EU zum Osten“ übersehen.<sup>285</sup>

»Verstehen« lässt sich dieser Befund im Sinne Webers u.a. durch die Kenntnis der polnischen Sicherheitskonzeption, gemäß derer die Funktion der EU im Stabilitätsexport besteht, d.h. Europa zu stabilisieren und Beitrittskandidaten aufzunehmen, und nicht darin, sich in eine politische Macht zu verwandeln.<sup>286</sup> Allerdings ist es genau die mit der ESVP verbundene politische Integration, die dem übergeordneten Ziel polnischer Politik, die Ordnung von Jalta zu überwinden, eigentlich dienlich sein müsste. *Sozialwissenschaftlich* interessant ist hierbei, dass die Frage, wie „weit“ und wie „tief“ die von Warschau und den EU-Staaten gleichermaßen angestrebte Überwindung der Jalta-Ordnung gehen soll, auf beiden Seiten unterschiedlich beantwortet wird. Während nach westeuropäischer Vorstellung<sup>287</sup> Erweiterung untrennbar mit Integration verbunden ist, besteht das „Politische“ der EU in den Augen vieler sicherheitspolitischer Entscheidungsträger Polens in erster Linie in der Ausdehnung. Diese Sichtweise spiegelt wider, wie stark Warschau seine sicherheitspolitischen Interessen durch das geographische Prisma perzipiert. Einen zweiten Erklärungsfak-

---

<sup>285</sup> Einzuschränken ist diese Einschätzung insofern, als innerhalb der polnischen Diskussion in zunehmendem Maße eine Auseinandersetzung mit den Wechselwirkungen zwischen polnischer Ostpolitik und der „östlichen Dimension“ der EU zu beobachten ist, seitdem der EU-Beitritt des Landes in greifbarer Nähe liegt. Zu den Chancen für Polen Aleksander Smolar (2002): Poland's Eastern Policy and Membership in the European Union, in: Paweł Kowal (Hrsg.): The EU's "Eastern Dimension" – An Opportunity for or *Idée Fixe* of Poland's Policy? Warschau, S. 10-14.

<sup>286</sup> Rafał Trzaskowski (2002): Poland, S. 24; Horst Bacia: Kein Trojanisches Pferd. Doch Polen ist an noch mehr Erweiterung Europas statt an Vertiefung interessiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. März 2003. Zur Funktion der EU aus polnischer Sicht auch Osica (2001): Common European Security and Defence Policy, S. 24-29.

<sup>287</sup> Freilich gibt es streng genommen nicht *die* „westeuropäische“ Position zum Spannungsverhältnis von Integration und Erweiterung. Indes ist die Verwendung des Begriffs hier gerechtfertigt, weil die im westeuropäischen Vergleich zögerlichen Integrationisten im Vergleich zu Warschau beherzte Integrationisten sind. Zu polnischen parteipolitischen Vorstellungen über die Zukunft der EU exemplarisch Center for International Relations (Hrsg.) (2002): The Future of Europe in the Opinion of Polish Politicians. Reports & Analyses Nr. 1. Center for International Relations. Warschau.

tor für die nicht erkannten bzw. in habituskonformer Weise verarbeiteten politischen Aspekte der ESVP ist, dass „*Polish officials in both the MOD [Ministry of Defence] and MFA [Ministry of Foreign Affairs] still feel quite detached from active EU policy-making, [whereas] NATO membership has already produce certain important 'socialisation' effects*“<sup>288</sup>. Als dritter Erklärungsfaktor für die nicht erkannten “Reize” ist der im sicherheitspolitischen Habitus der polnischen Elite verinnerlichte Verschwörungskomplex anzuführen:

*„an implicit belief that somebody will again dupe us [the Poles] or that we will find ourselves a casualty of other nations' policy feeds into a general scepticism about moves toward political integration of the continent that go beyond the common market (we say 'EU' but think 'EEC'), [and] attachment to the US military presence in Europe”*<sup>289</sup>.

Entsprechend dem sicherheitspolitischen Leitsatz *Keine Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg*, der bei Fragen staatlicher Souveränität um so mehr gilt, sind große Teile der sicherheitspolitischen Elite Polens gegenüber der politischen Integration Europas sehr skeptisch eingestellt und favorisieren die herkömmliche Rollenverteilung zwischen NATO und EU. Indem die überwältigende Mehrheit der sicherheitspolitischen Klasse Polens an dieser Sicherheitskonzeption festhält, übersieht sie einen *zweiten* zentralen Aspekt, der eng mit der ESVP verbunden ist: Die bislang bestehende euroatlantische Aufgabenverteilung, die auf einem starken Engagement der USA für die Sicherheit Europas und damit Polens basiert, ist genau jene Verantwortung, derer sich Washington zumindest teilweise entledigen will. Deutlich wird dies nicht nur daran, dass sich die weltpolitischen Prioritäten der USA in Richtung des Nahen und Mittleren Ostens sowie Ostasiens verlagert haben, sondern auch an der Übernahme der bislang allianzgeführten Mission zur Unterstützung des Friedensprozesses in Mazedonien durch die EU im April diesen Jahres.

---

<sup>288</sup> Trzaskowski (2002): Poland, S. 20. Zur Wirkung von Sicherheitsinstitutionen auf das sicherheitspolitische Verhalten ihrer Mitgliedstaaten Helga Haftendorn (1997): Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen. Eine Einführung, in: Helga Haftendorn/ Otto Keck (Hrsg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen. Baden-Baden, S. 11-34; Celeste A. Wallander/ Robert O. Keohane (1998): Risk, Threat, and Security Institutions, in: Helga Haftendorn/ Celeste A. Wallander / Robert O. Keohan (Hrsg.): Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space. Oxford, S. 21-47.

<sup>289</sup> Osica (2002): „The Past as an Excuse:“ The Role of History in Polish Security Policy.

### 5.3 Zusammenfassung

Seit knapp drei Jahren bemühen sich die staatlichen Repräsentanten Polens ihre anfangs äußerst ablehnende Haltung gegenüber der ESVP und die dadurch verstärkte Fremdwahrnehmung als trojanisches Pferd der USA in Europa zu korrigieren. Zurückführen lässt sich die Modifizierung der offiziellen polnischen Position zur ESVP darauf, dass einige für Warschau zentrale Fragen, wie die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO oder die Behandlung der besagten Sechs geklärt worden sind. Inwieweit auch die Überlegung, sich als konstruktives, künftiges EU-Mitglied präsentieren zu wollen, zu einer gemäßigeren Haltung der polnischen Regierung gegenüber der ESVP geführt haben mag, ist schwerlich nachzuweisen. Gleichwohl die staatlichen Repräsentanten Polens wiederholt ihre Unterstützung der ESVP erklärt haben, äußern sie ihre Akzeptanz des europäischen Vorhabens nie, ohne zugleich das Primat der NATO und der transatlantischen Bindung hervorzuheben. Nach wie vor ist die Frage, inwiefern die ESVP die NATO und die transatlantische Bindung schwächt, zentrales Thema der sicherheitspolitischen Diskussion Polens.

Jenseits offizieller Stellungnahmen ist die Position großer Teile der sicherheitspolitischen Elite Polens zur ESVP noch immer recht skeptisch, wenn auch nicht mehr so „panisch“ (in der Terminologie des „ausländischen Beobachters“). Auffallend ist, dass der polnische Diskurs über die ESVP überwiegend in den Kategorien „entweder, oder“ geführt worden ist, d.h. unter den sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern Polens die Sichtweise dominiert hat, wonach die ESVP ein mit der NATO konkurrierendes Projekt ist und damit eine Bedrohung der polnischen Sicherheitskonzeption. Entsprechend dem sicherheitspolitischen Glaubenssatz *First-not to harm NATO* und der starken atlantischen Ausrichtung polnischer Sicherheitspolitik ist der Schulterschluss Warschaus mit Washington neben den Zweifeln an der Glaubwürdigkeit Europas als Sicherheitsproduzenten ein weiteres Merkmal der polnischen Reaktionen auf die ESVP gewesen. Abzuwarten bleibt, inwieweit Warschau seinem deklarierten Kurs eines konsequenten Euro-Atlantizismus künftig in der sicherheitspolitischen Praxis besser zu folgen vermag.

## 6 Resümee

Halten wir uns die erste eingangs gestellte Frage vor Augen, wie sich die historischen Erfahrungen vormaliger polnischer Generationen in sicherheitspolitische Perzeptionen, Entscheidungen und Handlungen gegenwärtiger Akteure umsetzen. Nach dem an der Schnittstelle von Individuum und Gesellschaft angesiedelten Konzept des sozialen Habitus bleiben historische Erfahrungen vormaliger Generationen keine äußerlichen Phänomene, sondern werden durch die Internalisierung gesellschaftlich vermittelter Bedeutungen zu einer Struktureigentümlichkeit gegenwärtiger sicherheitspolitischer Akteure. Das Konzept des sozialen Habitus hat sich als geeigneter Zugang erwiesen, um die historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der sicherheitspolitischen Elite Polens zu erfassen. Durch die Konstruktion des sicherheitspolitischen Habitus der polnischen Elite konnten fünf zentrale Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster herausgearbeitet werden, an denen die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger Polens ihr Handeln orientieren können: Belagerungsmentalität, Fokussierung auf die geostrategische Lage, Misstrauen gegenüber Westeuropa in Sicherheitsfragen, starke US-Präsenz in Europa als polnisches Lebenselixier und das Primat der NATO.

Inwiefern die sicherheitspolitische Klasse Polens ihr sicherheitspolitisches Handeln an den historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmustern orientiert hat, war hinsichtlich der Position Warschaus zur ESVP die zweite eingangs gestellte Frage. Ein Ergebnis der Analyse ist, dass die skeptische Haltung, die große Teile der sicherheitspolitischen Elite Polens gegenüber der ESVP eingenommen hat, in erster Linie auf zwei handlungskonstitutive Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster zurückzuführen ist: *Ersten* die Zweifel an der Glaubwürdigkeit Europas als Sicherheitsproduzenten. *Zweitens* das Primat der NATO und der transatlantischen Bindung. Der erklärungsbedürftige Befund, dass die überwältigende Mehrheit der sicherheitspolitischen Entscheidungsträger Polens die ESVP als Bedrohung der polnischen Sicherheitskonzeption betrachtet hat, obwohl sie *gleichzeitig* nicht an deren Verwirklichung geglaubt hat, lässt sich durch die im sicherheitspolitischen Habitus verankerten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster im Sinne Webers »verstehen«. Aufgrund ihrer Zweifel an dem Handlungswillen und

der Handlungsfähigkeit Europas haben die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger Polens die Einschätzung geteilt, dass die EU nicht in der Lage ist, ihr Vorhaben in naher Zukunft zu verwirklichen. Gleichzeitig haben sie befürchtet, dass die ESVP die NATO und die transatlantische Bindung schwächt. Als Erklärung dieser Befürchtung können stellvertretend zwei Faktoren angeführt werden: Zum einen die Sorge Warschaws, dass zu optimistische westeuropäische Verlautbarungen, insbesondere die seitens Frankreichs vertretene gaullistische Variante der ESVP, in Washington den Eindruck erzeugen könnten, das amerikanische Engagement für die Sicherheit Europas sei nicht länger gewünscht. Zum anderen die innerhalb der sicherheitspolitischen Elite Polens bestehende Besorgnis, dass die herkömmliche Kernfunktion der NATO, die kollektive Verteidigung gemäß Artikel 5 des Washingtoner Vertrages, im Zuge des Rückgriffs der EU auf Mittel und Fähigkeiten der NATO noch mehr in den Hintergrund rückt. Aufeinander verwiesen und sich gegenseitig verstärkend, haben die beiden handlungskonstitutiven Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster, die Zweifel an der Glaubwürdigkeit Europas und das Primat der NATO, bewirkt, dass Warschau vor etwas Angst gehabt hat, an das es gleichzeitig nicht geglaubt hat. Demnach hat sich bei der Untersuchung des erklärungsbedürftigen Befundes die eingangs formulierte Hypothese bestätigt, dass die Kenntnis der historisch geprägten, soziokulturell vermittelten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der sicherheitspolitischen Elite Polens unabdingbare Voraussetzung ist, um die Position Warschaws zur ESVP im Sinne Webers zu »verstehen«.

Auch bei der *sozialwissenschaftlich* interessanten Frage, warum die sicherheitspolitische Klasse Polens *bestimmte* Chancen, die mit dem Projekt ESVP verbunden sind, nicht erkannt hat, ist den im sicherheitspolitischen Habitus verankerten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster hoher Erklärungswert beizumessen. Als Matrix der Interpretation fungiert der soziale Habitus wie ein Filter, der bestimmte Erkenntnisse ausschließt und gewohnter bevorzugt: Indem Warschau in erster Linie darauf konditioniert ist, die Schwäche Europas und die Stärke Amerikas zu erkennen, ist die Stärke Europas und die Schwäche Amerikas nicht erkannt worden.

An ein Ergebnis der Analyse Warschaws Position zur ESVP anknüpfend, wonach große Teile der sicherheitspolitischen Elite Polens bestimmte Aspekte, die mit dem europäischen Vorhaben verbunden sind, nicht erkannt bzw. in habituskonformer



Weise uminterpretiert haben, stellen sich zwei Fragen künftiger sicherheitspolitischer Forschung: *Erstens* die Frage, unter welchen Bedingungen sich sicherheitspolitisch prägende Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster (in meiner Terminologie) oder Orientierungsmittel (in der Terminologie von Elias) im Verlauf des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses verändern bzw. verändert werden. Bei einer Annäherung an diese Frage muss meines Erachtens der Zugang bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, wie der sicherheitspolitischen Elite, zu den gesellschaftlichen Machtquellen, wie dem ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapital (in der Terminologie von Bourdieu) untersucht werden. Denn wie auch die politische und materielle Reproduktion vollzieht sich die symbolische Reproduktion nicht im herrschaftsfreien Raum. Vielmehr bildet die Definitionsmacht über die Orientierungsmittel eine entscheidende gesellschaftliche Machtressource, wie die Bestimmung von Sicherheit oder Bedrohung qua institutionalisierter Stimme durch die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger zeigt. Gleichwohl sich letztere bei der zu definierenden Sicherheit oder Bedrohung an den innerhalb einer Gesellschaft als schützenswert erachteten Bezugsgrößen orientieren müssen.

*Zweitens* ist die Frage untersuchungswürdig, mittels welches Instrumentarium erfasst werden kann, wann sicherheitspolitische Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster handlungskonstitutiv sind, bzw. wann prägende Elemente des kollektiven Gedächtnisses einer Gesellschaft von sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern instrumentalisiert werden, wie etwa zur innenpolitischen Legitimierung sicherheitspolitischen Verhaltens. Forschungsleitend muss meines Erachtens die Logik des Gegenstandes, d.h. das zu erklärende Phänomen sein. Die These, dass die sicherheitspolitischen Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der polnischen Elite bei der Position Warschaus zur ESVP handlungskonstitutiv gewesen sind, liegt u.a. darin begründet, dass sowohl in offiziellen Stellungnahmen und Dokumenten, als auch in Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln sowie wissenschaftlichen Publikationen dieselben Argumentationslinien und Bezugspunkte aufgetaucht sind. Aus dieser Übereinstimmung lässt sich schlussfolgern, dass sich die Träger des sicherheitspolitischen Habitus bei ihren Reaktionen auf die ESVP an der als legitim erachteten Ordnung (in der Terminologie von Weber) orientiert haben.

An dieser Stelle wird deutlich, warum die sicherheitspolitische Analyse eines gesellschaftstheoretischen Ansatzes bedarf: Die historisch und soziokulturell spezifische Wertordnung, die in jeder Gesellschaft als handlungskonstitutive Lebensbedingung existiert, kann nur mit Hilfe eines gesellschaftstheoretischen Zugangs erfasst werden. Ein solcher gesellschaftstheoretischer Zugang darf sich streng genommen nicht wie in diesem Beitrag auf einen sozialen Funktionsbereich beschränken, da eine solche analytische Verkürzung der Totalität gesellschaftlicher Wirklichkeit nicht gerecht wird. Die sicherheitspolitische Forschung und die Transformationsforschung bedürfen gleichermaßen eines gesellschaftstheoretischen Zugangs, der handlungs- und strukturtheoretische Forschungsstränge verbinden muss, um vergleichende, gesellschaftsübergreifende Untersuchungen zu ermöglichen, bei denen gleichzeitig den jeweiligen gesellschaftlichen Spezifika Rechnung getragen werden muss. Denn die Übertragung von Ansätzen, die auf Grundlage der liberal-demokratischen Gesellschaftsformationen entwickelt worden sind, hat sich für die Analyse von Transformationsgesellschaften als nicht adäquat erwiesen, wie etwa die *cleavage*-Modelle bei der postkommunistischen Parteienforschung gezeigt haben. Ist es nicht ein Widerspruch politikwissenschaftlicher Transformationsforschung, allenthalben die Einzigartigkeit der postkommunistischen Transformation herauszustreichen, ohne diese Erkenntnis in theoretischer Hinsicht umzusetzen? Meines Erachtens muss der grassierende Begriff „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ durch „Trilemma der Gleichzeitigkeit“ ersetzt werden, um die soziokulturelle Dimension der Transformationsprozesse zumindest begrifflich zu berücksichtigen, und ein gesellschaftstheoretischer Zugang zu der wechselseitigen Bedingtheit von Transformationsprozess und Sicherheitspolitik als Gesellschafts- und Vergesellschaftungshandeln entwickelt werden.

## Literaturverzeichnis

- Adler, Emanuel** (2002): Constructivism and International Relations, in: Walter Carlsnaes/ Beth A. Simmons/ Thomas Risse (Hrsg.): Handbook of International Relations. London et al., S. 95-118.
- Adr ani, Gilles** (2000): Why Institutions Matter, in: Survival, Nr. 2, S. 81-95.
- Alamir, Melanie Fouzieh/ August Pradetto** (1997): Osteuropa und die NATO: Identitätssuche als Motiv für Sicherheitspolitik. Studien zur internationalen Politik Nr. 1. Hamburg.
- Alamir, Melanie Fouzieh** (2000): Die Anpassung der NATO, in: Reader Sicherheitspolitik, Nr. 10, S. 9-16.
- Alamir, Melanie Fouzieh** (2001): Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – ein Spaltpilz für die NATO?, in:  sterreichische militärische Zeitschrift, Nr. 3, S. 357-362.
- Alamir, Melanie Fouzieh** (2001): Konturen – Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Information für die Truppe, Nr. 1, S. 24-31.
- Albright, Madeleine** (1998): The right balance will secure NATO’s future, in: Financial Times, 7. Dezember 1998.
- Algieri, Franco** (2001): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Wener Weidenfeld (Hrsg.): Nizza in der Analyse. Strategien für Europa. Gütersloh, S. 161-202.
- Ayoob, Mohammed** (1997): Defining Security: A Subaltern Realist Perspective, in: Keith Krause/ Michael C. Williams (Hrsg.): Critical Security Studies. Concepts and Cases. Minneapolis, S. 121-148.
- Bacia, Horst** (2003): Kein Trojanisches Pferd. Doch Polen ist an noch mehr Erweiterung Europas statt an Vertiefung interessiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. März 2003.
- Baldwin, David A.** (1997): The concept of security, in: Review of International Studies, No. 1, S. 5-26.
- Balog, Andreas** (2001): Neue Entwicklungen in der soziologischen Theorie. Stuttgart.
- Bartoszewski, Wladyslaw** (2000): Vision and Potential: For a New Direction in European Integration, in: Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.): Poland’s Position on the 2000 Intergovernmental Conference. A Critical Evaluation. Warschau, S. 57-63.
- Bartoszewski, Wladyslaw** (2001): European Security Policy – The Polish Point of View, in: Jan Barcz/ Katarzyna Żukrowska (Hrsg.): The Future of the European Union. The Polish Point of View. Warschau, S. 162-174.
- Baumgartner, Manfred** (2002): Eine Streitmacht für mancherlei Zwecke – Können die Europäer das Headline Goal erfüllen?, in: Erich Reiter/ Reinhardt Rummel/ Peter Schmidt (Hrsg.): Europas ferne Streitmacht. Chancen und Schwierigkeiten der Europäischen Union beim Aufbau der ESVP. Hamburg, S. 11-42.
- Bedarff, Hildegard/ Bernd Schürmann** (1998): NATO und EU aus der Perspektive Ostmitteleuropas. Meinungsbilder der Eliten in Polen, der Tschechischen Republik, Estland und Lettland. Münster.

- Beer, Patrice de** (2000): Europe: la nouvelle doctrine Bush, in: *Le Monde* vom 25. Oktober 2000.
- Berezowski, Maksymilian** (1999): Orkiestra i kapelmistrz (Orchester und Kapellmeister), in: *Polska Zbrojna*, Nr. 38, S. 32.
- Berezowski, Maksymilian** (2000): Zatarci czy ugoda? (Zwist oder Schlichtung?), in: *Polska Zbrojna*, Nr. 16, S. 33.
- Boekle, Henning/ Volker Rittberger/ Wolfgang Wagner** (2000): Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie. Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, Nr. 34 unter <http://w210.ub.uni-tuebingen.de/dbt/volltexte/2000/141/pdf/tap34.pdf> [10.11.2001].
- Bourdieu, Pierre** (1976): Entwurf einer Theorie der Praxis auf der Grundlage der kabyliischen Gesellschaft. Frankfurt a.M..
- Bourdieu, Pierre** (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M..
- Bourdieu, Pierre** (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt a.M..
- Bingen, Dieter** (1982): Solidarność – eine polnische Gewerkschaft und gesellschaftliche Bewegung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B29-30, S. 3-25.
- Bingen, Dieter** (1994): Polens außen- und sicherheitspolitische Prioritäten. Der Westen, die NATO und Russland. Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 26. Köln.
- Brzeziński, Zbigniew** (2000): Jak żyć z nową Europą? (Wie soll man mit dem neuen Europa leben?), in: *Gazeta Wyborcza* vom 24./25. Juni 2000.
- Brzeziński, Zbigniew** (2000): Living with a new Europe, in: *The National Interest*, Nr. 60, S. 17-32.
- Buchholtz, Dieter** (2003): Das Morgen denken, in: *Y.-Magazin der Bundeswehr*, August-Ausgabe, S. 20-22, S. 22.
- Buzan, Barran/ Ole Waever/ Jaap de Wilde** (1998): *Security. A New Framework for Analysis*. London.
- Center for International Relations** (Hrsg.) (2002): *The Future of Europe in the Opinion of Polish Politicians. Reports & Analyses Nr. 1*. Center for International Relations. Warschau.
- Cimoszewicz, Włodzimierz** (2002): Between Russia and America – Polish-Russian and Polish-American Relationship, in: *The Warsaw Voice* vom 20. Januar 2002.
- Chirac, Jacques** (1999): La France dans un monde multipolaire, in: *Politique Étrangère*, Nr. 4, S. 803-812.
- Cohen, William** (2000): Europa muß handeln, nicht redder, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 5./6. Februar 2000.
- Daase, Christopher** (1993): Sicherheitspolitik und Vergesellschaftung. Ideen zur theoretischen Orientierung der sicherheitspolitischen Forschung, in: Christopher Daase/ Susanne Feske/ Bernhard Moltmann/ Claudia Schmid (Hrsg.): *Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikt*. Baden-Baden, S. 39-66.
- Daase, Christopher** (2002): Internationale Risikopolitik: Ein Forschungsprogramm für den sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel, in: Christopher Daase/ Su-

- sanne Feske/ Ingo Peters (Hrsg.): Internationale Risikopolitik. Der Umgang mit neuen Gefahren in den internationalen Beziehungen. Baden-Baden, S. 9-35.
- Dembinski, Matthias** (2000): Perspektiven einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. HSFK-Report Nr. 11, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Frankfurt a.M.
- Dembinski, Matthias/ Wolfgang Wagner** (2003): Europäische Kollateralschäden. Zur Zukunft der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Irak-Krieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32, S. 31-38.
- Deutschmann, Alrun** (2001): Die britische Position zur GASP/ESVP: von Maastrecht nach Nizza, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Nr. 2, S. 73-80.
- Domisiewicz, Rafal** (2002): Modernisation of the Armed Forces in Polish Foreign Policy, in: Polska Fundacja Spraw Międzynarodowych (Hrsg.): Yearbook of Polish Foreign Policy 2002. Warschau unter <http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2002/domisiewicz.html> [27.11.2002].
- Donfried, Karen** (2002): European Security and Defense Policy: The View from the United States, in: Werner Hoyer/ Gerd F. Kaldrack (Hrsg.): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten europäischen Streitkräften? Baden-Baden, S. 190-202.
- Douglas, Mary/ Aron Wildavsky** (1982): Risk and Culture: An Essay on the Selection of Technical and Environment Dangers. Berkeley.
- Elias, Norbert** (1983): Über den Rückzug der Soziologen auf die Gegenwart, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 35, S. 1-28.
- Elias, Norbert** (1999): Die Gesellschaft der Individuen. 4. Aufl., Frankfurt a.M..
- Enders, Thomas/ Joachim Rohde** (2002): Europäischer Rüstungsmarkt – Der Zwang zum Zusammenwachsen nationaler Rüstungsindustrien, in: Werner Hoyer/ Gerd F. Kaldrack (Hrsg.): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten Streitkräften? Baden-Baden, S. 280-289.
- Erhardt, Hans-Georg** (2000): Change by Rapprochement? Asterix' Quarrel with the New Roman Empire, in: David Haglund (Hrsg.): The France-US Leadership Race: Closely Watched Allies. Kingston/Ontario, S. 63-86.
- Erhardt, Hans-Georg** (2002): Testfall Balkan. Die ESVP und die transatlantischen Beziehungen, in: Internationale Politik, Nr. 5, S. 27-34.
- Erhardt, Hans-Georg** (Hrsg.) (2002): Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven. Baden-Baden.
- Feldmann, Eva** (2000): Polen: „Für Eure und unsere Freiheit“. Zum Verständnis der polnischen Gesellschaft, Kultur und Identität. Frankfurt a.M..
- Fitschen, Patrick** (2003): Europas strategische Antwort auf die Nationale Sicherheitsstrategie der USA. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unter [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_2081\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_2081_1.pdf) [30.7.2003].
- Fitschen, Patrick/ Michael Stehr** (2003): Patrick Fitschen/ Michael Stehr (2003): Eine gemeinsame Armee für Europa. Stand und Zukunft der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 11. Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

- Fundacja "Polska w Europie"** (Hrsg.) (2000): Europejska Tożsamość Obronna (Europäische Verteidigungsidentität). Nr. 32 der Reihe „Polska w Europie“. Warschau.
- Fundacja "Polska w Europie"** (Hrsg.) (2001): Między NATO a Unią Europejską (Zwischen NATO und EU). Nr. 36 der Reihe „Polska w Europie“. Warschau.
- Garlicki, Leszek Lech** (1997): The Presidency in the Polish Constitution, in: East European Constitutional Review, Nr. 2/3, S. 81-89.
- Geipel, Gary L.** (2002): ESDP and NATO: Challenges and Requirements through 2010, in: Erich Reiter/ Reinhardt Rummel/ Peter Schmidt (Hrsg.): Europas ferne Streitmacht. Chancen und Schwierigkeiten der Europäischen Union beim Aufbau der ESVP. Hamburg, S. 43-59.
- Gießmann, Hans-Joachim** (1994): Osteuropa zwischen sicherheitspolitischen Visionen und nationalen Interessen, in: Hans-Joachim Gießmann/ Frank S. Rödiger (Hrsg.): Militärische Neuordnung in Mittel-Ost-Europa. Bremen, S. 16-41.
- Gießmann, Hans-Joachim** (Hrsg.) (1995): Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten – Fakten – Analysen. Baden-Baden.
- Gießmann, Hans-Joachim** (1995): Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa. Baden-Baden.
- Gießmann, Hans-Joachim** (1997/98): Polen, in: Hans-Joachim Gießmann (Hrsg.): Handbuch Sicherheit 1997: Militär und Sicherheit in Mitteleuropa im Spiegel der NATO-Erweiterung. Daten – Fakten – Analysen. Baden-Baden, S. 247-273.
- Gießmann, Hans-Joachim** (Hrsg.) (1997/98): Handbuch Sicherheit 1997: Militär und Sicherheit in Mitteleuropa im Spiegel der NATO-Erweiterung. Daten – Fakten – Analysen. Baden-Baden.
- Gießmann, Hans-Joachim** (2001): Auswirkungen der Osterweiterung auf die ESVP. Unveröffentlichtes Manuskript, Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Gießmann, Hans-Joachim/ Gustav E.Gustenau** (Hrsg.) (2001): Security Handbook 2001. Security and military in Central and Eastern Europe. Baden-Baden.
- Gordon, Philip** (2000): Their Own Army?, in: Foreign Affairs, Nr. 4, S. 12-17.
- Górka-Winter, Beata/ Edyta Posel-Częścik** (2001): Wspólna Europejska Polityka Bezpieczeństwa i Obrony Unii Europejskiej (Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU), in: Polski Przegląd Dyplomatyczny, Nr. 1, S. 112-134.
- Gromadzki, Grzegorz/ Olaf Osica** (2001): Proeuropejscy atlantyści: Polska i inne kraje Europy Środkowo-Wschodniej po wejściu do Unii Europejskiej (Proeuropäische Atlantiker: Polen und andere südosteuropäische Länder nach dem Beitritt zur Europäischen Union). Raporty „O Przyszłości Europy“ (Berichte „Über die Zukunft Europas“) Nr. 3. Fundacja Batorego/ Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warschau.
- Guzzini, Stefano** (2000): A Reconstruction of Constructivism in International Relations, in: European Journal of International Relations, Nr. 2, S. 147-182.
- Haftendorn, Helga** (1993): Das Sicherheitspuzzle: Die Suche nach einem tragfähigen Konzept internationaler Sicherheit, in: Christopher Daase/ Susanne Feske/ Bernhard Moltmann/ Claudia Schmid (Hrsg.): Regionalisierung der Sicher-

- heitspolitik. Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikt. Baden-Baden, S. 13-38.
- Haftendorn, Helga** (1997): Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen. Eine Einführung, in : Helga Haftendorn/ Otto Keck (Hrsg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen. Baden-Baden, S. 11-34.
- Ham, Peter van** (2000): Europe's New Defense Ambitions: Implications for NATO, the US, and Russia. The Marshall Center Papers, Nr. 1. George C. Marshall Center, Europäisches Institut für Sicherheitspolitische Studien. Garmisch-Partenkirchen.
- Heisbourg, François** (2000): Die europäische Verteidigung macht einen Sprung nach vorn, in: NATO-Brief, Frühling/Sommer, S. 8-11.
- Heisbourg, François** (2000): Europe's Strategic Ambitions: The Limits of Ambiguity, in: Survival, Nr. 2, S. 5-15.
- Heisbourg, François** (Hrsg.) (2002): European Defence: Making it Work. Chaillot Paper Nr. 42. WEU Institute for Security Studies. Paris.
- Hellmann, Gunther/ Wolfgang Wagner** (2000): Getrennt marschieren oder zusammen? Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Nato, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Juni 2000.
- Herolf, Gunilla/ Bo Huldts** (2002): The European Union and the Inclusion of a Collective Defense Clause, in: Erich Reiter/ Reinhardt Rummel/ Peter Schmidt (Hrsg.): Europas ferne Streitmacht. Chancen und Schwierigkeiten der Europäischen Union beim Aufbau der ESVP. Hamburg, S. 60-85.
- Hollis, Martin** (1995): Soziales Handeln. Eine Einführung in die Philosophie der Sozialwissenschaften. Berlin.
- Holzer, Jerzy** (1991): Die politische Kultur Polens: Geschichte und Gegenwart, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 4, S. 392-405.
- Howorth, Jolyon** (2000): European Integration and Defence: The Ultimate Challenge? Chaillot Paper Nr. 43. WEU Institute for Security Studies. Paris.
- Hoyer, Werner/ Gerd F. Kaldrack** (Hrsg.) (2002): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten europäischen Streitkräften? Baden-Baden.
- Hyde-Price, Adrian** (1996): The international politics of East Central Europe. Manchester/New York.
- Hyde-Price, Adrian** (2001): "Beware the Jabberwock!": Security Studies in the Twenty-First Century, in: Adrian Hyde-Price/ Heinz Gärtner/ Erich Reiter (Hrsg.): Europe's New Security Challenges. Boulder, S. 27-54.
- Jaeger, Hans-Martin** (1996): Konstruktionsfehler des Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Nr. 2, S. 313-340.
- Janning, Josef** (2001): Zweiter Anlauf – die „verstärkte Zusammenarbeit“ im Vertrag von Nizza, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Nizza in der Analyse. Strategien für Europa. Gütersloh, S. 145-160.
- Jervis, Robert** (1999): Realism, Neoliberalism, and Cooperation. Understanding the Debate, in: International Security, Nr. 1, S. 42-63.
- Johnston, Alastair Iain** (1995): Thinking about Strategic Culture, in: International Security, Nr. 4, S. 32-64.

- Jones, Edward E./ Richard E. Nisbett** (1971): *The Actor and the Observer: Divergent Perceptions of the Causes of Behavior*. Morristown.
- Juchler, Jakob** (2001): *Hybride Strukturen in Osteuropa – der postsozialistische Transformationsprozess aus einer formationstheoretischen Perspektive*, in: Arndt Hopfmann/ Michael Wolf (Hrsg.): *Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven*. Münster, S. 93-131.
- Jung, Dietrich** (1995): *Tradition – Moderne – Krieg. Grundlegung einer Methode zur Erforschung kriegsursächlicher Prozesse im Kontext der globalen Vergesellschaftung*. Münster.
- Jung, Dietrich** (2001): *The Political Sociology of World Society*, in: *European Journal of International Relations*, Nr. 4, S. 443-474.
- Kaiser, Karl/ Hans-Peter Schwarz** (Hrsg.) (2000): *Weltpolitik im neuen Jahrhundert*. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Karkoszka, Andrzej** (1996): *The Polish Vision of the Pan-European Security Model*. Main Theses. Warschau.
- Karolewski, Ireneusz P.** (2002): *Sicherheitspolitische Herausforderungen in der Mitte Europas. Eine polnische Sicht*, in: Hans Arnold/ Raimund Krämer (Hrsg.): *Sicherheit für das größere Europa. Politische Optionen im globalen Spannungsfeld*. Bonn, S. 146-163.
- Kegley, Charles W.** (Hrsg.) (1995): *Controversies in International Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge*. New York.
- Keohane, Daniel** (2001): *More bang for our bucks*, in: *newstatesman* vom 30. November 2001 unter [http://www.cer.org.uk/pdf/newstatesman\\_keohane.pdf](http://www.cer.org.uk/pdf/newstatesman_keohane.pdf) [20.11.2002].
- Koszel, Bogdan** (1996): *Polens dorniger Weg in die NATO*, in: Wolfram Wallraf (Hrsg.): *NATO-Osterweiterung: Neue Mitglieder für ein Bündnis im Wandel?* Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung. Potsdam, S. 89-102.
- Krzemiński, Adam** (1999): *NATO to nie tylko Ameryka: Rzeczpospolita Europa* (Die NATO ist nicht nur Amerika: Die Republik Europa), in: *Polityka* vom 20.3.1999 unter <http://polityka.onet.pl/artykul.asp?DB=162&ITEM=4764> [3.1.2000].
- Kubálková, Vendulka/ Nicholas Onuf/ Paul Kowert** (Hrsg.) (1998): *International Relations in a Constructed World*. Armonk/New York et al.
- Kupiecki, Robert** (2001): *Atlanticism in Post-1989 Polish Foreign Policy*, in: Roman Kuźniar (Hrsg.): *Poland's Security Policy 1989-2000*. Warschau, S. 229-285.
- Kupchan, Charles A.** (2000): *In Defence of European Defence: An American Perspective*, in: *Survival*, Nr. 2, S. 16-33.
- Kuźniar, Roman** (1995/96): *The Problem of the National Security in the Policy of Poland*, in: *Polish Political Science*, Vol. XXV-XXVI, S. 5-25.
- Kuźniar, Roman** (1997): *Zagadnienie Bezpieczeństwa Narodowego w Polityce Polski* (Das Problem der nationalen Sicherheit in der Politik Polens), in: Davis B. Bobrow/ Edward Halizak/ Ryszard Zięba (Hrsg.): *Bezpieczeństwo narodowe i międzynarodowe u schyłku XX wieku* (Nationale und international Sicherheit am Ende des 20. Jahrhunderts). Warschau, S. 285-306.
- Kuźniar, Roman** (2001): *Introduction*, in: Roman Kuźniar (Hrsg.): *Poland's Security Policy 1989-2000*. Warschau, S. 13-17.



- Kuźniar, Roman** (2001): Security Policy in the Polish Foreign Policy, in: Roman Kuźniar (Hrsg.): Poland's Security Policy 1989-2000. Warschau, S. 19-94.
- Kuźniar, Roman** (Hrsg.): Poland's Security Policy 1989-2000. Warschau.
- Lang, Kai-Olaf** (2003): Amerikas bester Freund? Polens atlantizistisch-europäischer Kurs. SWP-Aktuell Nr. 6. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin.
- Lang, Kai-Olaf** (2003): Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks im Zeichen atlantischer Differenzen und europäischer Zerrissenheit. SWP-Aktuell Nr. 19. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin.
- Levy, Marc** (1995): Is the Environment a National Security Issue?, in: International Security, Nr. 2, S. 33-62.
- Lewicki, Zbigniew** (2002): Miejsce Polski w nowej Europie (Der Platz Polens im neuen Europa), in: Rzeczpospolita vom 24. Juli 2002.
- Longhurst, Kerry** (2000): The Concept of Strategic Culture, in: Gerhard Kümmel/ Andreas D. Prüfert (Hrsg.): Military Sociology. The Richness of a Discipline. Baden-Baden, S. 301-310.
- Longhurst, Kerry** (2002): Od roli konsumenta do roli producenta. Polska a bezpieczeństwo euroatlantyckie w XXI wieku (Von der Konsumentenrolle zur Produzentenrolle. Polen und die euroatlantische Sicherheit im 21. Jahrhundert), in: Olaf Osica/ Marcin Zaborowski (Hrsg.): Nowy członek „starego“ Sojuszu. Polska jako nowy aktor w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa (Neues Mitglied eines „alten“ Bündnisses. Polen als neuer Akteur in der euroatlantischen Sicherheitspolitik). Warschau, S. 61-81.
- Loth, Wilfried** (1998): Eine sowjetische Intervention abgewendet?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. November 1998.
- Ludwig, Michael** (2003): Brückenbauer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.5.2003.
- Macków, Jerzy** (1993): Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Entwicklung in Polen in den siebziger und achtziger Jahren, in: Zeitschrift für Politik, Nr. 4, S. 372-392.
- Macków, Jerzy** (1998): Die Konstruktion politischer Stabilität. Polen und Russland in den Umbrüchen der achtziger und neunziger Jahre. Baden-Baden.
- Mair, Stefan** (2003): Einsatzgebiet Kongo. Die EU-Friedensmission in der Ituri-Provinz. SWP-Aktuell Nr. 22. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin.
- Mawdsley, Jocelyn** (2003): Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer kooperativen Weltordnung, in: Corinna Hauswedell/ Reinhard Mutz/ Ulrich Ratsch/ Bruno Schoch/ Christoph Weller (Hrsg.): Friedensgutachten 2003. Münster/Hamburg/London, S. 148-156.
- Meleghy, Tamás/ Heinz-Jürgen Niedenzu** (2001): Prozess- und Figurationstheorie: Norbert Elias, in: Julius Morel et al. (Hrsg.): Soziologische Theorie. Abriss der Ansätze ihrer Hauptvertreter. 7., bearb. und erw. Aufl., München/Wien, S. 190-217.
- Meiers, Franz-Josef** (2000): Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)? Discussion Paper. Zentrum für Europäische Integrationsforschung. Bonn.
- Meiklejohn Terry, Sarah** (2000): Poland's foreign policy since 1989: the challenges of independence, in: Communist and Post-Communist Studies, Nr. 1, S. 7-47.

- Meyers, Reinhard** (1994): Virtuelle Scheingefechte im ontologischen Cyberspace? Nachfragen zum Duktus und zum Gehalt einer Theoriedebatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Nr. 1, S. 127-137.
- Meyers, Reinhard** (1995): Von der Globalisierung zur Fragmentierung? Skizzen zum Wandel des Sicherheitsbegriffs und des Kriegsbildes in der Weltübergangsgesellschaft, in: Paul Kevenhörster/ Wichard Woyke (Hrsg.): Internationale Politik nach dem Ost-West-Konflikt. Globale und regionale Herausforderungen. Münster, S. 33-82.
- Michta, Andrew A.** (1999): Transatlantyk. Czy plany stworzenia europejskiego systemu obrony mogą zagrozić NATO? (Können die Pläne zur Schaffung eines europäischen Verteidigungssystem die NATO gefährden?), in: Wprost vom 21. November 1999.
- Miller, Benjamin** (2001): The Concept of Security: Should it be Redefined?, in: The Journal of Strategic Studies, Nr. 2, S. 13-42.
- Missiroli, Antonio** (2001): Sicherheitspolitische Kooperation zwischen Europäischer Union und Nato: Der türkische Verdruss über die ESVP, in: Integration, Nr. 4, S. 340-355.
- Missiroli, Antonio** (2002): Zwischen Konfliktverhütung und Krisenmanagement. Die ESVP nach dem 11. September, in: Internationale Politik, 7, S. 15-20.
- Missiroli, Antonio** (2003): Euros for ESDP: Financing EU Operations. Occasional Papers Nr. 45. EU Institute for Security Studies. Paris.
- Moravcsik, Andrew** (1997): Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization, Nr. 4, S. 513-553.
- Müller, Harald/ Thomas Risse-Kappen** (1990): Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozess in liberaldemokratischen Industrienationen, in: Volker Rittberger (Hrsg.): Theorien Internationaler Beziehungen. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 21, S. 375-400.
- Muravchik, Joshua/ Lawrence F. Kaplan** (2000): Oziebienie w Trójkacie (Abgekühlte Dreiecksbeziehung), in: Gazeta Wyborcza vom 27. April 2000.
- Nowak-Jeziorański, Jan** (2000): Ameryka, Europa i Polska (Amerika, Europa und Polen), in: Polska Zbrojna, Nr. 26, S. 7-8.
- Nowak-Jeziorański, Jan** (2001): Czy NATO jest zagrożone? (Ist die NATO gefährdet?), in: Rzeczpospolita vom 15. Mai 2001.
- O.A.** (1999): Die Unabhängigkeit sichern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Oktober 1999.
- O.A.** (1999): L'Europe-puissance, in: Le Monde vom 12./13. Dezember 1999.
- O.A.** (1999): The ageing alliance, in: The Economist vom 23. Oktober 1999.
- O.A.** (2000): Udział bez entuzjazmu (Partizipation ohne Begeisterung), in: Rzeczpospolita vom 22. November 2000.
- O.A.** (2002): Polen kauft amerikanische Kampfflugzeuge, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Dezember 2002.
- O.A.** (2002): Wer hat in Europa das Sagen, Herr Kwaśniewski?, in: Der Tagesspiegel vom 29. September 2002.
- Onyszkiewicz, Janusz** (2002): The Polish View on the Common Security and Defense Policy, in: Werner Hoyer/ Gerd F. Kaldrack (Hrsg.): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten Streitkräften? Baden-Baden, S. 215-222.

- Onyszkiewicz, Janusz/ Olaf Osica** (2002): Towards a New NATO. Reports & Analyses Nr. 2. Center for International Relations. Warschau.
- Osica, Olaf** (1999): Kopciuszek urasta w siłę (Aschenbrödel wird stärker), in: Polska Zbrojna, Nr. 28, S. 32-33.
- Osica, Olaf** (2001): Common European Security and Defence Policy (CEDSP) as Seen by Poland. Reports & Analyses Nr. 5. Center for International Relations. Warschau.
- Osica, Olaf** (2001): Poland between America and Europe: Distorted Perspectives, in: Foundation of International Studies (Hrsg.): Yearbook of Polish Foreign Policy. Warschau unter [http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2001/olaf\\_osica\\_poland\\_between\\_america\\_and\\_europe.html](http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2001/olaf_osica_poland_between_america_and_europe.html) [12.8.2002].
- Osica, Olaf** (2001): Rozvodu nie będzie (Es wird keine Scheidung geben), in: Rzeczpospolita vom 22. Juni 2001.
- Osica, Olaf** (2002): Polska wobec wspólniej polityki zagranicznej i bezpieczeństwa UE (Polen gegenüber der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU), in: Marek A. Cichocki (Hrsg.): Polska – Unia Europejska: W pół drogi. Wybrane problemy (Polen auf dem halben Weg in die Europäische Union. Ausgewählte Probleme). Warschau, S. 67-88.
- Osica, Olaf** (2002): „The Past as an Excuse:“ The Role of History in Polish Security Policy, in: Foundation of International Studies (Hrsg.): Yearbook of Polish Foreign Policy. Warschau unter <http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2002/2002.html> [27.11.2002].
- Osica, Olaf** (2002): „W poszukiwaniu nowej roli“: Polska jako nowy aktor euroatlantyckiej polityki bezpieczeństwa („Auf der Suche nach einer neuen Rolle“: Polen als neuer Akteur euroatlantischer Sicherheitspolitik), in: Olaf Osica/ Marcin Zaborowski (Hrsg.): Nowy członek „starego“ Sojuszu. Polska jako nowy aktor w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa (Neues Mitglied eines „alten“ Bündnisses. Polen als neuer Akteur in der euroatlantischen Sicherheitspolitik). Warschau, S. 83-125.
- Osica, Olaf/ Marcin Zaborowski** (2002): Wprowadzenie (Einführung), in: Olaf Osica/ Marcin Zaborowski (Hrsg.): Nowy członek „starego“ Sojuszu. Polska jako nowy aktor w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa (Neues Mitglied eines „alten“ Bündnisses. Polen als neuer Akteur in der euroatlantischen Sicherheitspolitik). Warschau, S. 9-24.
- Osica, Olaf** (2003): Polska wobec operacji NATO poza obszarem traktatu waszyngtońskiego i polityki bezpieczeństwa i obronnej UE (Polen gegenüber NATO-Operationen außerhalb des Gebietes des Washingtoner Vertrages und gegenüber der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU). Unveröffentlichtes Manuskript, wird beim Institut Zachodni in Posen erscheinen.
- Parzymies, Stanisław** (1993): The European Union and Central Europe. Prospects of Security Cooperation, in: The Polish Quarterly of International Affairs, Nr. 3, S. 89-110.
- Parzymies, Stanisław** (1999): The European Security and Defence Identity: Myth or Reality?, in: The Polish Quarterly of International Affairs, Nr. 2, S. 11-42.
- Parzymies, Stanisław** (2001): Decisions of Nice European Council and Their Significance for Poland, in: Polska Fundacja Spraw Międzynarodowych (Hrsg.): Yearbook of Polish Foreign Policy 2002. Warschau unter

[http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2001/stanislaw\\_parzymies\\_decisions\\_of\\_nice\\_european\\_council.html](http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2001/stanislaw_parzymies_decisions_of_nice_european_council.html) [15.6.2002].

- Parzymies, Stanisław** (2001): European Orientation in Polish Security Policy, in: Roman Kuźniar (Hrsg.): Poland's Security Policy 1989-2000. Warschau, S. 286-320.
- Peters, Ingo** (2003): Die EU-Mission „Concordia“ in Makedonien und deren Bedeutung für die Evolution der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter <http://www.weltpolitik.net/policy-forum/article/1645.html> [25.07.2003].
- Piątkowski, Krystian** (2002): Przyszłość Obrony Europejskiej (Die Zukunft der europäischen Verteidigung). Nr. 42 der Reihe „Polska w Europie“. Fundacja „Polska w Europie“. Warschau unter <http://217.197.164.162/cgi-bin/pxx/sas.cgi?r=3&p=4ce8.1&f=DOC> [15.6.2003].
- Pradetto, August** (Hrsg.) (1997): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Opladen.
- Prawda, Marek** (1992): Polnische Neurosen und die Deutschen, in: Ewa Kobylińska/ Andreas Lawaty/ Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe. München, S. 464-472.
- Przystrom, Janusz** (1997): Polen zwischen der NATO und Russland: Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsstrategien, in: August Pradetto (Hrsg.): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Opladen, S. 101-128.
- Reiter, Janusz** (1992): Wieviel Nationalgefühl braucht ein Volk?, in: Ewa Kobylińska/ Andreas Lawaty/ Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe. München, S. 381-386.
- Reiter, Janusz** (1999): Na europejski rozkaz (Unter europäischem Kommando), in: Rzeczpospolita vom 12. Dezember 1999.
- Reiter, Janusz** (2001): Poland, in: Adam Daniel Rotfeld (Hrsg.): The New Security Dimensions. Europe after the NATO and EU Enlargements. Stockholm International Peace Research Institute. Stockholm, S. 42-44.
- Risse-Kappen, Thomas** (1994): Ideas do not float freely: transnational coalitions, domestic structures, and the end of the cold war, in: International Organization, Nr. 2, S. 185-214.
- Robertson, George** (2001): Europäer halten NATO-Verpflichtungen nicht ein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Juli 2001.
- Robertson, George** (2002): Die NATO und die EU: Partner oder Rivalen?, in: Werner Hoyer/ Gerd F. Kaldrack (Hrsg.): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten Streitkräften? Baden-Baden, S. 181-189.
- Rudolf, Peter** (2002): Die USA und die transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September 2001, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25, S. 7-13.
- Rummel, Reinhardt** (2002): Die ESVP als Instrument autonomen Handelns der EU, in: Erich Reiter/ Reinhardt Rummel/ Peter Schmidt (Hrsg.): Europas ferne Streitmacht. Hamburg, S. 165-183.
- Rummel, Reinhardt** (2003): Wie zivil ist die ESVP? SWP-Aktuell Nr. 10. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin.

- Schake, Kori** (2002): Constructive Duplication: Reducing EU reliance on US military assets. Centre for European Reform. London unter <http://www.cer.org.uk/publications/workingpapers.html> [10.10.2002].
- Schlichte, Klaus** (1996): Vergesellschaftung und Krieg in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges. Münster.
- Schlichte, Klaus** (1998): La Françafrique – Postkolonialer Habitus und Klientelismus in der französischen Afrikapolitik, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Nr. 2, S. 309-343.
- Schmidt, Peter** (2003): ESVP und Allianz nach dem Vierergipfel. SWP-Aktuell Nr. 20. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin.
- Seidelmann, Reimund** (2002): Perspektiven und Optionen für die Kompetenz- und Mittelverteilung zwischen EU, NATO und den Mitgliedstaaten, in: Erich Reiter/ Reinhardt Rummel/ Peter Schmidt (Hrsg.): Europas ferne Streitmacht. Hamburg, S. 195-221.
- Seifter, Pavel/ Vladimir Handl** (1997): Die Sicherheitspolitik der Tschechischen Republik, in: August Pradetto (Hrsg.): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Opladen, S. 43-76.
- Siedschlag, Alexander** (2001): Einführung – Internationale Politik als skeptische Gegenwartswissenschaft und die Münchner Schule des Neorealismus, in: Alexander Siedschlag (Hrsg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik. Opladen, S. 13-66.
- Siegelberg, Jens** (1994): Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft. Münster Hamburg.
- Siegelberg, Jens** (2003): Kriegerische Gewalt im Kontext globaler Vergesellschaftung – Ein theoretischer Erklärungsrahmen, in: Dietrich Jung/ Klaus Schlichte/ Jens Siegelberg (Hrsg.): Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945-2002). Wiesbaden, S. 15-76.
- Smith, Steve** (1983): Foreign policy analysis: British and American orientations and methodologies, in: Political Studies, XXXI, S. 556-565.
- Smolar, Aleksander** (2002): Poland's Eastern Policy and Membership in the European Union, in: Paweł Kowal (Hrsg.): The EU's "Eastern Dimension" – An Opportunity for or Idée Fixe of Poland's Policy? Warschau, S. 10-14.
- Sprout, Harold/ Margaret Sprout** (1957): Environmental factors in the study of international politics, in: Journal of Conflict Resolution, Nr. 1, S. 309-328.
- Stefaniak, Wiesław** (2000): Europa po francusku (Europa auf französisch), in: Polska Zbrojna, Nr. 41, S. 32-33.
- Świerczyński, Marek** (2000): Unia nie chce NATO (Die EU will die NATO nicht), in: Polska Zbrojna, Nr. 11, S. 47.
- Szacki, Jerzy** (1992): Soziale Schichtung, in: Ewa Kobylińska/ Andreas Lawaty/ Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe. München, S. 221-229.
- Szlaifer, Henryk** (2000): Kształtowanie Europejskiej Polityki Bezpieczeństwa i Obrony: Polska Perspektywa (Die Gestaltung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Die polnische Perspektive), in: Rocznik Strategiczny 1999/2000. Warschau, S. 33-39.

- Szmajdziński, Jerzy** (2002): Dalsza transformacja sił zbrojnych jest niezbędna (Die weitere Transformation der Streitkräfte ist unerlässlich), in: Rzeczpospolita vom 14. August 2002.
- Talbott, Strobe** (1999): America's Stake in a Strong Europe, Rede vor dem RUSI, London, am 7.10.1999 unter [http://www.state.gov/www/policy\\_remarks/1999/991007\\_talbott\\_london.html](http://www.state.gov/www/policy_remarks/1999/991007_talbott_london.html) [20.08.2002].
- Tautkus, Peter** (1995): Der Krieg in den Köpfen. Ein Vergleich der Belagerungsmentalitäten in Israel und bei den Protestanten in Nordirland. Arbeitspapier Nr. 85 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung. Universität Hamburg.
- Tazbir, Janusz** (1995): Sarmackie anioły? (Sarmante Engel?), in: Polityka vom 25. November 1995.
- Thränert, Oliver** (2001): Zwischen Hoffnungen und Befürchtungen: Die USA und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Nr. 2, S. 81-86.
- Trzaskowski, Rafal** (2002): From candidate to member state: Poland and the future of the EU. Occasional Papers Nr. 37. Institute for Security Studies. Paris, S. 19-21.
- Trzaskowski, Rafal** (2002): Poland, in: Antonio Missiroli (Hrsg.): Bigger EU, wider CSFP, stronger ESDP? The view from Central Europe. Occasional Papers Nr. 34. EU Institute for Security Studies. Paris, S. 19-25.
- Tycner, Janusz** (1999): Die Osterweiterung der Europäischen Union – Deutsche Ängste und polnische Hoffnungen, in: Deutsche Studien, Nr. 1, S. 61-68.
- Urban, Thomas** (1998): Polen. München.
- Urban, Thomas** (2001): Polen will seine Armee NATO-tauglich machen, in: Süddeutsche Zeitung vom 1. Februar 2001.
- Urban, Thomas** (2002): Polen gibt US-Jägern den Vorzug, in: Süddeutsche Zeitung vom 28./29. Dezember 2002.
- Varwick, Johannes** (1998): Sicherheit und Integration in Europa. Zur Renaissance der Westeuropäischen Union. Opladen.
- Varwick, Johannes/ Wichard Woyke** (2000): Die Zukunft der NATO. Transatlantische Sicherheit im Wandel. Opladen.
- Varwick, Johannes** (2001): Die Erweiterung der Europäischen Union, in: Reader Sicherheitspolitik, Nr. 9, S. 17-32.
- Védrine, Hubert** (1999): Le monde au tournant du siècle, in: Politique Étrangère, Nr. 4, S. 813-820.
- Wallander, Celeste A./ Robert O. Keohane** (1998): Risk, Threat, and Security Institutions, in: Helga Haftendorn/ Robert O. Keohane/ Celeste Wallander (Hrsg.): Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space. Oxford, S. 21-47.
- Weber, Max** (1968): Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Johannes Winckelmann (Hrsg.): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber. 3. erw. und verb. Aufl., Tübingen, S. 146-214.
- Weber, Max** (1968): Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie, in: Johannes Winckelmann (Hrsg.): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber. 3. erw. und verb. Aufl., Tübingen, S. 427-474.

- Weber, Max** (1968): Soziologische Grundbegriffe, in: Johannes Winckelmann (Hrsg.): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber. 3. erw. und verb. Aufl., Tübingen, S. 541-581.
- Wendt, Alexander** (1995): Constructing International Politics, in: International Security, Nr. 1, S. 71-81.
- Wernicke, Christian** (2003): USA verzögern ersten Einsatz der EU-Truppe, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. Januar 2003.
- Wessels, Wolfgang/ Thorsten Müller** (2000): Entscheidungsverfahren, in: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Bonn, S. 110-122.
- Winid, Bogusław** (2001): Security Issues in Polish-American Relations, in: Roman Kuźniar (Hrsg.): Poland's Security Policy 1989-2000. Warschau, S. 171-193.
- Wæver, Ole** (1995): Securitization and Desecuritization, in: Ronnie D. Lipschutz (Hrsg.): On Security. New York, S. 46-86.
- Wæver, Ole** (1997): Figures of International Thought: Introducing Persons Instead of Paradigms, in: Iver B. Neumann/ Ole Wæver (Hrsg.): The Future of International Relations. Masters in the Making? London, New York, S. 1-37.
- Wojna, Krzysztof** (1999): Amerykanie i Europejczycy (Amerikaner und Europäer), in: Polska Zbrojna, Nr. 50, S. 33-34.
- Wóycicki, Kazimierz** (1985): Haß auf die Deutschen?, in: Kursbuch vom September 1985, S. 131-135.
- Yost, David S.** (2000): The NATO Capabilities Gap and the European Union, in: Survival, Nr. 4, S. 97-128.
- Zięba, Ryszard** (2002): Poland and the ESDP, in: Hans-Georg Erhardt (Hrsg.): Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Baden-Baden, S. 100-112.
- Zielonka, Jan** (2000): Transatlantic Relations Beyond the CSFP, in: International Spectator, Nr. 4, S. 27-40.